

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis vierteljährlich 3,20 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.
 Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 Gehört für die sechsgehaltene Kolonne über deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (letztgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengelände und Geschäftstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 18. März 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Eine zeitgemäße Märzerinnerung.

In diesen Tagen preussischer Schmach, wo Junkertreue und pfäffischer Trug mit Unterstützung „liberaler“ Geldadventurer das preussische Volk um seine Rechte zu pressen unternommen haben, mag die Erinnerung daran doppelt aufpeitschend wirken, daß das preussische Volk bereits einmal das allgemeine, gleiche Wahlrecht besessen hat. War doch die am 22. Mai 1848 in Berlin zusammengetretene preussische Nationalversammlung aus gleichen und geheimen Wahlen hervorgegangen! Und was angesichts des schmachvollen Komplotts der konservativ-ultramontan-nationalliberalen Wahlrechtshasser, das nach dem während der Verhandlungen gefallenen Worte des Dreiklassenparlament zur „Schacher- und Trödlerbude“ entwürdigte, besonders interessant ist, ist das Faktum, daß das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht im April 1848 von dem Vereinigten Landtage geschaffen worden war, einer feudal-ständischen Versammlung!

Der Vereinigte Landtag bestand aus zwei Kurien, der Herrenkurie, die sich aus 72 Mitgliedern des hohen Adels zusammensetzte, und der Dreiständekurie, in der die Ritterchaft 231, die Städte 182 und die Bauern 120 Vertreter zählten. Und diese Versammlung, die doch wahrhaftig eine ebenso feudale Zusammensetzung aufwies wie unser gegenwärtiges Dreiklassenparlament, votierte fast einstimmig für ein Wahlrechtssystem zur preussischen Volksvertretung, das das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht enthielt!

Freilich war die Reaktion damals durch den revolutionären Sturmwind, der nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa durchfegte, arg eingeschüchtert worden. Krone und Junker fühlten sich durch die Märzrevolution von dem Gipfel ihres eiteln Hochmuts fählig und gar unsanft herabgeschleubert!

Man weiß ja, wie in den Zeiten des Zusammenbruchs des verfallenen preussischen Militärsystems am Anfang des Jahrhunderts nicht nur die Stein und Hardenberg sich mit dem Gedanken einer wahrhaften Konstitution trugen, sondern daß auch noch die Kabinettsorder vom 22. Mai 1815 verheißt hatte: „Es soll eine Repräsentation des Volkes gebildet werden.“ Als jedoch die preussische Krone sich von ihrem Dränger Napoleon befreit sah, dachten die preussischen Könige nicht mehr an die Einlösung ihrer feierlichen Versprechungen. Als im Jahre 1847 der Vereinigte Landtag zusammentrat, leistete sich Friedrich Wilhelm IV. noch jenen theatralischen Schwur, daß es keiner Macht der Erde je gelingen solle, ihm eine Konstitution abzuringen. Und selbst noch in den Märztagen 1848, als es dem Minister Bodelschwingh unter dem Eindruck der knisternden Throne schon halb gelungen war, den König zum Einlenken in konstitutionelle Bahnen zu gewinnen, dramatisierte Friedrich Wilhelm IV. noch in einem Briefe an Radowitsch, daß er seine Truppen mobilisierte, „wohl wissend, daß es leicht dahin kommen könnte, daß wir allein mit der ultima ratio (der Kanonen!) zu Teufelsland reden müßten“. Alle Verfassungsfragen seien nicht so wichtig als: „Truppen sammeln! Um bald mit der teutschen Revolution aus dem Baf zu sprechen“.

Die Verwirklichung dieser lebenswürdigen Landesväterlichen Absicht trat rascher ein, als der König vermutete. Die brutalen Straßenschlächtereien, die die Soldateska in den Straßen Berlins an friedlichen Demonstranten verübte, warfen den Junken ins Pulverfaß. In der Nacht vom 18. zum 19. März versuchte der Baf der königlichen Kanonenschlände dem Volke „Raison“ beizubringen, aber freilich nur mit dem Erfolge, daß die Revolution die Bataille gewann und Friedrich Wilhelm IV. vor dem Volke kapituliert!

Die Einberufung des Vereinigten Landtages war die unmittelbare Folge des Volkstieges. Und diese feudal-ständische Körperschaft machte sich mit dem durch die Umstände bedingten Eifer daran, ein Wahlgesetz für die schleunigst einzuberufende konstituierende Versammlung auszuarbeiten. Am 1. April trat der Landtag zusammen und bereits am 5. April trat das Plenum in die Beratung der Wahlgesetzfrage ein.

Der Regierungsentwurf des Ministeriums Camphausen schlug im § 1 das gleiche Wahlrecht vor, jedoch sollte vom Wahlrecht ausgeschlossen sein, wer „ohne eigenen Hausstand in einem dienenden Verhältnisse Lohn und Kost bezieht“. Die Kommission hatte dagegen mit allen gegen eine Stimme beschlossen, das Wahlrecht auch den in einem dienenden Verhältnisse stehenden Bürgern zu gewähren und einzig diejenigen auszuschließen, die aus öffentlichen Mitteln Armenunterstützung bezögen. Und diese Kommissionsfassung wurde auch fast einstimmig angenommen! Wie das allgemeine gleiche so fand auch das geheime Stimmrecht nahezu einstimmige Annahme. Ein Antrag, die Worte „durch Stimmzettel“ zu streichen, fand nicht einmal die nötige Unterstützung! Auch fanden die

Darlegungen des Abg. Vincke keinen Widerspruch, der sich dahin äußerte, daß das geheime Wahlrecht unumgänglich sei, weil es „eine große Menge Individuen geben wird, die sich nicht werden loslagern können von dem Einfluß, der über ihre äußeren Verhältnisse gebietet. Ich erinnere an die Fabrikarbeiter, Gewerksgehilfen usw. Wenn es diesen Leuten möglich werden soll, aus unabhängiger Ueberzeugung zu stimmen, so kann dies nicht laut geschehen, sondern nur in geheimer Abstimmung.“

So beschloß vor 62 Jahren, Anno 1848, eine feudalistische Körperschaft in Preußen mit an Einstimmigkeit grenzender Majorität das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht für die preussische Volksvertretung! Und die Regierung akzeptierte ohne weiteres diese Beschlüsse!

Das ähnlich wie der damalige Vereinigte Landtag zusammengesetzte gegenwärtige Dreiklassenparlament dagegen hat Anno 1910 das gleiche Wahlrecht verworfen und an dem infamen Dreiklassenwahlrecht festgehalten, das den erstklassigen Wählern zwanzigmal, in Verbindung mit der agrarischen Wahlkreiseinteilung sogar zweihundertmal soviel Wahlrecht einräumt als den Wählern dritter Klasse! Es hat auch nicht einmal die geheime Wahl bedingungslos und unberührt gewährt. Dagegen hat es an der einzigen bedenklichen Bestimmung des Wahlrechts von 1848 festgehalten: an der indirekten Wahl!

Dabei war im Jahre 1848 die indirekte Wahl keineswegs das Mittel zur Vereitelung volkstümlicher Wahlen wie heutzutage. Vielmehr glaubten sowohl die Junker wie die Demokraten mit der indirekten Wahl gut zu fahren. Die Reaktion erhoffte von der indirekten Wahl eine minder radikale Zusammensetzung des Parlaments; die Linke umgekehrt eine Korrektur reaktionärer Urwahlen durch das Votum fortschrittlich gesinnter Wahlmänner! Deshalb kam es in der Kommission überhaupt zu keiner Debatte über die von der Regierung vorgeschlagene indirekte Wahl, und auch im Plenum des Landtages selbst protestierte nicht ein einziger Abgeordneter gegen das indirekte System. Genau so war es auch in der Frankfurter Vorversammlung. Dort traten selbst Männer wie Vogt und Rauschenplatt für das indirekte Wahlrecht ein, weil sie die Bauern noch für zu abhängig von den Gutsbesitzern hielten; ja man kämpfte zugleich für indirektes Wahlverfahren und die Republik!

So hielten die Junker im April 1848 ein preussisches Wahlrecht schaffen, das turmhoch über dem Wahlrecht steht, das jetzt ihre Enkel den an politischer und allgemeiner Bildung unendlich höher stehenden Volksmassen als eine Wahlreform vorzusetzen wagen!

Aber ist die politische Lehre, die das Volk aus dieser historischen Tatsache ziehen kann, lediglich die, daß unser heutiges Junkertum, unsere heutige Bourgeoisie an politischem Anstand und politischer Einsicht so unendlich hinter der Generation des Jahres 1848 zurücksteht?

Glücklicherweise nicht! Denn in Wirklichkeit war es ja keineswegs bessere Einsicht und anständigere politische Gesinnung, was die Großen unserer heutigen Ostelbier zur Annahme eines so liberalen Wahlgesetzes veranlaßte. Zu solcher Verkennung der treibenden Ursache kann nur ein „liberaler“ Gelehrter gelangen, wie der Breslauer Professor Kaufmann, der aus dieser Abstimmung der Junker die Unrichtigkeit der materialistischen Geschichtsauffassung ableiten möchte, indem er schreibt: „Wir sehen hier aus der Reihe der Privilegierten die Vorkämpfer für die Reform der Staatsordnung eintreten, auf der ihre privilegierte Stellung ruhte, und nicht bloß einzelne Kämpfer, nein die Majorität dieser Kreise erscheint als Träger der Reformbewegung. So stark das Sonderinteresse der Klassen ist, so breit es sich geltend macht im alltäglichen Kampfe, in einem gefunden Volke wird es nicht das stärkste Element sein.“ Leider war es nicht ehrlicher Idealismus, der die Junker und Junkerengenossen für die weitgehendsten Konzessionen an das Volk eintreten ließ, sondern, wie die braven Konservativen ja selbst zugegeben haben, Furcht vor dem Volke, Furcht vor der Revolution!

Das ist, wie Hans Mühl in seiner Schrift „Die Ueberleitung Preußens in das konstitutionelle System durch den zweiten Vereinigten Landtag“ hervorhebt, zwar nichts weniger als ein Kompliment für diese junkerlichen Schöpfer eines demokratischen Wahlrechts, die der Arme meist als Offiziere angehört oder doch angehört hatten, aber doch die historische Wahrheit. Gibt doch selbst der Erz- und Oberjunker Bismarck in einem Brief aus jenen Tagen zu, daß der Vereinigte Landtag sich aus Furcht, wenn auch nicht vor den Berlinern, so doch vor der ganzen Lage Europas in all seinen Schritten leiten ließ.

Daß unsere heutigen Junker und ihre ultramontanen und nationalliberalen Bundesgenossen dem Volke eine so unerhörte

Provokation zu bieten wagten, wie sie das skandalöse Wahlgesetz darstellt, liegt daran, daß diese Nachfahren der 48er Junker- und Geldadventurer sich noch in der eiteln Hochmutsstimmung befinden, in der Krone und Scharfmacher sich auch im Vormärz 1848 blähten — unmittelbar vor dem Fall!

Aber so sicher diese Volksverräter und Volksbetrüger sich auch wähnen mögen, die Nemesis der Geschichte wird auch sie ereilen! Die Erbitterung im Volke über die ihm angetane unerhörte Schmach wird — wie wäre das bei einem gesunden Volke anders möglich! — eine derartige Empörung erregen und diese Empörung wird in den breitesten Massen derart um sich greifen, daß die Tage des Junker-, Pfaffen- und Geldadventurerstums gezählt sind!

Die Geschichte kopiert sich nicht, sie liebt nicht mechanische Wiederholungen. Aber das Schauspiel wird dem Volke nicht vorentfallen und den Uebermütigen nicht erspart bleiben, daß auch unsere Junker und ihr bürgerlicher Troß noch einmal vor dem Volke de- und wehmütig kapitulieren werden! Die geschmeidig die störrischste und hoffärtigste Junkerlippe zu werden vermag, beweist ja das Jahr 1848!

Der Wahlrechtskampf.

Der Protest der Kieler Arbeiter.

Kiel, 17. März. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Dreige-waltige Versammlungen in den drei größten Versammlungstotalen Kiels, die gleich nach Arbeitsloß stattfanden und von insgesamt 8000 Personen besucht waren, protestierten gegen die Polizeiwalt und Polizeibrutalitäten vom Dienstag. Die Referenten Adler, Breconr und Keller gestellten unter stürmischem Beifall und größter Empörung der Versammelten die Maßnahmen der Polizei in der schärfsten Weise. Die Versammlungen nahmen einstimmig eine Resolution an, in der die Entlastung darüber zum Ausdruck gebracht wird, daß wir in Kiel russischen Zuständen entgegengehen und an das Abgeordnetenhaus und den Minister des Innern das Ersuchen gerichtet wird, daß er der Igl. Polizei in Kiel jede Veranlassung aus Anlaß von Wahlrechtisdemonstrationen verbiete. Zum Schluß heißt es, daß sich die Versammelten durch solche Polizeibrutalitäten nicht vom Wahlrechtskampfe abhalten lassen werden.

Nach Schluß der Versammlungen gingen die Teilnehmer ruhig auseinander.

Die Städte und die Wahlreform.

In der Elberfelder Stadtverordnetenversammlung hatten außer unseren Genossen auch die Nationalliberalen einen Wahlrechtsantrag eingebracht. Die letzteren verlangten Ablehnung der Wahlrechtsvorlage, weil diese weder Neueinteilung der Wahlkreise, noch die geheime Stimmabgabe, noch eine Änderung der bisherigen Dreiteilung bringe. Unsere Genossen verlangten eine Petition, durch die um die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts unter gleichzeitiger Neueinteilung der Wahlkreise ersucht wird. Die Stadtverordnetenversammlung erklärte sich mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse in Elberfeld zuständig, lehnte den Antrag unserer Genossen gegen 7 Stimmen, darunter zwei Zentrumsstimmen, ab und nahm darauf den nationalliberalen Antrag gegen die drei sozialdemokratischen Stimmen an.

Die Stadtverordnetenversammlung in Warmen lehnte es zunächst ab, in die Beratung des sozialdemokratischen Wahlrechtsantrages einzutreten, setzte aber eine Kommission ein, die die Zuständigkeitsfrage prüfen soll und wenn sie die Zuständigkeit bejaht, beauftragt ist, im Namen der Stadtverordnetenversammlung eine Petition an beide Häuser des Landtages zu richten, durch die um Ablehnung der Wahlrechtsvorlage ersucht wird.

Im Frankfurter Stadtverordnetenkollegium teilte am Dienstag der Vorsitzende mit, daß die von den Stadtverordneten angenommene Wahlrechtsresolution vom Ministerium des Innern aus formellen Gründen zurückgewiesen worden sei. Der Vorsitzende bemerkte bei der Verlesung dieses ministeriellen Bescheides unter lebhafter Zustimmung des Hauses: Der Hauptzweck ist doch von uns erreicht worden, sowohl das Ministerium wie die Regierung und die beiden Häuser des Landtages haben aus dieser Resolution mit aller Deutlichkeit die Meinung der Frankfurter Stadtverordneten zur preussischen Wahlrechtsvorlage kennen gelernt.

Der Bürgermeister Schlüter in Sommerfeld (Brandenburg) sandte dem Bureau der Wahlrechtsprotestversammlung, die den Magistrat ersucht hatte, sich den Städten anzuschließen, die auf dem Wege der Petition für freies Wahlrecht in Preußen eintreten, namens des Magistrats den Bescheid:

Dem Gesuch kann nicht entsprochen werden, da wir politische Angelegenheiten als nicht in unseren Geschäftsbereich gehörig ansehen.

Der Bürgermeister Schlüter hat als freikonservativer Abgeordneter für die Belastung des Volkes bei der letzten „Finanzreform“ gestimmt. Von ihm darf niemand erwarten, daß er für die Rechte des Volkes eintreten werde. Hoffentlich folgt dem vor

Kurzem erlassen Abschied als Offizier auch recht bald der Abschied als Reichstagsabgeordneter.

In der Remscheid Stadtvorordnetenversammlung vom 13. März schulte die freisinnig liberale Mehrheit eine Debatte über den sozialdemokratischen Wahlrechtsantrag durch Uebergang zur Tagesordnung ab. Nur ein bürgerlicher Vertreter stimmte mit den Sozialdemokraten. — Auch die „rücksichtslosen“ Mannen des bergischen Freisinn unterschieden sich in nichts von dem Jammer-Freisinn anderer Teile.

Jagow macht Schule.

Zum Protest gegen die Polizeimeßerei vom Dienstag waren in Brandenburg drei große Versammlungen angelegt worden. Dem Einberufer ging folgendes Schreiben zu:

Brandenburg a. S., 10. März 1910.

Sie haben am heutigen Tage drei öffentliche politische Versammlungen für den 17. d. M., abends 8 Uhr, in den Lokalen „Vollsgarten“, „Vollshaus“ und „Selgoland“ angemeldet.

Nachdem gestern zu den Versammlungen ohne polizeiliche Genehmigung Linzüge von den Fabriken nach den Lokalen veranstaltet worden sind, besteht nach den Ausschreitungen und Vorkommnissen des gestrigen Abends die durch Tatsachen begründete Beforgnis, daß die öffentliche Ruhe und Ordnung wiederum gestört werden könnte.

Wir eröffnen Ihnen deshalb hiermit, daß weder auf den Wegen zu den Versammlungen noch nach Beendigung derselben Spaziergänge oder Demonstrationen stattfinden dürfen. Sollte trotzdem der Versuch hierzu gemacht werden, so würde solcher unsererseits selbst im Wege der Gewalt verhindert werden müssen.

Die Teilnehmer dieser Veranstaltungen werden sich auch Strafen wegen Aufruhrs (§ 113 R.-St.-G.-B.) zuziehen.

Die Polizeiverwaltung.

Die „Brandenburger Zeitung“ bemerkt dazu: „Hoffentlich betrachtet die Polizeiverwaltung das Gehen auf der Straße nicht für strafbar, wenn sie schon für Spazierengehen den Aufruhrparagrafen heranzieht. Die Arbeiterschaft wird selbstverständlich sich durch dieses Unikum bürokratischer Gedankengänge nicht abhalten lassen, in die Protestversammlungen zu gehen. Trotz des provozierenden Schreibens wird ein gewaltiger und würdiger Protest gegen die blutige Arbeit der „Ordnungshüter“ erhoben werden.“

Märztürme im Reichstag.

Am letzten Tage der Etatsberatung, wenn wie diesmal die dritte Lesung in einer Sitzung durch das Haus gepetit wird, pflegt es zu erregten Ausritten selten zu kommen. Kurzes Geplänkel, bei dem die Leidenschaft nicht aufgewühlt werden, gibt solchen Sitzungen das Gepräge. Aber es liegt Konflikstoff in der Luft. Im Frühlingsturm braust die Wahlrechtsbewegung durch das Land. Bis in den Reichstag hinein schlagen auch heute ihre Wellen, und Zusammenstöße, die ganz unabhängig von ihr entstanden, wurden dort durch die elektrische Spannung, die in der Luft liegt, zu größerer Leidenschaft entzündet.

Die Generaldebatte setzte ein mit einer langen Rede des Vorsitzenden der Budgetkommission, Herrn v. Camp, über allerhand etatsrechtliche Neuerungen, die der Budgetkommission ratsam erschienen. Die Redner verschiedener Fraktionen unterstützten diese Anregungen. Für die Sozialdemokratie erklärte Genosse Ledebour die Zustimmung in den wesentlichsten Punkten, erklärte aber, von der Erörterung der weitergehenden Forderungen der Sozialdemokratie zurzeit Abstand nehmen zu wollen, da zu gründlicher Aussprache doch keine Möglichkeit sei. Dann ergriff aber Ledebour die Gelegenheit, die die Annahme der sozialdemokratischen Verfassungsresolution am Dienstag bot, um auf die Nachwirkung der Märzgedanken der 48er Revolution in unserer Zeit hinzuweisen. Das stetige Anschwellen der Volksbewegung in unserer Zeit gibt der Sozialdemokratie Anlaß, mit größerem Recht als der König von Sachsen im Jahre 1907 die Hüttenworte zu rufen: „Die Geister wachen auf, es ist eine Lust zu leben!“

Nach diesen kurzen Gedenkworten am Vorabend des 18. März vertiefte sich das Haus in Einzelheiten der Etatsberatung. In stürmischen Szenen kam es indes wieder beim Militäretat. Der Genosse Böhle geriet hart mit dem Kriegsminister v. Heeringen aneinander wegen der Maßregelung von Arbeitern in den Militärverhältnissen. Zwischen durch nahm plötzlich Herr v. Oldenburg das Wort, um den bayerischen Militärbeamtenthum darüber zu interpellieren, was der bayerische Kriegsminister über ihn, den Oldenburg, in der bayerischen Kammer gesagt habe. Dieser sonderbaren Bemerkung beifolgte sich der General v. Gersdorff nachzukommen, indem er versicherte, die Bemerkung des bayerischen Kriegsministers, daß Oldenburgs Anspielung auf die Reichsarmee eine „Geschmacksverirrung und Entgleisung“ gewesen sei, solle keine Beleidigung des Herrn v. Oldenburg bedeuten. Damit erklärte sich unter großer Heiterkeit des Hauses der Januschauer für befriedigt. Einige der folgenden Redner gingen mit ironischen Worten auf den Fall ein, so Genosse Roske und die Freisinnigen Hausmann und Dr. Müller-Meinungen. Letzterer hatte gesagt, diese Auslegung höre sich so an, als wenn man bitte, eine gegebene Ohrfeige nicht als Ohrfeige zu betrachten. Daraufhin erklärte in einer persönlichen Bemerkung der Januschauer, die drei genannten Abgeordneten hätten in persönlichen Sachen einen Ehrenstandpunkt überhaupt nicht.

Nun wiederholte sich die Szene, als der Januschauer die Reichstagsschließung angekündigt hatte. Minutenlang tobte die Linke unter dem Ruf zur Ordnung! zur Ordnung! Wiederum nahm der antierende Vizepräsident, diesmal Herr Spahn, davon keine Notiz, sondern erteilte einem anderen Redner, dem Genossen Böhle, das Wort. Nach Beendigung seiner Rede erhob sich der Ruf, daß Oldenburg zur Ordnung gerufen werden müsse, von neuem. Der Freisinnige Dr. Mugdan fragte beim Vizepräsidenten an, ob er dem Oldenburg einen Ordnungsruf erteilt habe oder nicht. Herr Spahn erklärte, er hatte es für genügend gehalten, ihn darauf aufmerksam zu machen, daß jene Bemerkung nicht zulässig sei. Wieder stürmische Rufel. Nunmehr erklärte Genosse Ledebour, das sei ungenügend. Oldenburg dürfe nicht ohne Ordnungsruf davon kommen. Der Nationalliberale Baasche unterstützte die Forderung. Dann gab Herr Spahn nach. Er erteilte den Ordnungsruf unter großer Heiterkeit der Linken.

Die tiefe Erregung des Hauses wirkte noch lange nach. Es kam noch beim Marineetat zu einem Zusammenstoß zwischen dem Genossen Sebering und dem Marineminister wegen der Schlamperie auf den Werften. Sebering konnte Proben von neuen Strichen aus versenken

Rissen nachweisen und trat energisch für die Werftarbeiter ein. Beim Postetat gingen die Genossen Zubeil und Scheidemann gegen das System Kracke vor. Beide konnten Briefe von Unterbeamten vorweisen, aus denen deutlich hervorging, daß diese unglücklichen Leute zu Protesten gegen die Erklärungen sozialdemokratischer Abgeordneter geradezu gequält waren. Als unsere Genossen in gebührend scharfen Worten diese Praktiken geißelten, schickte Herr Kracke vor, der „schlechte Ton“ erübrige ihm das Eingehen auf die Beschwerden.

Als schließlich die Einzellets erledigt waren und in der Schlußabstimmung in dritter Lesung der Gesamtetat gegen die Stimmen der Sozialdemokratie Annahme gefunden hatte, brachte Herr Wiemer namens der Fortschrittlichen Volkspartei noch eine Beschwerde wegen der Januschauererei vor. Er wies darauf hin, daß bei dem Ausfall Oldenburgs gegen drei Abgeordnete verschiedene konservative Drabol gerufen hätten und verlangte eine Erklärung der konservativen Partei, ob sie sich mit Herrn v. Oldenburg identifiziere oder nicht. Herr v. Normann desabonierte darauf den Kompromittierlichen Januschauer, wenn auch in gewundenen Ausdrücken. Genosse Vebel gab die Erklärung ab, daß die Sozialdemokratie Herrn v. Oldenburg nicht derart einschätze, um auf eine Revokation seinerseits irgendeinen Wert zu legen. Nach einigen persönlichen Bemerkungen der Herren Müller und Hausmann hatte der Januschauer nunmehr die unglückliche Frechheit, den beiden Herren zuzurufen: Außerhalb des Reichstags stehe er ihnen zur Verfügung.

Das ist nach dem Studenten- und Offizierscomment ganz unabweislich die Herausforderung zum Duell.

Wiederum entstand ungeheurer Lärm. Herr Hausmann nagelte die Duellforderung fest. Der nunmehr antierende Präsident Graf Schwerin-Löwis erklärte seinerseits, ganz wie im Februar Prinz Hohenlohe, daß er die Worte Oldenburgs ganz harmlos aufgefaßt habe. Herr Hausmann betonte, daß der Sprachgebrauch die Worte Oldenburgs gar nicht anders verstehen lasse und gab in scharfen Worten seiner Ansicht über diesen „Don Quijote“ Ausdruck. Leider unterließ er es aber, die Sache weiter zu verfolgen, trotzdem Oldenburg schwieg!

Der Präsident hätte veranlaßt werden müssen, den Oldenburg zu einer Erklärung aufzufordern, ob er eine Duellforderung habe andeuten wollen oder nicht. Hätte er es zugegeben, dann hätte in irgendeiner Weise es zum Ausdruck gebracht werden müssen, daß der Reichstag unter allen Umständen die Herausforderung zum Duellmord unter seinen Mitgliedern, auch wenn sie nur andeutungsweise erfolgt, und damit das Verhalten Oldenburgs verurteilt. Jedenfalls wird es notwendig sein, diese Frage nach den Osterferien zum Austrag zu bringen.

Liquidationspolitik.

Paris, 16. März. (Fig. Ser.) Das Vertrauensvotum, das die Deputiertenkammer dem Ministerium gestern mit riesiger Mehrheit zugestimmt hat, ist nicht nur — im Hinblick auf die nahenden Wahlen und die Abhängigkeit der Kandidaten von der Regierungsgunst — politisch begründet, sondern es steckt auch soziale Lust darin. Wie die bürgerliche Revolution, so ist auch die bürgerliche Korruption „ein Bloß“, und der Versuch, sie in Einzelstadien aufzulösen, für die Politiker der Bourgeoisie ein selbstmörderisches Beginnen. Deshalb hat sich Briand vor allem bemüht, den fatalen Eindruck zu verwischen, den das Wort seines Kollegen Barthou von dem „Geschwür in der Richterschaft“ tags zuvor gemacht hatte. Regierung und Justiz sind ja so sehr aufeinander angewiesen, und beide auch auf die kapitalistischen Kauftrafen. Beiläufig wird nur, daß keiner die Spielregeln verleihe, die die bürgerliche Ehre für die Plutokratie aufgestellt hat. Aber, so aufrichtig auch der Unwille gegen die Hebertreter dieser Gesehe sein mag, die sanften Nuancen, worin die Ehrbarkeit in die Lumperei übergeht, verlangen doch von den Rächern besondere Vorsicht. So hat Briands Programm die Zustimmung der Mehrheit erungen: rückhaltlose Verurteilung der Schuldigen, aber ohne die Heberei, die dazu führen könnte, daß man — zu viel Schuldige erwisch!

Sicher wird es den besten Anwälten des bürgerlichen Prestiges nicht leicht werden, den Skandal der Liquidationen auf die Affäre Duez zu beschränken. Nicht nur, weil der Defraudant selbst sich vielleicht die Genußgewinnung nicht versagen wird, „der Residuum zu erzählt, wie man Präsident wird“. Was der Mann zu entfallen hat, ist jedenfalls mehr als der Katalog seiner journalistischen Stipendien. Die Schweiggelder, die er republikanischen und liberalen Zeitungsleuten verschiedenen Ranges gezahlt haben mag, sind zu dem Prostitutionsverdienst zu rechnen, auf den seine Hilfskräfte angewiesen der Zeitungskapitalismus ebenso die Tendenz hat wie der Theaterkapitalismus. Aber schon die von Jaurès in seinen zwei mächtigen Anklagereden dargelegte Anwesenheit des Barthouliquors betrifft einen weit interessanteren Personenkreis. In dieser verworrenen Affäre ist schon das eine klargestellt, daß der Verkaufspreis der vor 30 Jahren auf acht Millionen geschätzten Marke durch oherhand Wandel von 1 1/2 Millionen auf eine halbe Million heruntergeschraubt wurde, und daß der glückliche Käufer eine Gesellschaft ist, an der der ehemalige Präsident des Verwaltungsrats des „Matin“ den Hauptanteil hat, während der für seine Bedienung bei diesen Manipulationen glänzend honorierter Liquidator Lecourrier der Schwager des berühmtesten Direktors des „Matin“, Bunau-Varilla, ist. Es wäre in der Tat sonderbar, wenn der „Matin“, diese Zentralstelle kapitalistischer Korruption, bei der Plünderung der säkularisierten Klostergüter nicht einen Hauptanteil gehabt hätte.

Ob die Regierung und die radikale Partei davon profitieren werden, daß die Opposition die von ihnen gesteuert in den Brunnen geworfene Wahrheit gleichweise herausziehen wird, ist sehr zu bezweifeln. In keinem Fall aber kann man bestreiten, daß der neue Skandal dem arg erschütterten Ansehen der Demokratie einen neuen fürchtbaren Schlag versetzt hat. Das Volk verliert sich nicht in den Details der kapitalistischen Profitindustrie. Es kümmert sich auch nicht darum, ob die ärgsten Mängel der Justizverwaltung nicht von den alten Regierungsformen übernommen sind. Es hat von der Republik Gerechtigkeit, Schutz der Kleinen gegen die Mächtigen, Verwendung der von der Kirche angehäuften Reichtümer für die allgemeine Wohlfahrt erwartet. Und nun sieht es, daß die Verwalter fremder Vermögensrechte unter Duldung der Gerichte schamlos Reichtümer eroffen, das Erbteil hilfloser Unmündiger und das Gut der Nation ihren Freunden in den künftigen Schoß werfen, daß Advokaten aus der Clique der Politiker und ihrer Freunde ihren Anteil am Raub in Scheffeln heimtragen, und daß das Parlament nichts eifriger hat, als die unangenehme Tatsache mit einem Vertrauensvotum einzuscharen. Was Wunder, daß die antiparlamentarische Agitation aufmerksamer Ohren

findet, daß die Antirepublikaner Zubeil schöpfen und auch die von freihändlerischen Ideen beherrschten Massen härtere Reizung zeigen, der Staatsform Demokratie zur Last zu legen, was ihre kapitalistische Inhaft verschuldet!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. März 1910.

Polizeiliche Vorbereitungen zum 18. März.

Die Berliner Polizeigewaltigen befinden sich wieder in großer Aufregung, denn sie befürchten, daß morgen, am 18. März, in Berlin der Massenstreik proklamiert wird. Die „Berl. Neuest. Nachr.“ wissen darüber zu berichten:

„Wie verlautet, rechnet am 18. März die Berliner Polizei mit einer allgemeinen Demonstration. Es wird angenommen, daß an diesem Tage nicht nur die übliche große Wallfahrt nach dem Friedhof der Märzgefallenen im Friedrichshain stattfindet, sondern daß diese Gelegenheit dazu benutzt wird, um abermals gegen die preussische Wahlreform zu demonstrieren. Der Polizei ist angeblich hinterbracht worden, daß die Sozialdemokraten in Aussicht genommen haben, am 18. März die Arbeit vollständig ruhen zu lassen und sich zu einer einzigen großen Kundgebung mit „allen zu Gebote stehenden Mitteln“ zusammenzutun. Man glaubt ferner, daß von sozialdemokratischer Seite aus wiederum wie am vorletzten Sonntage eine geheime Order ausgegeben wird, um die Massen unauffällig und nach und nach an einem bestimmten Platze zum März- und Wahlrechtspaziergang zu sammeln. Wie noch ferner behauptet wird, soll am 18. März das gesamte Berliner Militär in den Kasernen konsigniert bleiben.“

Danach zu urteilen, haben die von der Polizei unterhaltenen Spigels wieder sehr schöne Berichte erstattet, und die Polizeiwelt hat, was in Anbetracht ihrer Qualität nicht verwunderlich ist, diese Berichte für bare Münze genommen. Wir haben nichts dagegen, wenn Herr v. Jagow morgen die Berliner Polizeimannschaften zu Ehren des 18. März demonstrieren läßt; aber er sollte wirklich seine Nerven schonen, sonst könnte doch seine eminente Geisteskraft schließlich leiden, und es wäre wirklich ein großer Verlust nicht nur für Berlin, sondern für den ganzen preussischen Kulturstaat, wenn dieser gedankenvolle Kopf nicht mehr über das Wohl Berlins nachdenken könnte.

Aus der Fraktion.

In der Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am Mittwochabend wurden die Redner zu einer Reihe Vorlagen bestimmt, die nach den Osterferien im Reichstag beraten werden. Und zwar: Für Aenderung der Fernspreckgebührenordnung Südekum. Für die Ausgabe kleiner Aktien in den Konsulargebieten und in Kiautschou Eichhorn. Für Ergänzung der Befoldungsgefetze Böhle. Für Aufstands-Ausgaben für Südwestafrika Stolle. Deutsch-schwedischer Handelsvertrag Mollenbuhr. Entlastung des Reichsgerichts Heine und Stadthagen. Berner Uebereinkunft Dieb. Veteranen Schöpflin. Gerste (Eosin) Mehger. Reichs-Versteuerungs-Gesetz Emmel und Degien, evtl. als J. Redner, Stolle. Reichsversicherungsordnung: Hoch, Mollenbuhr, Schmidt.

Den Fraktionsbericht erstattet Roske.

Das sozialpolitische Verständnis der Industriemagnaten.

Der Zentralverband deutscher Industrieller macht seine Klagen gegen die dem Reichstag zugegangenen neuen sozialpolitischen Gesetze entwürfe mobil. Das Direktorium hat zum 12. April d. J. eine Delegiertenversammlung nach Berlin einberufen. In der Einladung heißt es:

„Es gilt, in einer möglichst impopulenten und kräftigen Kundgebung Stellung zu den Gesetzentwürfen bezw. einzelnen Bestimmungen derselben zu nehmen, durch welche die deutsche Industrie belästigt, geschädigt und zum Teil vollkommen unnötigerweise mit schweren Lasten belegt werden soll. Der Zentralverband ist stets weit davon entfernt gewesen, seine Mitglieder zum Widerstand gegen sozialpolitische Maßnahmen aufzufordern bezw. anzulegen, die im Interesse der Arbeiterbevölkerung sowie im allgemeinen Interesse für notwendig und zweckmäßig zu erachten waren. . . . Der Zentralverband hat sich aber niemals gescheut, gegen Gesetzentwürfe, Verordnungen und Maßnahmen aufzutreten, die über das erforderliche Maß hinausgehen und der Industrie, auch zum Nachteil der Gesamtheit, Schaden bereiten. Ein solches Vorgehen ist in dem vorliegenden Falle durchaus erforderlich, und wir bitten daher nochmals um einen recht zahlreichen Besuch der Delegiertenversammlung.“

Das Interpellationsrecht der Reichstagsabgeordneten.

In der Geschäftsordnungscommission des Reichstages wurde am Mittwoch trotz der konservativen Obstruktion die erste Lesung der Anträge zum Interpellationsverfahren beendet. Es kam dabei zu einem positiven Ergebnis aus Grund des nationalliberalen Antrages zum § 33. Das ist nur dem Umstande zuzuschreiben, daß die Mehrheit der Zentrumsvertretung bei Abwesenheit Koerens und anderer Landtagsabgeordneter mit der Linken ging, die nach Zurückziehung des Antrages der Fortschrittlichen Volkspartei und der sozialdemokratischen Amendierungen einen veränderten Antrag Dr. Jund zum § 33 akzeptierte. Gegen die Rechte, mit der der Zentrumsabgeordnete Dr. Witter und einer seiner Fraktionskollegen ging, wurde zunächst die Forderung des Grafen v. Westarp abgelehnt, welche den Fraktionen Genugung des Unterchristen-Blanketts zur Unterstützung der Anträge, Interpellationen usw. unterlagerte wollte. Der auch von sämtlichen Zentrumsabgeordneten unterstützte, gegen die Konservativen und Antisemiten beschlossene § 33 lautet nun:

Interpellationen an den Reichskanzler müssen, bestimmt formuliert und von 50 Mitgliedern unterzeichnet, dem Präsidenten des Reichstages überreicht werden. Der Präsident teilt die Interpellation abschriftlich sofort dem Reichskanzler mit und fordert ihn im Reichstage spätestens am dritten auf die Einbringung der Interpellation folgenden Sitzungstage zur Erklärung darüber auf, ob und wann er die Interpellation beantworten werde.

Erklärt der Reichskanzler sich zur Beantwortung bereit, so erhält an dem von ihm bestimmten Tage der Interpellant das Wort zur Begründung der Interpellation.

Beim § 33 setzten Graf Westarp und Dr. Witter mit der sophistischen Auslegung der bisherigen Fassung ein, welche bestimmt, daß auf Antrag von 30 Mitgliedern sich an die Beantwortung der Interpellation eine Besprechung anschließen „darf“. Eine solche Vergewaltigung des Reichstages sei — sagt Dr. Witter — verfassungswidrig, sie müsse dadurch beseitigt werden, daß man einen Beschluß des Hauses für die Besprechungs-zulässigkeit fordere! — Abg. Jund bezogelnet diese Auslegung Dr. Witters als Vorhilfe des Zentrums zur Beschränkung oder Abschaffung des Interpellationsrechts. Ebenso äußert sich Abg. Ledebour. Darauf erklärte der Zentrumsabgeordnete Kahl, daß seine Fraktion in dieser Sache nicht

einig sei. Dr. Herdors (Z.) stellt sich auf den Boden des Antrages der Linken zu § 33, Abs. 1, welcher die Frage genau präzisiert. Es lautet danach

§ 33:

An die Beantwortung der Interpellationen oder an deren Ablehnung schließt sich eine sofortige Besprechung ihres Gegenstandes an, wenn mindestens 50 Mitglieder darauf antragen.

Haus der Reichskanzler auf die Aufforderung des Präsidenten eine bestimmte Erklärung, ob und wann er die Interpellation beantworten wolle, überhaupt nicht abgibt oder die Frist bis zur Beantwortung auf mehr als vier Wochen, vom Tag ihrer Einbringung an gerechnet, bemittelt, so beschließt der Reichstag in einer der nächsten drei Sitzungen, ob und wann er eine Besprechung des Gegenstandes der Interpellation vornehmen will. Die Beschlusfassung erfolgt ohne vorherige Diskussion.

Mit dem Verlaufe einer neuen Geschäftsordnungsdebatte kam Graf v. Westarp (Der diesmal ohne seinen Freund Kreth operieren mußte) schlecht weg. Die Kommission lehnte den Antrag v. Westarp ab, der die Besprechung der Interpellationen nur gestatten wollte, wenn der Reichstag es beschließt!

Die zweite Sitzung findet nach Ostern statt.

Geistliche als Wahlagitatoren.

In der Sitzung vom Mittwoch des sächsisch-thüringischen Landesausschusses wurde beim Kapitel Auktusetal die Beteiligung der Geistlichen an der Wahlagitation ausgiebig erörtert. Die Regierung nahm folgenden Standpunkt ein: Die Geistlichen betreiben in der Tat Massengitation. Dagegen lasse sich gesetzlich nichts ausdrücken, so lange sie ihr Amt nicht direkt mißbrauchen. Im Interesse ihrer Würde und der Religion liege es allerdings, daß sie mehr Zurückhaltung beobachten. Es sei zu wünschen, daß die Bischöfe in diesem Sinne wirken.

Der Zentrumsvorstand Haus bemerkte, die Regierung habe zu solchen Ausführungen kein Recht, nachdem sie bei der letzten Reichstagswahl in Straßburg den Bischof erzuht habe, gegen den sozialdemokratischen Kandidaten sich zu erklären. Die weiteren kirchlichen Abgeordneten Wetterlé, Winterer und Ricklin bemerkten, die Richter betrieben gleichfalls Wahlagitation, und die Regierung solle das nicht ungern. Dagegen erklärte der liberale Abg. Georg Wolf, daß die Regierung die Richter und Beamten von der politischen Agitation zurückhalte. Der liberale Bürgermeister von Straßburg, Dr. Schwander, führte aus, die Geistlichen könnten politische Agitation betreiben, soviel sie wollen; dagegen könne nichts getan werden, es sei aber ungebührlich, daß die Geistlichen, die von den Geldern aller Steuerzahler bezahlt werden, einseitig für eine Partei arbeiten. Da könne nur die Trennung von Kirche und Staat helfen. Daraufhin kündigte der liberale Abg. Diemer-Heilmann einen Antrag auf Trennung von Kirche und Staat an. Für diesen Antrag erklärte sich der liberale Abg. Wolf, sowie die Zentrumsvorstand Haus und Wetterlé unter gewissen Voraussetzungen, wenn die Kirche eine angemessene Entschädigung erhalte und ihre volle Freiheit gewährt werde. Die Verordnungen dieser Entschädigung wurde von liberaler Seite lebhaft bestritten.

Zur Kirchhofesfrage in Lothringen gab der Abg. Fick im Namen der Lothringer Gruppe eine Erklärung ab, die ein neues Gesetz im Interesse des Friedens und der Gerechtigkeit verlangte. Die Regierung vertrat die Auffassung, daß das Konordat noch ausreichend sei. Bestimmte Vorschläge wurden in dieser Richtung nicht gemacht; es wurde nur die Anregung gegeben, daß die Regierung sich mit den geistlichen Behörden verständige.

Klerikale „Arbeitervertreter“.

Bekanntlich reichen die vorgezeichneten 4 Millionen Mark für die Unterstützung der Tabakarbeiter nicht aus. Der Reichstag hat daher der Rot gehorchend am vergangenen Mittwoch die Summe um einen verhältnismäßig niedrigen Betrag erhöht. Konservativ wollten die zur Verfügung gestellten 750 000 M. durch eine dispositive Bemerkung zu dem Etatmittel nur in Fällen besonderer Hilfsbedürftigkeit gewährt wissen. Hiergegen wandte sich unser Redner Genosse Wollensbaur, der verlangte, daß der Nachweis besonderer Hilfsbedürftigkeit nicht erbracht zu werden brauche, sondern daß Arbeitslosigkeit infolge der Kenderung des Tabaksteuergesetzes allein den Anspruch begründe. Genosse Webel stellte einen entsprechenden Antrag, der auch mit knapper Mehrheit angenommen wurde. Vom Zentrum stimmten aber nur zwei Abgeordnete für den Antrag. Die christlichen Arbeitervertreter Gießberts und Konforten glänzten sämtlich durch Abwesenheit, obgleich einige von ihnen kurz zuvor im Saale anwesend waren und Herr Weder (Arnsberg) sogar zu der Frage der Tabakarbeiterunterstützung gesprochen und loyalere Handhabung der Bestimmungen empfohlen hatte.

Wozu der bayerische Staat Geld hat.

Die bayerische Regierung hat eine Vorlage eingebracht, nach der die Portofreiheit des „fürstlichen Hauses von Thurn und Taxis“ abgelöst werden soll. 400 000 M. beträgt der Kaufpreis für dieses alte „Recht“.

1808 ging die Verwaltung der Posten aus den Händen des Hauses Thurn und Taxis an den bayerischen Staat über. Der Fürst des Hauses erhielt dabei für sich und seine Nachkommen einmal die löbliche Würde eines „königlichen Erb-Reichs-Postmeisters“, jetzt eines „Erbliehen Kron-Oberpostmeisters“, sowie für sich und sein fürstliches Haus das Brief- und Postwagenprivilegium, dann für seine Räte, Stellen und Postabaktiere das Briefprivilegium und für noch weitere sechs Individuen aus der Dienerschaft des fürstlichen Hauses das Privilegium auf den Postwagen der Monarchie. Das Privilegium wurde 1831 noch ausgedehnt auf die fürstlichen Stellen, Behörden und Klemmer.

Vor einigen Jahren hat der Chef des Hauses Thurn u. Taxis noch erklärt, daß er in dem seinem Hause eingeräumten Privilegium ein Ehrenrecht erblicke, dessen Ablösung durch Geld nicht tunlich sei, auf das er aber gegen Gewährung anderer Ehrenrechte freiwillig zu verzichten bereit wäre. Es ist bekannt, daß der Fürst ohne Entschädigung verzichten wollte, wenn man ihm bei Hof einen höheren Rang eingeräumt hätte. Er wäre dadurch auf der fürstlichen Hinterleiter um eine Sprosse höher gekommen. Der Witz liegt sich aber nicht frei machen und deshalb soll das Volk für diese Geldwerte 400 000 M. zahlen.

Es ist geradezu rührend, wie die Regierung in ihrer schriftlichen Begründung sich bemüht, dem Landtage und selbst dem fürstlichen Hause zu beweisen, daß diese Portofreiheit kein Ehrenrecht, sondern ein auf Vertrag beruhendes, dem fürstlichen Hause gegen den bayerischen Staat zustehendes Privatrecht vermögensrechtlicher Natur sei. Und das muß erst bewiesen werden, trotzdem dieses „Ehrenrecht“ heute einen Geldwert von jährlich ca. 13 000 M. darstellt, der dadurch zustande gekommen ist, daß ein Drittel aller Patente, die die fürstliche Verwaltung versendet, mit Rücksicht auf ihren Inhalt, ihre Form oder ihr hohes Gewicht mit der Post anstatt mit der Eisenbahn verschickt worden ist. Die Staatsregierung fächelt nun, daß das fürstliche Haus nach Erwerbung einer Ruderkarte in Ausübung des Ehrenrechtes noch mehr Patente mit der Post verschickt als bisher und will deshalb ablösen.

Das fürstliche Haus von Thurn und Taxis hat sich endlich überzeugen lassen, daß es sich nicht um ein Ehrenrecht handelt und läßt sich die Portofreiheit für 400 000 M. abkaufen. Aber Voraussetzung nach wird die Mehrheit der Kammer zu diesem Handel Ja und Amen sagen.

Die Wahlagitation der Kriegervereine.

Die Wahlagitation der Kriegervereine hatte in den letzten Jahren einen solchen Umfang angenommen, daß auch das Zentrum und die Freisinnigen einigermassen mühsig geworden sind. Der Konman-dierende der Kriegervereine, General v. Epich, hat bei den Wahlen direkt Verfügungen herausgegeben, wie die Kriegervereine sich zu verhalten haben. Die Vereine selber haben den unglücklichsten Terrorismus getrieben, indem sie alle ihre Mitglieder, die nicht so wählten, als wie dies die Vereinsleitung verlangt hatte, einfach aus dem Verein ausgeschlossen haben. Die Wahlsprüfungs-kommission hat deshalb vor einiger Zeit beschlossen, eine Wahl für ungültig zu erklären, bei der die Kriegervereine eine besonders leb-hafte Tätigkeit entfaltet hatten. Die Leitung der Kriegervereine sieht die ihr drohende Gefahr ein und deshalb hat bereits vor einigen Tagen ein Kriegervereinsverband in Hannover an den Reichstag eine Petition eingereicht, in der bestritten wird, daß die Kriegervereine politische Vereine seien. Mittlerweile hat der General v. Epich die Sache selbst in die Hand genommen, und es findet Mittwoch eine vertrauliche Besprechung der Landesoberleitenden der Kriegervereine in Berlin im Kriegervereinshaus statt. In dieser Sitzung sollen Mittel und Wege beraten werden, wie man dem Reichstage begreiflich machen könne, daß die ausgedehnte Wahlagitation der Kriegervereine keine politische Tätigkeit sei. Man darf gespannt darauf sein, wie die Herren gegenüber den vorliegenden Beweisen dieses Kunststück fertig bringen werden.

Eine Polizei-Verdant.

Die bürgerliche Presse verbreitete am Montag die Nachricht, daß in Köln am Sonntag eine sozialdemokratische Straßendemonstration stattgefunden habe, der eine rote Fahne vor-angetragen worden sei. Die Polizei habe den Zug auseinander-getrieben.

Der Vorgang hat sich in Wirklichkeit folgendermaßen zugetragen: 60 bis 70 junge Leute beiderlei Geschlechts unternahmen Sonntag nachmittags nach einem Vortrage im Volkshaus einen Spaziergang am Rhein entlang. Außerhalb der Stadt sangen sie Arbeiterlieder. Das hörte ein Schulmann, der nicht länger zusehen konnte, als zum Präsidium zu telefonieren, daß eine sozialdemokratische Wahrscheinensdemonstration veranstaltet werde. Es dauerte nicht lange, da erschien ein Massenaufgebot von Schulkindern zu Fuß und zu Pferde, von Polizeikindern begleitet. Die Jugendlichen gingen natürlich sofort auseinander, so daß die Polizei keinen Anlaß fand, auf frieberrige Leute einzuschauen. Es waren circa 100 Schulkinder, die auf 60 bis 70 junge Leute im Alter von 14 bis 18 Jahren losgelassen werden sollten.

Um die Klamage der Polizei zu verdecken, wurde ein Bericht an die bürgerliche Presse gegeben, in dem von einer sozialdemokratischen Wahrscheinensdemonstration die Rede war.

Steuererhöhung in Frankfurt a. M.

Die Stadtverordnetenversammlung in Frankfurt a. M. beschloß am Mittwoch mit der Regulierung der Steuerverhältnisse, da der Voranschlag für 1910 ein gewaltiges Defizit aufweist, das bei Weitererhebung der früheren Steuer für 1910 5,1 Mill. Mark betragen würde. Bei der Erörterung wurden von den Stadtverordneten Abstriche in der Höhe von 678 200 M. gemacht. In der zur Prüfung der städtischen Finanzlage eingesetzten gemischten Kommission erklärte der Magistrat den Steuererhöhungen nicht in vollem Umfange beitreten zu können. Im Kompromißwege einigte man sich schließlich auf eine Streichung von 400 000 M. Weiter wurde die zur Sanierung des Baufonds angelegte Summe um 400 000 M. gesenkt. Dadurch wurde der Fehlbetrag auf 4 1/2 Mill. Mark reduziert. Die Mehrheit der Kommission schlägt nun vor, die Sanierung der Finanzen auf folgender Grundlag vorzunehmen: Erhöhung der durchschnittlichen Einkommensteuer um 88 Proz. (auf 120 Proz.), wodurch eine Mehreinnahme von 3 880 000 M. erzielt würde; 10 Proz. Erhöhung der Gewerbesteuer (die schon für 1909 beschlossen war), 150 000 M.; Erhöhung der Billeiteuer — schon beschlossen — (200 000 M.) und Erhöhung des Schulschulbes in den Vorklassfassen und für Auswärtige (50 000 M. mehr).

Gegen die Stimmen unserer Genossen und vier bürgerlicher Stadtverordneten wurde nach dem Vorschlag der Kommission die Erhöhung der städtischen Einkommensteuer um 88 Proz. beschlossen.

Zum Bremischen Schulstreit.

Die Lehrermahregungen in Bremen beschäftigten Mittwoch abend die Bremer Bürgerschaft. Die Sozialdemokraten hatten einen Antrag eingebracht, das gegen Lehrer wegen des Wechel-Telegramms eingeleitete Disziplinarverfahren sowie die Entlassung eines Lehrers rückgängig zu machen, weil die Mahregulation mit der in der Verfassung gewährleisteten Glaubens- und Gewissensfreiheit und freien Meinungsäußerung im Widerspruch steht. Unter den bürgerlichen Vertretern fand sich nicht ein einziger, der für diesen Antrag stimmte. Die Mehrheit erklärte im Gegenteil durch die Annahme eines Antrages, daß sie eine bewußte Demonstration gegen die durch das Einschreiten einer vorgelegten Behörde herbei-geführte Entlassung des Disziplinargerichts, sowie eine Solidaritäts-erklärung mit den Massenkampf und die Art seiner Führung be-treffenden Grundfragen der sozialdemokratischen Partei mit den Pflichten eines Beamten, insbesondere eines Lehrers, für unverein-bar halten. Im übrigen beziehe sich der § 12 der Verfassung, der den Staatsangehörigen die volle Glaubens- und Gewissensfreiheit gewährleistet, nur auf religiöse Dinge.

Ferner fand ein sozialdemokratischer Antrag auf Beseitigung der Vorgesandtschaften in den Schulen zur Beratung. Bei dem Schulwort wurde dem Genossen Wed, dem Eindringler des An-trages, unerschütterlich das Wort entzogen und der Präsident verbat sich ebendert noch jede Kritik seiner Geschäftsführung. Darauf erhob sich auf den Tribünen lauter Protest. Der Präsident verlangte darauf die Stämmung der Tribünen, und als das nicht sofort geschah, hat er nach der Polizei geschickt, so daß die Tribünen-besucher durch Schulkinder auf die Straße gesetzt wurden. Der An-trag selbst wurde abgelehnt.

Ein weiterer Antrag der Sozialdemokraten verlangte Beseitigung der Schulfestern am Sedantag und Kaisers Geburtstag. Die Bürgerschaft lehnte diesen Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten ab und brachte durch einen Gegenantrag zum Ausdruck, daß sie die Förderung nationaler Gefinnung der Jugend durch die Feier vaterländischer Festtage für eine unerlässliche Aufgabe der Schule halte. — Dieser Antrag war von einem Volksschullehrer eingebracht worden.

Oesterreich.

Ein Wahlgerichtshof.

Im Auftrag eines Komitees des Wahlsprüfungs-Ausschusses des österreichischen Abgeordnetenhauses hat Abg. Genosse Dr. Liebermann einen Gesekentwurf beiz. die Errichtung eines Wahlgerichtshofes ausgearbeitet. Man erwartet von dieser Einrichtung die Beseitigung des Standals, daß das Parlament prote-stierte Wahlen jahrelang ungeprüft läßt, ein Umstand, der leih-jähr den Inhaber eines solchen Mandats, den dalmatinischen Priester Bullisch, zur Wiederlegung seines Mandats veran-last hat. Der Vorschlag unserer Genossen will einen für die Regulatorperiode zu bestellenden Wahlgerichtshof, dessen Mitglieder vom Abgeordnetenhause durch Proporz gewählt werden, wobei jedoch aktive Staatsbeamte und sonstige öffentliche Beamte, Abgeordnete und Herrenhausmitglieder ausgeschlossen sein sollen. Präsident und Stellvertreter sollen in gemeinsamer Sitzung von Reichs- und Verwaltungsgerichtshof aus der Mitte der Richter gewählt werden. Zu bemerken ist, daß das öster-reichische Reichsgericht ein Spezialgericht zur Entscheidung von

Beschwerden wegen Verletzungen der Verfassungsmäßigen Staatsbürgerrechte ist, während die Funktionen des deutschen Reichs-gerichts in Oesterreich vom Obersten Gerichtshof und Kassationshof ausgeübt werden. — Die „Wahlrichter“ sollen nach ihrer Zugehörigkeit in nationale Listen eingeteilt werden, aus denen die 12 Geschworenen jedes Verfalls ausgetost werden. Sie sollen ihr Urteil mit Stimmenmehrheit. Bei Streitfällen zwischen Nationen sind die Richter aus den betreffenden nationalen Listen, sonst aus der entsprechenden Liste auszuwählen. Weitere Bestimmungen regeln das kontraktatorische Verfahren. Sehr be-zeichnend für die galizischen Erfahrungen des Antragstellers ist die Bestimmung, daß, wenn als Anfechtungsgrund Wahnmig-bräuche eines öffentlichen Beamten angeführt werden, die Zeugen-einvernahme nur vor dem Wahlgerichtshof, nicht durch die Straf-gerichte erfolgen darf. Zwischen Wahlprotest und Hauptverhandlung sollen nicht mehr als sechs Monate liegen dürfen.

Spanien.

Ein neuer Marokkofeldzug?

Wie aus Ceuta, der spanischen Station an der marokkanischen Küste, gemeldet wird, ist dort ein weiterer Feldzug in Vorbereitung. Es werden Reserven an Lebensmitteln und Kriegs-material für 40 000 Mann angeammelt. Gegen dieses neue Verbrechen nehmen unsere spanischen Genossen bereits energisch Stellung. „El Socialista“, das Zentralorgan, erklärt, das Land müsse sich in Rasse gegen die Urheber eines solchen Verbrechens erheben. Er empfiehlt den Arbeitern, sich vorzubereiten zur Austreibung derer, die die Schreden des vorjährigen Krieges erneuern wollen. Und Genosse Iglesias schreibt in der „Iba Socialista“, das Land habe nicht mehr die Hilfsmittel zur Ausrüstung der erforderlichen 40 000 Mann. Es sei auch ganz und gar gegen den Krieg. „Die Arbeiterklasse wird energisch protestieren, wie sie es getan hat. Sie wird weder Prozesse noch Verfolgungen dabei fürchten. Wenn die Proteste in der Presse und von der Rednertribüne nicht genügen werden, den Verzicht auf ein so verbrecherisches Unternehmen zu erzielen, wird sie zum Hilfsmittel des Generals greifen. Und wenn der friedliche Streik nicht genügt, denen, die Leben und Interessen der Spanier so mißachten, Vernunft beizubringen, wird sie zur Gewalt greifen. Denn sie ist gesund, kerngesund, wenn es gilt, zu verhindern, daß die Würde eines Volkes beschmüht wird, daß seine Söhne nach Afrika in den Tod geschickt werden zum Vorteil einiger Millionäre.“

Nun wird es sich ja zeigen, was es auf sich hat mit der viel-gerühmten demokratischen Gefinnung des Ministerpräsidenten Canalejas. —

England.

Eine Kriegserklärung der Iren.

London, 17. März. Der Führer der irischen Nationalisten Redmond hielt gestern in Newcastle eine Rede, in der er der Regierung eine Politik des Schwankens und der Jaghaftigkeit vorwarf, weil sie das Budget vor der Regelung der Frage des Vorechts der Lords erledigte. Er sei überzeugt, daß in wenigen Wochen allgemeine Wahlen stattfinden würden.

Die Oberhausreform.

London, 16. März. Oberhaus. Bei der heute fortgesetzten Beratung des Vorlages Lord Rosebrys erklärte Lord Curzon, der Augenblick sei für die Erwägung der Reformfrage außerordentlich günstig; das Ziel müsse sein, zu einer all-gemeinen Verständigung über die Grundlagen der be-absichtigten Reform zu kommen. Wenn er auch gegen eine nur aus Wahlen hervorgegangene Zweite Kammer sei und wünsche, daß dem Grundlage der Erbligkeit bei der zukünftigen Weichung des Oberhauses Rechnung getragen werde, sei er doch der Ansicht, daß die Einführung von Wahlen für einen Teil des Hauses der Erwägung wert sei. Das wesentliche der ganzen Reform sei, daß das Haus mehr auf dem Vertrauen, der Achtung und Unterstützung der Demokratie auf-gebaut werden solle. Rummehr ergreift Lord Cromer das Wort und erklärte, obgleich er dringend wünsche, daß nichts getan werde, um die Macht des Oberhauses zu schwächen, sei er ebenfalls der Ansicht, daß eine Reform nötig sei, um das Haus in nähere Ver-rührung mit dem Volke zu bringen. Sodann erklärte der frühere Lordkanzler Lord Halsbury, er glaube nicht, daß es möglich sei, eine Einrichtung zu schaffen, die den englischen Gewohnheiten besser angepaßt und nützlicher sei, als das jetzige Oberhaus.

Holland.

Obstruktion.

Haag, 17. März. Nachdem die Rechte gestern in der Kammer den Vortrag abgelehnt hatte, die Diskussion der Regierungsvorlage betreffend die sozialen Versicherungen wieder zu eröffnen, begann der Sozialist Schaper heute die Obstruktion, indem er die Abstimmung selbst über die unbedeutendsten Artikel der Vorlage verlangte. Lohmann (christlich-historische Partei) miß-billigte diese Obstruktion. Schaper erwiderte, da die Rechte verlangt habe, die Opposition zu knebeln, so würde diese zeigen, daß sie die Mittel besitze, sich gegen diese Taktik zu ver-teidigen. Er werde zuwanzigmal eine Abstimmung verlangen. Die Zeit, welche durch diese Abstimmungen verloren gese, werde nicht die Zeit übersteigen, welche für die Erwiderungen notwendig gewesen wäre, die die Rechte der Opposition abgelehnt habe. Nach der zwanzigsten Abstimmung bot die Kammer wieder das gewöhnliche Bild.

Bulgarien.

Demonstrationen gegen die Regierung.

Sofia, 16. März. In einer zum Protest gegen die Rus-sischer Ereignisse von Studenten einberufenen Versammlung, die von mehreren tausend Personen besucht war, kam es heute nachmittag zu großen antimilitaristischen Kund-gebungen. Nach der Versammlung gegen die Zeit-nahmer durch die Stadt vor das königliche Schloß, wo sie durch Pfeifen demonstrierten. Polizei und Militär trieb die Menge schließlich auseinander, ohne daß ernliche Verletzungen vorliefen. Abends wurden die Demonstrationen fortgesetzt. Es kam wieder zu mehreren Zusammenstößen, wobei viele Personen Ver-letzungen davontrugen. Die Hauptstreifen sind militärisch ab-gesperrt. Die Demonstranten verlangen den Rücktritt des Cabinets. Auch in Varna soll es zu einem Zusammenstoße zwischen Militär und Volk gekommen sein.

Japan.

Ein Vertrag mit den Vereinigten Staaten?

New York, 17. März. Wie der Korrespondent der „New York World“ in Washington aus angeblich besserer Quelle erfahren haben will, soll Japan der Volkskraft Vorschläge zur Weitergabe an das Staatsdepartement übermittelt haben, welche darauf hingingen, eine Verständigung zwischen Japan und den Ver-einigten Staaten zu erreichen, so daß beide Länder zu-sammen im fernen Osten eine vorherrschende Rolle spielen würden unter Aufrechterhaltung des Prinzips der offenen Tür und unter Garantie der gleichen Behand-lung des Handels aller Nationen.

Gewerkschaftliches.

Lehrlingsausbeutung und Lehrlingsausbildung.

Die Unternehmer des Baugewerbes haben in ihre zur Beratung stehendes Tarifmuster u. a. auch den Begriff „tüchtiger Geselle“ aufgenommen und wollen nur solchen den tariflichen Höchstlohn zahlen. Daß es sich dabei nur um eine Finte, einen Vorwand handelt, die es ihnen ermöglicht, sich überhaupt um diesen Höchstlohn herumzudrücken, ist selbstverständlich. Gleichzeitig stellen sich aber die Herren selbst ein recht trauriges Armutszeugnis mit dieser Forderung aus. Denn wenn sie klagen, daß die „Tüchtigkeit“ nachgelassen habe, so ist das ihre Schuld, und beweist, daß sie nicht mehr fähig sind, tüchtige Kräfte auf ihren Bauplätzen auszubilden. Wie steht es nun mit der großstädtischen Lehrlingsausbildung im Baugewerbe überhaupt? Zugabe ist, daß an jene sorgfältige Ausbildung, die der Maurerlehrling in früheren Jahren genoss, heute nicht mehr zu denken ist. Der allmächtige Kapitalismus hat das Handwerk korrumpiert. Der Lehrling auf dem Berliner Bau hat Tag für Tag weiter nichts zu tun, als Steine zu verpacken. Sorgfältige Arbeit wird heute im Baugewerbe nur noch verschwindend wenig verlangt, und da das großstädtische Baugewerbe in fast unheimlicher Weise spezialisiert ist, so bleibt für den Lehrling nichts übrig, als von morgens bis abends an der Seite des Gesellen in monotonem Einerlei einen Stein an den andern anzureihen. Staatlich wird die theoretische und fachliche Ausbildung des Lehrlings allerdings anerkannt, weshalb an den meisten Pauschulen Polier- und Werkmeisterkurse eingerichtet sind, an denen speziell in mittleren Städten auch junge Leute unentgeltlich teilnehmen können. Jedoch wird diesen das dadurch unmöglich gemacht, daß sie in die städtische Fortbildungsschule gehen müssen und auch sonst nur wenig profitieren können. Um aber dem Lehrling jene Vorbildung und Wissen ins praktische Leben mitzugeben, dessen er im kapitalistischen Großbetrieb nie habhaft wird, wäre es sehr wünschenswert, daß staatliche Kurse in Materiallehre und Hochzeichnen eingerichtet würden. Ganz besonders aber wäre zu wünschen, daß die Lehrlinge unter Anleitung von erfahrenen Praktikern jene praktischen Arbeiten ausführen lernen, die in der Großstadt heute nur selten verrichtet werden, wie das Anfertigen der verschiedenen Gewölbearbeiten usw. Natürlich müßte dieses während der Tageszeit und auf behördliche Kosten geschehen. Die Stadt Zürich hat bereits im Jahre 1907 derartige Kurse eingerichtet und in denselben theoretischen und praktischen Unterricht erteilen lassen. Dem Kursleiter unterstanden dort ein Maurerpolier und einige erfahrene Maurer, deren jeder eine Anzahl Lehrlinge während des zweimal wöchentlich stattfindenden Unterrichts zu unterweisen hatte. Auch im Gerüstbau wurden die Schüler unterwiesen, sowie in vielen anderen Spezialfächern, an deren praktische Ausführung heute der großstädtische Lehrling nicht mehr kommt. Die erstellten Resultate wurden von allen Kennern einmütig gelobt und als Muster hingestellt. Gerade in Großstädten wie Berlin, wo auch beim Baulehrling der Unternehmer nur auf schnelle Arme sieht und den jungen Menschen als willkommene Ausbeutungsobjekt betrachtet, wäre es wünschenswert, daß die öffentliche Fürsorge für die gewerbliche Berufsausbildung mehr täte. Die privatkapitalistische Lehrlingszucht ist keine Ausbildung, sondern nur gewissenlose Ausbeutung der jugendlichen Kraft. Staat und Gemeinde werden hier an die Stelle des privaten Lehrmeisters treten müssen, um so im allgemeinen Interesse jenen Verbrechern entgegenzuwirken, die der Kapitalismus an seinen Opfern verübt. Das gelungene Züricher Beispiel kann hierbei nur als Vorbild dienen.

Berlin und Umgegend.

Die Arbeiter und Handwerker der Englischen Gasanstalten Berlins und Umgegend besprachen in einer starkbesuchten Versammlung, die am Mittwochabend in den Arminhallen stattfand, den Stand ihrer Lohnbewegung. Vor zwei Wochen hatten die Arbeiter in fünf Versammlungen beschlossen, Verhandlungen mit der Direktion über die Lohnfrage durch ihre Vertreter anzubahnen. Am 2. März richteten die Obleute ein Schreiben an den Generaldirektor und ersuchten, in Verhandlungen einzutreten. Es erfolgte nicht einmal eine Antwort, ebensowenig fand ein zweites Schreiben irgendwelche Beachtung von Seiten der Generaldirektion. Der Arbeiterausschuss ersuchte in einer kurzen Unterredung nur soviel, daß die Direktion es rundweg ablehnt, auf die Wünsche der Arbeiter einzugehen. Man könne nichts tun, so hieß es, solange die Stadt Berlin die Löhne für ihre Gasarbeiter nicht erhöht habe.

Polenka vom Gemeinde- und Staatsarbeiterverband wies nach, daß die Verusage auf die Stadt Berlin eine sehr schlechte Entschuldigung ist. Berlin ist als sehr rückständig bekannt, soweit die Stadt Arbeitgeberin ist. Die Arbeiter sind aber durch eine bestimmte Regelung der Lohnverhältnisse immer noch besser gestellt als gerade bei den Englischen Gasanstalten. Hier fand seit 1905 keine generelle Regelung mehr statt, bei einzelnen Kategorien seit 1900 nicht mehr, trotzdem seit dieser Zeit und gerade in den letzten Jahren einerseits die Teuerung immer fühlbarer geworden ist und andererseits die Ansprüche an die Leistungen der Arbeiter immer höher geschraubt wurden. Die Vertrauensleute empfahlen der Versammlung die Annahme der folgenden Resolution:

„Die am 18. März in den „Arminhallen“ versammelten Arbeiter und Handwerker aller Betriebe der P. G. S. A. haben zu der erneuten Ablehnung ihrer Lohnanträge Stellung genommen.“

Sie bedauern auf das Lebhafteste, daß ihrem Antrage vom 5. März dieses Jahres, auf Verhandlungen der Obleute der Arbeiterausschüsse mit der Generaldirektion in der Lohnfrage, keinerlei Beachtung geschenkt wurde.

Die Versammelten erklärten darin, wie in der wiederholten ohne Angabe von Gründen erfolgten Ablehnung ihrer Anträge eine Nichtachtung der Arbeiterausschüsse und ersuchten die Mitglieder der Arbeiterausschüsse zum Zeichen des Protestes ihre Mandate niederzulegen.

In der Erwägung, daß gegenüber der ablehnenden Haltung der Direktion nur mit dem Nachtmittel einer geschlossenen Organisation etwas erreicht werden kann, verpflichteten sich die Versammelten, mit aller Energie für deren Stärkung Sorge zu tragen, um im gegebenen Moment mit allen Mitteln ihre berechtigten Forderungen erkämpfen zu können.“

Diese Resolution wurde nach kurzer Diskussion, in der die Enttäuschung der Arbeiter über die anmaßende Haltung der Direktion zum Ausdruck kam, einstimmig angenommen.

Der Vorsitzende ersuchte die Anwesenden zum Schluß noch dringend, für den Anschluß an den Gemeinde- und Staatsarbeiterverband kräftig zu agitieren.

Die Hausindustriellen und die Arbeiterschaft im Kürschnergewerbe.

Unter den Hausindustriellen des Kürschnergewerbes Berlins scheint sich in letzter Zeit die Ueberzeugung geltend zu machen, daß

sie, die ja tatsächlich den Fabrikanten als Arbeitnehmer gegenüberstehen, mit den Besitzern und Arbeiterinnen ein gemeinsames Interesse an der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen haben und daß sie zu diesem Zweck eine Art Bundesgenossenschaft mit dem Kürschnerverband eingehen müßten. Eine zahlreich besuchte Versammlung der Hausindustriellen, die am 2. Februar stattfand, sprach diesen Gedanken in einer Resolution aus, die dem Präsidium des Kürschnerverbandes samt der Einladung zu einer gemeinsamen Sitzung zugestellt wurde. Die Anregung dazu war von dem Organisationsvertreter der Wiener Kürschner, E. Ruzika, ausgegangen, der hier in Berlin war und den Hausindustriellen einen Vortrag über die Frage gehalten hatte, wie er andererseits auch im Kürschnerverband die Anschauung geltend zu machen suchte, daß eine derartige Verständigung mit den Hausindustriellen nützlich und zweckmäßig sei. In Wien ist eine solche Bundesgenossenschaft zwischen den Hausindustriellen und der Arbeiterschaft des Gewerbes schon durchgeführt und sie bildet dort auch jetzt wiederum die Grundlage einer Lohnbewegung.

Die gemeinsame Sitzung der Vorstände hat am 3. März stattgefunden. Von den Vertretern der Hausindustriellen wurden dabei gewisse Thesen aufgestellt und Vorschläge gemacht, die zur Grundlage der Verständigung dienen sollen. Sie besagen in den Hauptpunkten: daß die gegenseitige Bekämpfung aufhören, und statt dessen ein Einvernehmen zwischen den Mitgliedern der beiderseitigen Organisationen geschaffen werden soll, daß der Arbeitsnachweis auf paritätische Grundlage gestellt werden soll, daß die beiden Vereine der Selbständigen der Pelz- und der Rügenbranche sich verpflichten, möglichst nur organisierte Leute zu beschäftigen und die noch unorganisierten dem Verbands zugzuführen, und daß zur weiteren Verständigung über Arbeitseinstellung und Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern eine gemeinsame Kommission von neun Mitgliedern eingesetzt wird, die auch die Grundlage für die allgemeine Verständigung ausarbeiten soll. Zum Arbeitsnachweis, dessen Verwaltung in Händen des Kürschnerverbandes bleibt, wollen die Selbständigen einen Jahresbeitrag leisten. Zur Ueberwachung des Arbeitsnachweises soll eine gemeinsame Kommission eingesetzt werden mit einem aus den Reihen der Selbständigen gewählten Vorsitzenden. Arbeitskräfte sollen nur an solche Selbständige vermittelt werden, die organisiert sind. Auf die Fabrikanten mit eigenen Betriebswerkstätten sowie auf die Innungsmeister, die Ladengeschäfte haben, bezieht sich diese Bestimmung nicht. — Die Vertreter des Kürschnerverbandes erklärten sich wohl bereit, mit den Hausindustriellen zusammenzuarbeiten, wünschten aber zu wissen, welche Gegenleistungen sie dem Kürschnerverband bieten, wenn dieser ihnen zur Verbesserung ihrer Lage Hilfe leistet. Die Frage des Arbeitsnachweises biete keinerlei Schwierigkeiten. Der Kürschnerverband habe auch gar nichts dagegen, wenn die Selbständigen ein Mitglied delegierten, um in die Verhältnisse des Nachweises Einblick zu nehmen. Was die Beschäftigung organisierter Leute anbetreffe, so müsse in dieser Bestimmung statt „möglichst“ das Wort „nur“ gesetzt werden, wegen der Mitglieder des Kürschnerverbandes verpflichtet sein sollten, nur bei organisierten Selbständigen zu arbeiten. Seine prinzipielle Stellung der Hausindustrie und der Heimarbeit gegenüber könne der Kürschnerverband selbstverständlich nicht aufgeben, wiewohl durchaus kein Grund vorliege, die Hausindustriellen selbst oder ihre Organisation zu bekämpfen. — Die Sitzung endete damit, daß die Vertreter der Organisationen sich verpflichteten, den Mitgliedern die Angelegenheit zu weiterer Erörterung vorzulegen. Die Vorstände sollen dann die verschiedenen Vorschläge schriftlich formulieren.

Am Mittwoch beschäftigte sich eine zahlreich besuchte Mitgliederversammlung des Kürschnerverbandes mit der Angelegenheit. Der Vorsitzende Frihe berichtete über die Verhandlungen. Es folgte eine rege Debatte. Einige Redner sprachen sich entschieden gegen die Sache aus und meinten, daß der Kürschnerverband die Selbständigen lediglich als Arbeitgeber zu betrachten habe, und daß es mit seiner prinzipiellen Stellung gegen die Hausindustrie nicht zu vereinbaren sei, sie als Bundesgenossen zu betrachten. Die Mehrzahl der Redner stand jedoch der Sache mehr sympathisch gegenüber. Es wurde schließlich gegen wenige Stimmen eine Resolution angenommen, die im wesentlichen der Haltung entspricht, welche die Verbandsvertreter in der Sitzung mit den Hausindustriellen eingenommen haben. Die Verbandsfiliale erklärt sich bereit, mit den Selbständigen zwecks Erleichterung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zusammenzugehen unter bestimmten Bedingungen, wie die, daß es dem Verband unbenommen sein soll, das System der Hausindustrie sachlich zu bekämpfen, daß die Selbständigen sich verpflichten, nur organisierte Leute zu beschäftigen, während diese verpflichtet sind, nur bei organisierten Selbständigen zu arbeiten, was beiderseits bis zum 1. Oktober durchgeführt sein muß usw.

Unter „Verschiedenes“ machte der Vorsitzende auf die Tarifänderung der Juridiker in Berlin sowie auf die Lohnbewegung der Bismarck- und der Schweifbranche in Leipzig aufmerksam.

Tarifabschlüsse im Wöttchergewerbe.

Die in der Fabrik, Abteilung Berlin, vormals Lieben, und in der Fabrik H. Wörbel in Spandau beschäftigten Wöttcher haben durch Verhandlungen der Vertreter des Zentralvorstandes der Wöttcher mit der Firma einige Arbeitsverbesserungen erreicht. Die von den Arbeitern gestellte Forderung, alle Arbeiten in Lohn anfertigen zu lassen, mußte zwar fallen gelassen werden, doch wurde eine Stundenlohnserhöhung von 60 auf 65 Pf. und dementsprechende Erhöhung der Alfordlöne erreicht; dazu kommen einige kleinere Zugeständnisse. Der Tarif, der diese Abmachungen festlegt, gilt bis 1913.

Achtung, Metallarbeiter! Die Firma Förster u. Ruge, Stallstraße 30, ist für sämtliche Metallarbeiter gesperrt. Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Keiner will's gewesen sein.

Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes hatte fünf Zentrumsgrößen an die Weine genommen, um ihnen Gelegenheit zu geben, vor Gericht ihre Behauptungen in Sachen der Spaniolaffäre zu beweisen. Doch als es ans Beweisen ging, da suchten die Helden zu knifeln. Der Redakteur Rüdiger vom „Bergknappen“ schickte Verlangung vor, wurde aber zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. Nun kam der zweite, Herr Christian Kloss. Er wollte an dem Tage nicht auf der Reklamation gewesen sein, was ihm aber nicht half, daß er ebenfalls zu fünfzig Mark verurteilt wurde. Gegen den dritten Angeklagten Dacher, Redakteur der polnischen Ausgabe des Bergknappen, mußte Verlangung eintreten. In der folgenden Sache beschworen die „driftlichen Kameraden“, gegenüber den Auslagen der Verbandsmitglieder, daß der Angeklagte Jmbusch die Aeußerung nicht getan habe. Es erfolgte deshalb Freisprechung. In der letzten Sache knifften sie mit Erfolg. Es handelte sich um ein Schmähflugblatt, betitelt: „Der Fall Behrend“, das eine wüste Schimpferei gegen den Verbandsvorstand enthielt. Unterschrieben war es: „Die Bezirksleiter des Gewerkschafts Christlicher Bergarbeiter“. Verantwortlich wollte niemand sein. Der Drucker des Pamphlets mußte freigesprochen werden, da er sich mit Arbeitsüberhäufung herausredete.

Eine Kundgebung gegen Reghäuser.

Die Buchdrucker zu Frankfurt a. M. nahmen am Montag in einer Versammlung in schärfster Form Stellung gegen den Redakteur des „Korrespondent“, weil er mit keinem Worte des verdienstvollen Fährers Bebel gedacht, dagegen aber an dem gleichen Tage, an dem andere Blätter Festartikel brachten, einen Schmähartikel auf die Sozialdemokratie gebracht habe. Reghäuser war auch vor einiger

Zeit gebeten worden, in Frankfurt a. M. einen Vortrag zu halten. Mit allen gegen zwei Stimmen wurde beschlossen, von der Einladung abzuhellen und für den Vortrag zu danken, da sonst leicht die Gefahr gegeben sei, daß dem Redakteur ein särmischer Empfang bereitet werden könnte.

Der Streik der Buchbinder und Kartonagenarbeiter in Pflaun i. B. wurde am Mittwoch durch Abschluß eines für zwei Jahre gültigen Tarifvertrages beendet. Neben Lohnaufbesserungen wurde auch die Anerkennung der Organisation (Buchbinderverband) erreicht. Da noch einige der Ausständigen ohne Beschäftigung sind, wird gebeten, auch fernerhin den Zugang fernzuhalten.

Sämtliche Arbeiter der Automobilfabrik Gebr. Veisbarth in München sind in den Ausstand getreten. Die Firma weigert sich, den bisher abgeschlossenen Tarifvertrag mit den Organisationen zu erneuern. Sie will mit den übrigen Luxuswagenfabriken, deren Tarif am 1. Mai abläuft, gemeinsame Sache machen. Die Arbeiter weigern sich dagegen, da das ihre Lage verschlechtern würde.

Herr Veisbarth befindet sich nun auf Reisen, um Streikbrecher zu werben. Wir bitten, eventuellen Versprechungen keinen Glauben zu schenken, und den Zugang von Mechanikern, Schmieben, Wagnern, Sattlern und Lackierern unter allen Umständen fern zu halten. Die Tarifkommission.

Ein gelbes Fiasko.

Der Umschwung in der Stimmung der in die gelben Vereine geprehten Arbeiter macht sich in Augsburg immer deutlicher geltend. Am Sonntag sollte im Saalbau Herzle über die Mitglieder des Vereines der Maschinenfabrik Augsburg-Hoerschau gehalten werden, und zwar in Form einer Generalversammlung genannten Vereines. Nachdem die am 28. Februar im gleichen Saale einberufene, vom Metallarbeiterverbande arrangierte Versammlung einen so imposanten Verlauf genommen hatte, leiteten die gelben Hauptlinge alles daran, um zu zeigen, daß die gelbe Sache noch immer auf der alten Höhe steht. Aber trotz eifriger Agitation fanden sich zur Generalversammlung kaum 300 Personen ein, Vorstandsmitglieder, Gönner, Beamte und Frauen mit eingerechnet. Die übrigen Mitglieder — die Gesamtzahl beträgt über 2400 — blieben der Veranstaltung ostentativ fern. In beweglichen Worten klagte der Vorsitzende in den schlecht besetzten Saal hinein von der Undankbarkeit der Mitglieder gegenüber dem allverehrten Generaldirektor und Wohltäter v. Duz, der für den Verein so viel getan hätte und nun solch schändlichen Dank ernte. — Die Arbeiter der Maschinenfabrik Augsburg sehen eben jetzt ein, daß durch Vettelgrößen ihre Lage nicht gebessert werden kann und Wohlthäter keineswegs die horrenden Lohnreduktionen wett machen, die sie sich ohne Widerrede gefallen lassen müssen, da man sie ihrer wichtigsten Waffe, der Organisation, beraubt.

Ausland.

Der Straßenbahnerstreik in Rom.

Rom, 17. März. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Situation ist am fünften Streiktag noch unverändert. Die völlige Tramabnahme ist der Bevölkerung höchst beschwerlich. Die Tramabnahme bewilligte Gehaltserhöhungen für das höhere Personal. Die Stimmung der Streikenden ist vorzüglich. Die Arbeitskammer eröffnet Sammlungen für dieselben. Verhandlungen sind im Gange.

Die Streikbewegung im nordenglischen Bergbau.

Die Schwierigkeiten, die die Durchführung des Achtstundengesetzes in den Kohlenbergwerken der nordenglischen Reviere Durham und Northumberland mit sich gebracht hat, sind noch immer nicht überwunden. In Northumberland stehen noch immer 12 000 Bergarbeiter seit 11 Wochen im Streik, wodurch die Arbeit in 14 Bergwerken völlig ruht. Die Lage hat sich nun noch infolgedessen verschlimmert, als ein Antrag der Bergarbeiterföderation des Reviers, eine neue Art des Schichtwechsels einzuführen, von dem Bergwerksbesitzerverband abgelehnt wurde, was die Gefahr eines Generallstreiks heraufbeschwört. Auch in Durham ist die Lage kritisch. Eine Konferenz der Bergarbeiterföderation des Reviers lehnte zwar einen Antrag ab, der sich gegen das Dreischichtsystem überhaupt aussprach, beschloß aber gleichzeitig, dem Bergwerksbesitzern eine Reihe von Abänderungsanträgen zu dem Abkommen vorzuschlagen, wodurch die Art der Durchführung des Achtstundengesetzes zurzeit geregelt wird. Die Konferenz beschloß auch, die Frage, ob den jetzt gegen die Einführung des Dreischichtsystems im Streik stehenden Arbeitern Streikunterstützung bezahlt werden soll, durch die Gerichte entscheiden zu lassen, was darauf hindeutet, daß hier die Stimmung gegen den Achtstundentag nicht so allgemein ist, wie im benachbarten Northumberland.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Statt Wahlrecht die Hungerpeitsche.

Magdeburg, 17. März. (B. L. Z.) Der Verband der Metallindustriellen, der Kenntnis erhalten haben will, daß morgen während der Arbeitszeit eine Wahlrechtskundgebung geplant ist, beschloß, alle Arbeiter, die daran teilnehmen, drei Tage auszusperrn.

Bergarbeiterlos.

Rattowik, 17. März. (B. G.) Einen fürchtbaren Tod erlitt auf der Bergwerksgrube der Bergmann Sorel. Er geriet unter den niedersinkenden Förderkorb und wurde höchstwahrscheinlich zermalmt.

Drei Schiffer ertrunken.

Remel, 17. März. (B. L. Z.) Auf der Höhe von Mellneroggen ist ein Bommelreiter Boot mit 3 Dorfschiffen gekentert. Die Leichen der 3 Fischer, wie auch das Boot, wurden heute an Land getrieben.

Streik in einem ungarischen Goldbergwerk.

Budapest, 17. März. (B. G.) In dem avarischen Goldbergwerk von Koormeozybanha sind 200 Arbeiter wegen Lohnbifferenzen in den Streik getreten.

Säbelhiebe und Pferdetritte.

Sofia, 17. März. (B. L. Z.) Das für heute anberaumte oppositionelle Protestmeeting in Angelegenheit der Russischer Vorfälle wurde infolge polizeilichen Verbots auf Sonntag verschoben. Die Polizei hält, durch Militär verstärkt, die Ordnung in der Stadt aufrecht und verhindert Ansammlungen von Demonstranten. Bei den gestrigen Zusammenkünften zwischen Kavallerie und Demonstranten wurden 60 Personen durch Säbelhiebe und Pferdetritte verletzt, darunter einige schwer. Mehrere Soldaten wurden durch Steinwürfe verwundet. In einigen Provinzialstädten wurden Protestmeetings abgehalten, die ohne Zwischenfall verliefen.

Reichstag.

60. Sitzung vom Donnerstag, den 17. März, vormittags 10 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Weichmann Hollweg, v. Schön, Kraetzle, Wermuth, Lisco, Delbrück, v. Tirpitz. Der Gesetzentwurf einer Ergänzung des Besoldungsgesetzes (Einschiebung der Veterinäroffiziere) wird in dritter Beratung debattellos angenommen...

dritte Beratung des Etats.

Die Generaldiskussion wird mit der des Etats für die Schutzzgebiete verbunden. Abg. Frhr. v. Camp (Sp.): Die Budgetkommission hat sich mit den Verbündeten Regierungen dahin geeinigt, daß in den nächsten fünf Jahren kein Etat vorgelegt wird...

- 1. Die Einnahmen müssen sehr sorgfältig eingeschätzt werden. 2. Die Patrimonialbeiträge sollen 80 Pf. pro Kopf betragen, nicht mehr und nicht weniger. 3. Eripörungen sollen zur Erleichterung der Schuldenlast verwendet werden. 4. Keine Ausgabe soll ins Auge gefaßt und uns vorgeschlagen werden...

Abg. Ledebaur (Soz.): Auch ich kann konstatieren, daß meine Freunde in der Budgetkommission im wesentlichen den Anschauungen sich angeschlossen haben, die die Herren Frhr. v. Camp und v. Hertling hier vertreten haben. Auf einzelne Abweichungen in der Auffassung gehe ich jetzt nicht ein...

Abg. Frhr. v. Hertling (Z.): Meine politischen Freunde werden in den nächsten Jahren bei der Behandlung des Etats nach folgenden Grundfragen verfahren:

Ich möchte nun noch meiner Genehmigung darüber Ausdruck geben, daß vorgestern der Reichstag der sozialdemokratischen Resolution wegen der Ausgestaltung des Verfassungswesens und Verantwortlichmachung des Reichskanzlers für die Laten und Unterlassungen des Kaisers seine Zustimmung gegeben hat...

und das Parlament des gleichen Wahlrechts ehrenden Gegensatz zu den Vorschlägen, die im Parlament des Dreiklassenwahlrechts gefaßt sind. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Da ist die neue Wahlreformvorlage beschloffen, für welche der Reichskanzler und preussische Ministerpräsident v. Bethmann Hollweg sich bereit erklärt hat...

Leg Theobald

im Ministärenkabinett für staatsrechtliche Mißgebungen recht bald beigelegt wird. (Sehr gut! und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Es ist von hoher symptomatischer Bedeutung, daß der erwähnte Beschluß des Reichstages an den 17ten des März, am Vorabend des Erinnerungstages der 48er Märzrevolution, gefaßt ist...

Abg. Paasche (natl.): Auch meine politischen Freunde stimmen mit den von den Herren v. Camp, v. Richterhofen und Perold verfaßten Grundfragen überein, obwohl und die Bindung der Patrimonialbeiträge nach oben nicht zuläßt.

Abg. Wiemer (fortsch. Sp.): Viele der Anregungen des Herrn v. Camp waren durchaus überzeugungswert. Ein sparsameres Vorgehen mit Resolutionen würden auch wir begrüßen.

Abg. Frhr. v. Hertling (Z.): Ein dauernde gesetzliche Bindung der Patrimonialbeiträge wünschen wir nicht, nur für die nächsten Jahre.

Damit schließt die Generaldebatte. Die Etats des Reichstages und des Reichskanzlers werden debattellos bewilligt.

Beim Etat des auswärtigen Amtes beantragen die Abgg. Frhr. v. Hertling (Sp.) und Genossen: Den Titel: „Zu gemeinen Ausgaben“, von dem gestern 800 000 M. gestrichen waren, 200 000 M. hinzuzufügen...

Staatssekretär v. Schun: erklärt, wenn der Antrag angenommen werde, stehe er dafür, daß die Summe nur zu Zwecken der auswärtigen Politik Verwendung finden werde.

Abg. Frhr. v. Hertling (Sp.) beantragt namentliche Abstimmung. Die Abstimmung ergibt die Ablehnung des Antrages mit 149 gegen 93 Stimmen bei 8 Enthaltungen.

Es folgt der Etat des Reichsamts des Innern. Abg. Becker-Asendorf (Z.) bleibt gegenüber einer früheren Behauptung des Staatssekretärs des Innern dabei, daß der Stahlwerkverband ausländische Werke vor inländischen bei den Preisen bevorzugt.

Abg. Vogel (natl.) befürwortet sozialpolitische Maßnahmen zum Schutze der reinen Wäpwerter im Siegerland.

Abg. Dr. Mayer-Kaufbeuren (Z.) bittet den Staatssekretär, dafür zu sorgen, daß dem Treiben des Petroleumtrusts entgegengetreten werde.

Die Debatte schließt. Der Titel „Staatssekretär“ wird bewilligt. Bei einem weiteren Titel begründet Abg. Graf Weimar (Wirtsch. Sp.) eine von Angehörigen aller bürgerlichen Parteien unterstützte Resolution auf Unterstützung des Deutschen Schülerbundes.

Auf Antrag v. Camp (Sp.) wird die Resolution an die Budgetkommission verwiesen. Beim Kapitel Reichsgesundheitsamt ergreift das Wort Abg. Dr. Sadeckum (Soz.):

Die auf Grund des § 120a der Reichsgewerbeordnung erlassenen Bundesratsverordnungen zum Schutze der in Nohhaarindustrie, Wäp- und Wäpfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen vom 1. Februar 1899 und 22. Oktober 1902 haben sich als unwirksam insofern erwiesen, als immer noch eine Menge Erkrankungen an Mischbrand sowie zahlreiche Todesfälle vorkommen.

über den nicht zu rechtfertigenden hohen Preis des Brotes trotz der billigen Getreidepreise lebhaft Klage geführt wurde: „Infolgedessen zog am folgenden Tage eine Arbeiterdeputation, von einer ungeheuren Volksmenge begleitet, durch die Straßen Berlins, von einem Bäckerladen zum anderen. Bei jedem Bäcker wurde das Brot gemogen, und wenn dasselbe für den Preis von 5 Silbergrößen nicht wenigstens 6 Pfund wog, wurde es unter allgemeinem Jubelgeschrei an die Tür geworfen und das Gewicht dazu gefahren; denjenigen Bäckern aber, deren Brot sich durch ein besonderes Gewicht auszeichnete, wurde vom Volke ein donnerndes Hoch ausgedrückt. Gegen 8 Uhr zerstreute sich die Menge, nachdem bei diesem ganzen Geschäft nicht die geringste Unordnung vorgekommen war.“

Demonstrationen im größeren Stil waren besonders gegen die neue Wahlrechtsvorlage geplant. Die Demokraten wollten nichts von einer indirekten Wahl wissen. In allen Volksversammlungen nahm man gegen das von der Regierung vorgeschlagene Wahlrecht in den schärfsten Worten Stellung. Von einer Volksversammlung in den Zeiten wurde ein Wahlkomitee gewählt, das über die Mittel beraten sollte, welche man zur Durchführung der direkten Wahl ergreifen möchte.

Die heute, so gehörten auch damals schon die Liberalen zu den Jagdhafnen; sie machten allerlei Einwendungen gegen eine solche Massendemonstration, und schließlich trat der liberal angehauchte Teil der Deputation aus dem Wahlkomitee aus. Schöffel, der Führer der Berliner Arbeiterschaft, widmete in seinem Arbeiterblatt „Der Volksfreund“ den Ausgeschiedenen einen spöttischen Nachruf: „So gehe hin, du besonnene Minorität! Auf dir ruht nicht der Fluch, den einst künftige Geschlechter auf uns wölgen werden, die wir schuld waren an diesem ungeschicklichen Zuge, an diesem Scheidewege des friedlichen Liberalismus und der Demokratie.“

Am Tage nach der Versammlung erließ das Komitee auch einen Aufruf an die Provinzen, um in diesen gefährlichen Demonstrationen zu veranlassen. Es heißt in diesem Schriftstück: „Das preussische wie das süddeutsche Volk steht in den indirekten Wahlen eine Verkürzung seiner Souveränität und wird sich geduldi nicht einem Gesche unterwerfen, das vom vereinigten Landtage noch als Erbstück hinterlassen wurde. Auf geschicklichen Wege, aber durch energische Mittel, haben wir beschlossen, die Majorität unserer Ueberzeugung zu beweisen. Eine große friedliche Manifestation wird das Berliner Volk unter unserer Führung am Gründonnerstag hier zu einem feierlichen Zuge mit Emblemen nach dem Schlosse zu vereinigen. Wir fordern Sie, deren Gesinnungstreue und Charakterfestigkeit und bekannt ist, hiermit auf, in Ihrem Kreise möglichst rasch eine ähnliche Demonstration zu bewerkstelligen, unbergänglich energische Protestationen in den Volksversammlungen abzufragen und an den Minister einzulassen, damit zur Ehre der deutschen Nation das Bewußtsein ihrer Würdigkeit klar gutage trete.“

Und in einem Aufruf der Maschinenbau- und Metallarbeiter an die Bürger Berlins heißt es: „Drei Wochen sind seit dem Tage verfloßen, welcher die Freiheit uns brachte. Sage vier Wochen. Und was hat in dieser Zeit die neue Regierung Neues gebracht? Eigentlich nichts. Wenn ein Wahlgese wie das vom verstorbenen Landtage beratene und von unseren sogenannten verantwortlichen Ministern sanktionierte ist nur ein beklagenswertes Zeichen des sicheren Rückschritts. Das Vertrauen, was wir noch vor kurzem in die Minister setzen konnten, ist fast voriger Woche gewichen. Wir können jetzt kein Vertrauen mehr, wir müssen Mißtrauen hegen, da der Ministerpräsident einer Deputation des hiesigen Wahlkomitees, welches Protest gegen das erlassene Wahlgese einlegte, rüdweg erklärte, daß das jetzige Ministerium stehen und fallen werde mit den indirekten Wahlen. Des Menschen Wille ist sein Himmelreich. Wir sind dem Herrn Ministerpräsidenten zu Dank verpflichtet, daß er uns eine so offene Erklärung gegeben, in die wir die Wunde von den Augen nahm. Was das Volk von diesem Ministerium zu halten hat, wissen wir demnach. Wir sind drauf und dran, eben wieder so an

so, daß als Desinfektionsmittel einzig und allein frömender Wasserdampf mit dem nötigen atmosphärischen Ueberdruck zugelassen wird. Die Erfahrung hat gelehrt, daß andere Mittel keine sichere Gewähr für Abtötung der Mischbrandbazillen und Sporen bieten, am wenigsten das zumeist in Anwendung gebrachte Kochen des Rohmaterials. Es mag Material geben, das diesen Desinfektionsprozeß nicht aushält, dann muß man dafür ein anderes Desinfektionsmittel finden. Weiterhin müssen die besonderen Vorschriften für die größeren Betriebe auch auf die kleineren ausgedehnt werden — eine Forderung, die um so dringender ist, als in der Regel die allgemeinen Arbeitsbedingungen in den kleinen Betrieben schlechter sind. Wenn zur Entscheidung gestellt wird, ob man Menschenleben oder eine veraltete Betriebsform schätzen soll, dann kann die Antwort nicht zweifelhaft sein. Die Menschenleben gehen unter allen Umständen vor. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Zum Schluß erhebt sich die Forderung, daß die Vorschriften in funngemäßer Weise auch auf die immer noch weit verbreitete Haus- und Heimindustrie ausgedehnt werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich hoffe, daß das Reichsamt des Innern in der Lage ist, uns befriedigende Erklärungen zu geben und eine Erweiterung der bestehenden Verordnungen in dem angegebenen Sinne zuzusichern. (Wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Delbrück: Vielleicht wird das Hausarbeitsgeseß noch in dieser Session verabschiedet werden. (Weitere Ausführungen des Redners bleiben bei der im Hause herrschenden Unruhe unverständlich.)

Rein Kobil „Patentamt“ fragt Abg. v. Damas (Wirtsch. Sp.) an, ob Aussicht auf baldige Vorlage der Novelle zum Patentgeseß sei. Der Rest des Etats des Reichsamts des Innern wird debattellos erledigt.

Militäretat.

Abg. Böhle (Soz.):

Bei meiner Darstellung der Verhältnisse in den Straf- barger Militärverhältnissen sind mir zwei Personalverhältnisse begegnet. Meine sachlichen Darlegungen aber halte ich volkshaltig anrecht, namentlich auch das, was ich über die Entlassung des Arbeiters Stein ausgesprochen habe. Auf Grund meiner Angaben hier im Reichstage haben die Strafburger Militärbehörden eine Untersuchung veranlaßt. Außerdem aber wird den Arbeitern ein Zirkular vorgelegt, worin sie gegen meine Ausführungen protestieren sollen! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Mitgliedern des Arbeiterausschusses, ja, dem Vorsitzenden des Ausschusses ist mit der Entlassung gedroht worden! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ueberhaupt wird bei allen solchen Untersuchungen in erster Linie zu ermitteln gesucht, von welchen Arbeitern der betreffende Abgeordnete seine Informationen erhalten hat! Das herauszubekommen scheint den Militärbehörden weit wichtiger zu sein als die Feststellung des Sachverhalts. Da ist es nicht verwunderlich, wenn es dann hier immer heißt: „Ja, die Untersuchungen haben die Unrichtigkeit der Angaben ergeben!“ Will man die Wahrheit ermitteln, muß man geeignete Methoden anwenden! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gotheim (fortsch. Sp.): Der Herr Kriegsminister hat bei der 2. Sitzung gesagt, es sei eine demokratische Einrichtung, daß die Wahl zum Reserveoffizier im freien Ermessen des Offizierkorps liege. Diese Behauptung ist noch merkwürdiger als seine historische Auffassung bezüglich der kurdischen Verhältnisse. Demokratisch wäre es, wenn die Offiziere von den Mannschaften gewählt würden. (Lachen rechts.) Den Zustand, daß das Offizierkorps sich durch Zuwahl untereinander ergänzen, kann man zur Not höchstens als oligarchisch bezeichnen. Es ist das mittelalterliche Prinzip der Kaste. Redner protestiert des weiteren gegen die Senadestellung jüdischer Einjähriger beim Advancement und die Bildung eskulps adolger Regimenter.

Kriegsminister v. Herringen: Herr Böhle hat von einer Straf- abteilung in Straburg gesprochen. Es ist keine Strafteilung, sondern nur eine Gruppe, die auf Seiten der Arbeiter diejenigen, die über vierzehn Tage krank sind, aufnimmt, weil dort jeder Arbeiter für sich arbeiten kann und soviel verdienen kann wie jeder andere. Es trifft auch nicht zu, daß Arbeiter dort gemahrgelst sind. Die Arbeiter der Gruppe 15 haben freiwillig eine Erklärung abgegeben, daß sie sich durch die Ausführungen des Abg. Böhle gekränkt fühlen. (Hört! hört! rechts.) Es heißt in der mir vorliegenden Erklärung, die Arbeiter protestieren gegen die Ausführungen des Abg. Böhle, da sie auf Unwahrheit beruhen. Wir sind mit unserem Lohn stets zufrieden gewesen.“ (Hört! hört! rechts. Gelächter bei den Sozialdemokraten.)

Herrn Gotheim gegenüber stelle ich fest, daß nach den Vorschriften ein Jude, weil er Jude ist, nicht von der Wahl zum Reserveoffizier ausgeschlossen werden darf. Wenn Sie mir Einzelfälle bringen, die irgendwie so ausgefaßt werden können, daß im Heere

Berliner Straßendemonstrationen im Jahre 1848.

Es ist bezeichnend für den politischen Geist der Berliner Bevölkerung des Jahres 1848, welchen Wert die radikalen und demokratischen Elemente, besonders aus der Berliner Arbeiterschaft, auf Massendemonstrationen legten. Schon die Bestattung der Märzgefallenen — über 20 000 Menschen folgten den Särgen — entwickelte sich ganz von selbst zu einer solchen Demonstration, und je näher im Laufe der Zeit die Reaktion ihr Haupt erhob, desto schärfer und desto öfter griff man zu dem damals außerordentlich hochgeschätzten politischen Agitationsmittel der Straßendemonstrationen. Konstatierte doch ein damals gar nicht besonders radikal auftretendes Blatt nach der Juniwaffensatz zum Friedrichshain:

„Wenn die Demonstration keinen anderen Zweck hatte, als eine öffentliche Erklärung darüber abzugeben, daß das Volk auf der Erfüllung der ihm gegebenen Versprechungen bestehen werde, so halten wir diese Demonstration für durchaus gerechtfertigt. Wir glauben zwar, daß weder die Krone noch die Nationalversammlung dem Volke irgendwie Abbruch zu tun beabsichtigt, wir sind jedoch der Meinung, daß eine solche feierliche Erinnerung für einen gewissen Teil der Nation angebracht und nützlich war.“

Und Adolf Streckfuß, der gewiß nicht zu den Radikalen der Märzrevolution gehört, anerkennt in seiner Geschichte der Staatsumwälzungen ausdrücklich den „gesunden, kräftigen Sinn“, die „durchaus ehrenwerte Gesinnung“, die sich in dem Berliner Arbeiterstande während der verschiedenen Demonstrationen befandete. Bei einzelnen dieser Demonstrationen kam es gelegentlich zu scharfen Zusammenstößen, so als die Schneidergesellen mit den Magazinen fertiger Kleidungsstücke, die Tischlergesellen mit den Möbelmagazinen wegen Lohnforderungen in Streit gerieten, und die Arbeiter, besonders in den Rattumfabriken, sich nicht länger in allgewohnter Weise ausbeuten lassen wollten. Niemals aber, so konstatiert Streckfuß in dem vorhin zitierten Werke, wurde von den Arbeitern das Eigentum berührt. Sie zeigten vielmehr eine durchaus ehrenwerte Gesinnung. Das trat am deutlichsten bei den sogenannten Bäckerrufen hervor, die dadurch veranlaßt wurden, daß in einer Volksversammlung

Jemand wegen seiner Eigenschaft als Jude zurückgesetzt worden ist, so können Sie sich darauf verlassen, daß Remedur eintritt. — Daß die eckelsten Regimenter abgeschafft werden sollen, ist nicht durch die Medien im Reichstage herbeigeführt (Lachen links), sondern eine lange beschlossene Sache, die jetzt mindestens zwei Jahre alt ist.

Abg. v. Oldenburg:

Ich habe in den letzten Tagen aus den Zeitungen ersehen, daß der bayerische Herr Kriegsminister, wie es ja seinen könnte, im gewissen Gegensatz zu den bayerischen Herren Militärbevollmächtigten, sich mit meinen Ausführungen bei der Beratung des Militärstatuts im Reichstage in der bayerischen Kammer beschäftigt hat und dabei mich verletzende Äußerungen getan haben soll. Ich frage den Herrn bayerischen Militärbevollmächtigten, ob er in der Lage ist, mir darüber Auskunft zu geben.

Bayerischer Militärbevollmächtigter v. Gessattel:

Ich habe natürlich nicht daran gedacht, daß ich aus eigener Initiative im Falle Oldenburg heute das Wort ergreifen würde. Nachdem der Herr Abgeordnete die Frage gestellt hat, bin ich aber eigentlich ganz froh, daß ich bei der Gelegenheit zwei Legenden aus der Welt schaffen kann. Die erste ist die, daß der bayerische Kriegsminister Äußerungen gebraucht hätte, die Herrn v. Oldenburg persönlich verletzen könnten. (Lachen links: Das ist gar nicht möglich! Weiter links.) Als ich das las, konnte ich es mir gar nicht vorstellen, daß mein Herr Kriegsminister das in der Kammer gesagt haben sollte. Es ist mir gelungen, eine Abschrift des amtlichen Stenogramms der Rede des bayerischen Kriegsministers vom 11. März zu bekommen. Danach hat er ausgesprochen: Was die Angelegenheit mit dem Reichstage betrifft, so möchte ich mir erlauben, folgendes zu bemerken:

„Es gibt im Leben und in der Geschichte der Völker und Völker glückliche und unglückliche Zeiten, ruhmvolle und ruhmlose Tage. Wenn nun ein Parlamentarier im Reichstage, in dem Vertreter sämtlicher deutscher Stämme anwesend sind, auf einen unglücklichen Zeitraum in der Geschichte eines oder des anderen Stammes anspielt, so ist das zweifellos eine Beschmädzung und eine Entgleisung. (Sehr richtig! links) aber nicht wert, daß man sich stark darüber aufregt und daraus vielleicht einen Mißklang zwischen Nord und Süd heraufholt.“

In diesem ganzen Absatz können doch Worte, von denen man sagen kann, sie könnten beleidigend sein, nicht gefunden werden. (Stürmische Heiterkeit links.) Die Ausdrücke „Beschmädzung“ und „Entgleisung“ sind doch vollkommen parlamentarisch (Weiter links.) Es würde deswegen niemand zur Ordnung gerufen werden, also eine persönliche Beleidigung des Herrn Abg. von Oldenburg liegt darin nicht. (Erneute Heiterkeit links.) Ich bin ermächtigt, im Namen des Kriegsministers zu erklären, daß in diesen Worten eine persönliche Beleidigung des Abg. von Oldenburg nicht erblickt werden kann, um so weniger, als ganz naturgemäß jede Abfertigung die Person des Herrn von Oldenburg zu beleidigen, dem Kriegsminister gefehlt hat. Er kennt ihn ja gar nicht! Ich hoffe, Herr von Oldenburg wird mit dieser Erklärung zufrieden sein. (Weiter links.)

Die zweite Legende ist die, als ob meine Erklärungen hier zu dieser Erklärung des Kriegsministers in Widerspruch ständen. Das ist nicht der Fall. Ich bin ermächtigt, folgende Erklärung des bayerischen Kriegsministeriums in bezug auf meine Erklärung abzugeben:

In der Auffassung, daß die Bemerkung des Abg. v. Oldenburg, die sich auf zwei zurückliegende kriegerische Ereignisse und Verhältnisse bezog, keine Beleidigung der heutigen bayerischen Armee, die bekanntlich vollkommen ebendertig mit den übrigen deutschen Kontingenten dasteht, darstellen konnte, befinden Sie sich mit der bayerischen Heeresverwaltung im Einklang. Desgleichen, daß dem Herrn Abg. v. Oldenburg auch die Absicht der Beleidigung des bayerischen Heeres gefehlt hat. Auch der bayerische Kriegsminister hat die Ausführungen des Abg. v. Oldenburg nicht als Beleidigung, sondern als Beschmädzung und Entgleisung bezeichnet. (Erneute große Heiterkeit links.)

Abg. v. Oldenburg (L.): Ich danke dem Herrn Bevollmächtigten für seine Auskunft. Durch die vorlesene Erklärung sehe ich den Fall als erledigt an. (Gelächter links.)

Abg. Müller-Weinigen (Fortf. Sp.): Die Erklärung der bayerischen Heeresverwaltung ist höchst originell. Mit dem Vorwurf der Entgleisung und Beschmädzung gibt der Kriegsminister dem Herrn v. Oldenburg eine Ohrfeige und sagt im nächsten Moment: Ich habe ihm um Gottes willen keine Ohrfeige gegeben. (Sehr wahr! links.) Die geflüchteten Vorhänge über die Beförderung zum Referatschef sind gewiß klar, aber damals hat der Herr Kriegsminister gesagt, man müsse auf das Vorurteil der niederen Schichten des Volkes Rücksicht nehmen. Das war es, was in weiten Kreisen des deutschen Volkes Mißstimmung hervorgerufen hat.

v. Gessattel: Herr Müller-Weinigen hat gesagt, der bayerische Kriegsminister habe mit der einen Hand Herrn v. Oldenburg eine Ohrfeige gegeben und mit der anderen Hand gesagt: ... (Stürmische minutenlange Heiterkeit im ganzen Hause.) Herr Müller-Weinigen

der Nase herumgezogen zu werden, wie vor dem 18. März. Daß wir geüßt werden, liegt klar zutage.

Dieser geplanten Demonstration glaubte das Ministerium, die Polizei und die Stadtverordnetenversammlung Einzelgebieten zu müssen. In dem Protokoll der Stadtverordnetenversammlung heißt es:

„Mitsbürger, wir haben keinen Grund, wegen des jetzigen Wahlscheiters unruhig oder besorgt zu sein. Wir haben noch weniger Grund, irgendwie Gefahr für die Freiheit zu fürchten. Welche Torheit, zu glauben, irgendein Gesetz, irgendeine Macht der Erde könne und die Freiheit rauben. Wer das glauben kann, der ist der Freiheit nicht würdig.“

Auch der Magistrat erteilt eine Mahnung an die Bürgerschaft, der Demonstration fern zu bleiben.

Varnhagen v. Ense, dessen Tagebücher man sorgfältig studieren muß, um einen genauen Einblick in die ganze Märzbewegung zu bekommen, schreibt unter dem 19. April 1848: „Ich bin dafür, daß die Minister den Petitionsaufzug gestatten, die Petition“ hören und darauf nach Ueberzeugung antworten, bei Nein und der Ja würde es ruhig ablaufen. Aber die „Staatszeitung“ kommt und bringt das Verbot des Aufzuges, weil eine solche Menge, wenn auch, wie angeführt, ohne Waffe, wie eine Einschüchterung der Behörde aufsehe. Die Tröpfe! Sie sollen nur nicht schüchtern sich zeigen, so fällt der Schein von selbst. Meines Erachtens hat das Ministerium Camphausen sein Todesurteil unterschrieben. Sie mühen den Aufzug gestatten, die Petition annehmen, würdig darauf antworten und die Knannehmlichkeiten solcher Verhandlung nicht scheuen. Das gehört zu den Lasten konstitutioneller Minister.“

Und Jung, einer der Führer der Märzbewegung, schreibt in einer Erklärung: „Ein Zug, wie der beabsichtigte, ist ein sehr gewöhnliches in freien Ländern, sollte der vorgebrachten Forderung der direkten Wahlen größere Öffentlichkeit und dadurch neue Anhänger verschaffen. Wer sich dadurch einschüchtern läßt, ist wert, daß er fällt, denn er zeigt, daß er die friedliche Meinungsäußerung freier Männer nicht vertragen kann.“

Die geplante Massenemonstration kam wirklich nicht zu Stande, hauptsächlich durch die Agitation des sogenannten „friedlich gestimmten“ Teiles der Berliner Bürgerschaft sowie durch die Unschlüssigkeit und das Hin- und Herpendeln der Führer des Volkskomitees.

Dagegen gestaltete sich der berühmte Zug nach dem Friedrichshain am 4. Juni zu einer gewaltigen Massen-

demonstration der Berliner Bürger und Arbeiterschaft, „zu den erhabensten und großartigsten Schaupielen, welche unsere Hauptstadt jemals gesehen, ja vielleicht war er unmittelsbar das großartigste von allen“, so berichtete Arnold Ruge in der von ihm herausgegebenen Zeitung „Die Reform“:

„Vor dem Gendarmenmarkt aus, am Schloß vorbei, wo diesmal kein Ballon gefüllt, kein Fenster geöffnet war, in endloser Reihe durch Hunderttausende von Zuschauern, die an vielen Stellen in begeisterten Rufen ausbrachen, wälzte sich der Zug. Die Spitze hatte bereits den Friedhof erreicht, während die letzten Glieder sich in der Mitte der Stadt eben erst in Bewegung setzten. Der Anblick des mit Menschen überfüllten Friedrichshains, die geschnittenen Gräber, die flatternden Fahnen und über dem allen in hellem Sonnenglanz die unbedeckte Kugel des Himmels, wofür es war ein erhabenes, ein unvergleichliches Schauspiel, ein wahres Totenfest, wie es demjenigen geziemt, welche für die Freiheit gefallen. Mehr ein Fest des Lebens, als des Todes. Am allerwichtigsten aber wich der heutige Zug von dem früheren am 22. März an Ordnung und ruhiger, edler Haltung ab. Das Volk war durchaus sich selbst überlassen. Dennoch, unter solchen Tausenden von Menschen während der ganzen sechsständigen Dauer des Festes, ist auch nicht die geringste Störung, nicht die allergeringste Unterbrechung vorgekommen. Mit diesem Zuge hat Berlin geantwortet auf die vielen Anklagen und Beschuldigungen der Reaktion. Es hat geantwortet auf die Verdächtigungen, mit denen man gewagt hat, den Grund und den Eckstein unserer neuesten Entwicklung, die Revolution der Märztage herabzuwürdigen. Es hat geantwortet auf jenes verhängnisvolle Hohngelächter, jenes nur allzu berechtigte Schweigen, mit welchem die Mehrheit unserer Nationalversammlung hinweg ging über den Antrag, den Märzhelden ihre und des Vaterlandes Ehre zu beweisen. Mit einem Worte, die Bevölkerung Berlins hat durch diesen Zug bewiesen, daß sie, die vielfach gespaltene, einzig ist, jedenfalls in einem, dem Dienste der Freiheit, und daß sie sich die Freiheit nicht bloß einmal in einem glücklichen Kampfe errungen, sondern daß sie der errungenen auch würdig ist und sie festhält in lebendig dankbarem Bewußtsein.“

Heute, nach über 60 Jahren, wissen wir, wie wenig sich die Berliner Bürgerschaft dieser Würde gezeigt hat der großen Taten im Friedrichshain. Der Arbeiterschaft blieb es vorbehalten, das Andenken an die Kämpfe des Jahres 1848 wieder wahrzurufen. Sie gedenkt in diesem Jahre mehr als jemals der Freiheitskämpfer im Friedrichshain.

Abg. Haußmann (Fortf. Sp.): Es ist ein merkwürdiges Novum, daß hier eine Äußerung eines bundesstaatlichen Ministers in der Kammer eines Bundesstaates zum Gegenstand einer Interpellation gemacht worden ist von einem Mitgliede der Partei, die sich sonst immer gegen die Einmischung in einzelstaatliche Verhältnisse sträubt! Der Zwischenfall hat den Eindruck hinterlassen, daß es jetzt um so stärker empfunden wird, daß Herr v. Oldenburg die Gabe hat, in Ausdrücken sich zu bewegen, die nachher eine solche Zurückweisung nötig machen, die nicht eine Beleidigung, aber eine Kritik enthalten, die nicht nur auf den speziellen Fall, sondern auf die meisten Reden des Herrn v. Oldenburg zutrifft! (Erneute lebhafteste Zustimmung links. Oh! rechts.)

Abg. Roske (Soz.):

In dem verganglichen neuesten Fall Oldenburg will ich mich nicht weiter äußern. Wenn Herr v. Oldenburg überhaupt ist, daß er mit dieser Erklärung zufrieden sein kann, so ist das keine Sache. Eine ganze Anzahl anderer Abgeordneter werden jedenfalls auch recht zufrieden sein mit der Äußerung, die ihm durch diese Erklärung geworden ist. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Dann eine kurze Erklärung zu den Äußerungen des Herrn Kriegsministers gegenüber meinem Fraktionsgenossen Böhle, der augenblicklich nicht im Saale ist. Der Herr Kriegsminister verlas eine Erklärung, die angeblich von jenen Arbeitern freiwillig abgegeben sein soll. Solche Erklärungen haben bekanntlich einen verheerenden Wert. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir wissen sehr genau, wie sie zustande gebracht werden. Wenn einem Arbeiter in einem Staatsbetriebe eine solche Erklärung vorgelegt wird, so kann er es in den seltensten Fällen ablehnen, sie nicht zu unterschreiben. Ich kann mir nicht denken, daß der Herr Kriegsminister ein solches Maß von Leichtgläubigkeit auch sonst an den Tag legt wie dieser Erklärung der Arbeiter gegenüber. Wir wissen genau auf Grund der Beschwerden, die uns zugegangen sind, daß gar nicht daran zu denken ist, daß die Arbeiter eines ganzen Betriebes in den Staatswerkstätten erklären, daß sie mit der Behandlung und Bezahlung durchaus zufrieden sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Debatte.

Es folgen persönliche Bemerkungen:

Abg. v. Oldenburg (L.): Durch die Erklärung des bayerischen Bevollmächtigten ist die Sache zwischen dem bayerischen Kriegsminister und mir in einer lokalen und zwischen anständigen Menschen üblichen Weise erledigt. Wenn die Herren Müller-Weinigen, Haußmann und Roske diese Sache einer Kritik unterziehen, so kann mich das nur heiter stimmen (Lachen links), da diese drei Herren in persönlichen Sachen einen Ehrenstandpunkt überhaupt nicht haben. (Stürmische Pfuirufe links. Rufe: Unverschäm! Zur Ordnung! Zur Ordnung! Da der Vizepräsident Dr. Spahn keinen Ordnungsruf erteilt, entsteht ein ungeheurer Lärm auf der ganzen Linken, die sändig: Zur Ordnung! Zur Ordnung! ruft.)

Abg. Haußmann (Fortf. Sp.): Nachdem der Abg. v. Oldenburg soeben diese Wendung persönlichster Art gegen drei Abgeordnete dieses Hauses — darunter gegen mich — gerichtet hat, zeigt er nur die Natur seiner Invektiven, die er bisher gegen den ganzen Reichstag gerichtet hat, und die er jetzt, nachdem er eine gehörige Abfuhr erhalten hat, für gut findet, gegen einzelne Abgeordnete zu richten. Der Kampf, den er in dieser persönlich gehässigen Form hier eben geführt hat, wird erst aufhören, wenn er einmal persönlich erledigt ist als Abgeordneter dieses Hauses und aufhört, seine eigene Partei so zu kompromittieren, wie er es fortgesetzt tut. (Lebhafteste Zustimmung links. Da der Präsident einem neuen Redner das Wort erteilt, bricht die Linke erneut in stürmische Entrüstungsrufe: Zur Ordnung! Zur Ordnung! aus.)

Abg. Böhle (Soz.) (in dem andauernden Lärm fast unverständlich) betont dem Kriegsminister gegenüber, daß die Erklärung der Arbeiter nur eine erzwungene sein könne.

Abg. Dr. Ruge (Fortf. Sp. zur Geschäftsordnung): Herr Präsident! Der Abg. v. Oldenburg hat drei Mitglieder des hohen Hauses aufs schwerste beleidigt. Ich erlaube mir die Anfrage, ob er zur Ordnung gerufen worden ist, wie hier behauptet wird, oder nicht.

Vizepräsident Dr. Spahn: Ich habe dem Herrn Abgeordneten gesagt, daß die von ihm gebrauchte Wendung gegen Abgeordnete

demonstration der Berliner Bürger und Arbeiterschaft, „zu den erhabensten und großartigsten Schaupielen, welche unsere Hauptstadt jemals gesehen, ja vielleicht war er unmittelsbar das großartigste von allen“, so berichtete Arnold Ruge in der von ihm herausgegebenen Zeitung „Die Reform“:

„Vor dem Gendarmenmarkt aus, am Schloß vorbei, wo diesmal kein Ballon gefüllt, kein Fenster geöffnet war, in endloser Reihe durch Hunderttausende von Zuschauern, die an vielen Stellen in begeisterten Rufen ausbrachen, wälzte sich der Zug. Die Spitze hatte bereits den Friedhof erreicht, während die letzten Glieder sich in der Mitte der Stadt eben erst in Bewegung setzten. Der Anblick des mit Menschen überfüllten Friedrichshains, die geschnittenen Gräber, die flatternden Fahnen und über dem allen in hellem Sonnenglanz die unbedeckte Kugel des Himmels, wofür es war ein erhabenes, ein unvergleichliches Schauspiel, ein wahres Totenfest, wie es demjenigen geziemt, welche für die Freiheit gefallen. Mehr ein Fest des Lebens, als des Todes. Am allerwichtigsten aber wich der heutige Zug von dem früheren am 22. März an Ordnung und ruhiger, edler Haltung ab. Das Volk war durchaus sich selbst überlassen. Dennoch, unter solchen Tausenden von Menschen während der ganzen sechsständigen Dauer des Festes, ist auch nicht die geringste Störung, nicht die allergeringste Unterbrechung vorgekommen. Mit diesem Zuge hat Berlin geantwortet auf die vielen Anklagen und Beschuldigungen der Reaktion. Es hat geantwortet auf die Verdächtigungen, mit denen man gewagt hat, den Grund und den Eckstein unserer neuesten Entwicklung, die Revolution der Märztage herabzuwürdigen. Es hat geantwortet auf jenes verhängnisvolle Hohngelächter, jenes nur allzu berechtigte Schweigen, mit welchem die Mehrheit unserer Nationalversammlung hinweg ging über den Antrag, den Märzhelden ihre und des Vaterlandes Ehre zu beweisen. Mit einem Worte, die Bevölkerung Berlins hat durch diesen Zug bewiesen, daß sie, die vielfach gespaltene, einzig ist, jedenfalls in einem, dem Dienste der Freiheit, und daß sie sich die Freiheit nicht bloß einmal in einem glücklichen Kampfe errungen, sondern daß sie der errungenen auch würdig ist und sie festhält in lebendig dankbarem Bewußtsein.“

Heute, nach über 60 Jahren, wissen wir, wie wenig sich die Berliner Bürgerschaft dieser Würde gezeigt hat der großen Taten im Friedrichshain. Der Arbeiterschaft blieb es vorbehalten, das Andenken an die Kämpfe des Jahres 1848 wieder wahrzurufen. Sie gedenkt in diesem Jahre mehr als jemals der Freiheitskämpfer im Friedrichshain.

dieses Hauses, daß sie keinen Ehrenstandpunkt einnehmen — ich habe keine Worte wiederholt —, daß diese Äußerung in diesem Hause unzulässig sei. (Große Unruhe links. Rufe: Das genügt nicht! Zur Ordnung! Zur Ordnung!)

Abg. Ledebur (Soz.): Die Bemerkung des Herrn Präsidenten gegenüber dem Herrn Abg. v. Oldenburg, daß seine Worte unzulässig seien, genügen jedenfalls nicht zur Verteidigung von Abgeordneten, denen von einem Mitgliede des Hauses die Ehre abgesprochen worden ist. (Lebhafteste Zustimmung links.) Wir protestieren dagegen, daß angesichts einer solchen Äußerung der Abg. v. Oldenburg durch den Herrn Präsidenten ohne Ordnungsruf entlassen worden ist. (Erneute lebhafteste Zustimmung und andauernde große Unruhe links.)

Kriegsminister v. Heeringen: Herr Böhle gegenüber muß ich dagegen protestieren, daß unsere Beamten Arbeiter zu Erklärungen zwingen, mit denen die Arbeiter selbst nicht einverstanden sind.

Abg. Dr. Baasche (natl.): Ich möchte auch im Namen meiner politischen Freunde erklären, daß wir es nicht für genügend erachten, wenn eine so schwere Beleidigung ausgesprochen wird und dann nur einzelne Ausdrücke für unzulässig erklärt werden. Die Geschäftsordnung sieht die Möglichkeit zu, den Betreffenden zur Ordnung zu rufen. (Lebhafteste Zustimmung links.) Ich halte es für richtig, wenn der Herr Präsident den Ordnungsruf nachholt. (Stürmischer Beifall links.)

Vizepräsident Dr. Spahn: Ich habe an sich gar nichts dagegen, einen Ordnungsruf zu erteilen. (Stürmischer Gelächter links.) Ich habe auch kein Bedenken, ihn, nach Möglichkeit zu erteilen, habe allerdings geglaubt, daß die Äußerung, die ich gemacht hatte, ausreichen würde. (Rufe links: Nein! Nein!) [mit erhobener Stimme]: Ich habe also gar keine Bedenken, den Herrn Abg. v. Oldenburg noch nachträglich zur Ordnung zu rufen.

Abg. Böhle (Soz.): Gegenüber dem Kriegsminister erkläre ich noch einmal, daß im Beleidigungsamt der Anschlag angebracht war, wonach jeder Arbeiter, der länger als 14 Tage krank ist, auf den Tagelohn identisch verweist wird, das ist die Abteilung, die von den Arbeitern als Strafabteilung angesehen wird. Mit dieser Angelegenheit hat sich der Arbeiterausschuß am 24. April vorigen Jahres beschäftigt und hat verlangt, daß diese Bekanntmachung zurückgezogen würde. Der Oberst erklärte, er ziehe sie nicht zurück, vielmehr müsse daran festgehalten werden, und dem Vorsitzenden des Arbeiterausschusses hat er gedroht, wenn solche Angelegenheiten wiederum im Arbeiterausschuß behandelt werden, würde er entlassen werden! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Entrüstung des Kriegsministers hier war also unangebracht; er soll diese Entrüstung lieber gegen jene Beamten richten, die ihn falsch unterrichten und die die Arbeiter zu falschen Unterschriften zwingen. (Lebhafteste Zustimmung links bei den Sozialdemokraten.) Es ist ein Skandal und geradezu unerhörte, daß derartige Vorkommnisse eintreten können. (Lebhafteste Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion.

Der Rest des Militärstatuts wird debattelos erledigt.

Es folgt der

Marineetat.

Abg. Seering (Soz.):

Der Reichstag hätte allen Grund, sich gegen die Arbeiterentlassungen auf den Werften zu wenden. Wir müssen es direkt als Bräutereiung des Reichstags bezeichnen, wenn jetzt gleich auf einen Schuß 500-600 Arbeiter entlassen werden. Der Staatssekretär hat in der Budgetkommission versucht, die Entlassungen mit den Abstrichen, die der Reichstag vorgenommen hat, zu rechtfertigen. Sehr zu Unrecht! Auch nach den Abstrichen ist eine höhere Summe bewilligt worden als im Vorjahre. Selbstredend stehen wir nicht auf dem Standpunkt, daß die Werftverwaltung unter keinen Umständen Arbeiterentlassungen vornehmen darf; wir meinen aber, daß solange und soweit als möglich statt Verminderung der Arbeiterzahl vielmehr Herabsetzung der Arbeitszeit eintreten soll. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Nach einer Bemerkung zu Herrn Geheimrat Harms. Er sagte bei der zweiten Lesung des Marineetats: Die um 8 Jahre zurückliegende Geschichte mit dem Nachfahren von Kohlen auf die hohe See für einen Dampfer hätte ich wohl nur deswegen vorgebracht, weil ich aus neuerer Zeit nichts wußte. Ich war zufällig nicht im Saale anwesend, sonst hätte ich dem Herrn Geheimrat sofort erwidert. Ich hatte ihm schriftlich über einige Beschwerdefälle und Unregelmäßigkeiten aus der letzten Zeit Mitteilung gemacht, die ich wieder in der Kommission nach im Plenum zur Sprache brachte. Angesichts dieser Tatsache kann ich das Urteil über die Kampfeswille des Herrn Geheimrats dem Hause überlassen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Aus dem reichen Material, das mir auch aus der letzten Zeit noch zur Verfügung steht — ich könnte bis 8 Uhr mindestens sprechen (Rufe: Oh! oh!) — will ich nur ein Beispiel anführen: Heute morgen habe ich dieses Strickchen erhalten (Redner zeigt ein Strickchen vor); solche Stricke werden von den Mannschaften gebraucht, um ihre Messer an Bord zu befestigen. Am 8. März, also vor einer Woche, wurde der Krüger „Gustard“ außer Dienst gestellt; wahrscheinlich hatte er auch überzähliges Material an Bord, jedenfalls wurden acht Stricke mit solchen Schnitten verlegt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In jedem Strick sind 100 solcher Schnüre, deren jedes einen Wert von 15 Pf. hat, die Liste repräsentiert also einen Wert von 15 M. Es sind demnach

in einer Viertelstunde 120 M. über Bord geworfen!

Auf weiteres verzichte ich angesichts der Geschäftsloge des Hauses. Herr Geheimrat Harms aber rufe ich im Hinblick auf das nächste Jahr zu: Sei Philipp! sehen wir uns wieder! (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Erzberger (Z.): Ich bin überrascht, daß von der Marineverwaltung keine Antwort erteilt wird. Es wird in der Presse der Budgetkommission vorgemerkt, daß die Marineverwaltung durch die auf Antrag der Budgetkommission vorgenommenen Streichungen genügend worden sei, 500-600 Arbeiter zu entlassen. Herr Seering hat mit Recht auf das Falsche dieser Darstellung hingewiesen. Auch ich lege als Mitglied der Budgetkommission gegen diesen ungeheuerlichen Angriff Protest ein. (Bravo!) Die Abstriche, die wir an den persönlichen Bezügen vorgenommen haben, können mit den Arbeiterentlassungen nichts zu tun haben. (Lebhafteste Zustimmung links und im Zentrum.)

Staatssekretär v. Tirpitz:

Auf die Behauptung des Abg. Seering, wir wollten durch die Arbeiterentlassungen den Reichstag brüskieren, haben wir nicht geantwortet, weil wir glaubten, auf eine solche Behauptung sei eine Antwort nicht erforderlich. (Unruhe links und im Zentrum.) Nachdem Herr Erzberger diese Behauptung aufgenommen hat, habe ich zu erklären, daß die Marineverwaltung mit den Beschneidungen nicht das Allgeringste zu tun hat. Die Arbeiterentlassungen haben wir vorgenommen, weil wir im allgemeinen bemerkt haben, die Staatsbetriebe einzuführen und den Privatbetrieben bei ihrer Notlage so viel Aufträge als möglich zuzuwenden. Ich kann Herrn Erzberger bestätigen, daß die Abstriche, die das hohe Haus an dem Marineetat vorgenommen hat, mit den Arbeiterentlassungen gar nichts zu tun haben.

Abg. Seering (Soz.):

Mit seiner jetzigen Erklärung hat der Staatssekretär sich im Widerspruch gesetzt zu seiner Erklärung in der Budgetkommission; er dort die Abstriche beantragt wurden, erklärte er, damit werde er die Flotte nicht in Stand halten können und nicht alle notwendigen Arbeiten vornehmen lassen können! (Hört! hört! bei den Sozialdem.) Wenn der Staatssekretär mir nicht antworten wollte, weil

ich in harker Tonart von der Veräusserung des Reichsstaats gesprochen habe, so ist das keine Sache; aber wenn die Herren Schweigen, hat der Reichstag um so mehr Grund zu sprechen, und meine Freunde werden diese Pflicht erfüllen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Herren Schweigen, weil sie unrichtig informiert sind und weil sie wissen, daß wir die Wahrheit unserer Behauptungen beweisen und ihre Darstellungen kontrollieren können. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär v. Tirpitz: Bei meiner Erklärung in der Budgetkommission handelte es sich um einen Abstrich von einer halben Million, der dann eben auf 850 000 M. reduziert wurde. Die Behauptung des Abgeordneten Sebering fällt also in sich zusammen.

Abg. Sebering (Soz.):

Der Staatssekretär schätzt das Aufschwundvermögen des Reichsstaats recht niedrig ein, wenn er ihn glauben machen will, die Differenz von 150 000 M. hätte ihn genügt, die gewünschten Reparaturen nicht auszuführen. Warum hat der Staatssekretär und nicht bei der zweiten Beratung von der Absicht, 600—600 Arbeiter zu entlassen, in Kenntnis gesetzt? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Doch er es unterlassen hat, ist ein neuer Beweis für die Behauptung Eugen Richters, daß wir es in ihm mit einem Herrn zu tun haben, der mit seinen Absichten in hinterhältiger Weise zurückhält. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Umruhe rechts. Aufse: Zur Ordnung!)

Abg. Dr. Paasche (natl.): Die Vorgänge in der Budgetkommission sind vom Staatssekretär richtig dargestellt. Von seiner Erklärung, daß die Arbeiterentlassungen nicht vom Marineamt veranlaßt sind, nehmen wir mit Befriedigung Kenntnis.

Abg. Erzberger (Z.): Auch ich kann die Darstellung des Staatssekretärs bestätigen.

Damit schließt die Debatte.

Der Marineetat wird bewilligt, desgleichen debattelos die Etats der Reichsjustizverwaltung und des Reichs-

Stat des Reichskolonialamts und der Schutzgebiete.

Abg. Dr. Arning (natl.) verbreitet sich über den Fall, in welchem eine in Berlin erlassene Forderung für die Schutzgebiete vom obersten Gerichtshof in den Kolonien für rechtsungültig erklärt ist.

Abg. Erzberger (Z.) freut sich, daß die Erregung in Südwestafrika über die Diamantenfrage im Abflauen begriffen sei. Durch entrüstetes Sturmlaufen angeblich geschädigter Aktionäre wird sich der Reichstag seinen Schritt von seinem Wege abdrängen lassen. (Beifall.)

Staatssekretär Dernburg: Man ist sich in Südwestafrika darüber einig, daß nach Erlöschen des Aufstandes die Ausnahmebestimmungen über das Postwesen aufzuheben und die Post in der regulären Höhe zu erheben sind.

Ueber die Diamantenfrage habe ich mich in der vertraulichen Kommission genügend ausgelassen, und ich möchte in Hinblick auf die Vertraulichkeit meiner damaligen Mitteilungen sie hier nicht wiederholen. (Beifall.)

Abg. Dr. Paasche (natl.): Die Verordnung betr. Reichsverzollung scheint mir denn doch keineswegs einwandfrei zu sein. Erst hat der Kolonialrat sich auf einen Prozeß eingelassen; als dann gegen ihn entschieden wurde, kam die Verordnung, die in diametralem Gegensatz zu der Gerichtsentscheidung steht. (Hört! hört!) Das Rechtsgefühl in den Kolonien wird durch solches Vorgehen nicht gefördert.

Staatssekretär Dernburg bestreitet, daß irgendwelche ernstliche Bedenken gegen die Verordnung vorliegen.

Abg. Dove (fortsch. Sp.): Es macht immerhin keinen guten Eindruck, daß der Staatssekretär sich erst auf ein Schiedsverfahren einläßt, dann aber, als dieses gegen ihn ausfällt, mit einer Verordnung kommt. Wirklich helfen kann hier nur die Einschränkung des kaiserlichen Verwaltungsrechts und die gesetzliche Festlegung der kolonialen Rechtsverhältnisse. (Zustimmung links.)

Abg. Prinz Schnitz-Carolath (natl.) rügt im Anschluß an einen Artikel in Gardens „Zukunft“, daß Stationsvorsteher in Kamerun bei Gerichtsverhandlungen von eingeborenen Händlern verlangen, daß sie englisch sprechen. Dadurch wird bei den Eingeborenen der Eindruck erweckt, als ob Deutschland ein Kolonialstaat Englands sei.

Staatssekretär Dernburg: Der betreffende Oberleutnant und Stationsvorsteher hat wahrscheinlich den eingeborenen Händler und dessen Deutsch nicht verstanden können. Es gibt ja auch in Deutschland Leute, deren Deutsch man nicht versteht. (Große Heiterkeit.)

Der Etat wird hierauf bewilligt; ebenso debattelos eine Reihe weiterer Etats.

Stat der Post- und Telegraphenverwaltung.

Abg. Zubeil (Soz.):

Ich habe neulich über Beschwerden von Postunterbeamten in Kassel geredet, die über die Art und Weise mit Recht klagen führen, wie sie von reichsüberwärtlichen Vorgesetzten terrorisiert werden. Ich habe daraufhin von der Gefangenschaft des Post- und Telegraphen-Unterbeamtenvereins einen Brief erhalten, in dem unter Bezugnahme auf meine Ausführungen u. a. gesagt wird:

„Weder hat unser Bezirkschef, der Herr Geheim Oberpostrat Hoffmann, sich jemals oder in irgendeiner Weise darum gekümmert, bei welchen Anlässen die Gefangenschaft in die Öffentlichkeit tritt, noch hat der Herr Geheim Oberpostrat Hoffmann irgendwie seine Stellung uns gegenüber durch irgendeinen Druck gemindert, noch hat irgendeiner unserer Mitglieder sich mit einem Angehörigen der sozialdemokratischen Partei in Verbindung gesetzt, damit solche Sachen im Reichstag zur Sprache gebracht werden könnten. . . Wir werden uns auch für die Folge durch solche verleumderischen Darstellungen, wie sie von Ihnen in der erwähnten Reichstagsitzung vorgebracht sind, unser freies Bestimmungsrecht über das, was wir für gut und passend halten, nicht beeinträchtigen lassen. Zur Berichtigung Ihrer unmaßigen Behauptung übergeben wir dieses Schreiben gleichzeitig mit der Absendung der Zeitungen zur Veröffentlichung.“

Darauf habe ich folgendes zu erwidern: Ich habe von dem, was ich gesagt habe, nicht ein Wort zurückzunehmen. Wenn es noch eines Beweises für die unwillkürliche Abhängigkeit bedurft hätte, unter der die Angestellten der Post leiden, dann ist er gerade durch dieses Schreiben erbracht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Brief ist, wie ein Bild auf ihn beweist, weder ausgelegt noch geschrieben von den Unterbeamten, die ihn unterzeichnet haben. Gerade dieser Brief beweist, wie unerträglich der Druck ist, unter dem speziell die Angestellten der Post in Kassel leiden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten); er beweist, wie viel noch zu tun übrig bleibt, um auch den Beamten die politischen Rechte zu erkämpfen, die es ihnen ermöglichen, ihrer Ueberzeugung gemäß zu handeln. (Bravos! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Scheidemann (Soz.):

Ich habe jüngst bei derselben Gelegenheit hier eine Beschwerde verlesen, die an den Staatssekretär Kravetz gerichtet war. Die Beschwerde stützte sich auf Angaben von Angestellten des Kasseler Postamts. Daraufhin ist mir von dem Post- und Telegraphen-Unterbeamtenverband heute ein Brief zugegangen, der weder von einem Unterbeamten verfaßt noch geschrieben ist. In dem Brief heißt es: Der Inhalt meiner Beschwerde an Herrn Kravetz habe bei den Unterbeamten Entrüstung hervorgerufen. Wörtlich heißt es in dem interessanten Schreiben:

„Auch die von Ihnen angeführte Behauptung, daß sich Unterbeamte bei Ihnen beschwert hätten, weisen wir mit aller Entschiedenheit zurück, und zwar so lange, bis Sie uns das Gegenteil beweisen bezügl. die Namen der Unterbeamten.“

Auch dies Schreiben ist ein neuer Beweis für die abfällige Abhängigkeit, unter der die Unterbeamten stehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

bei den Sozialdemokraten.) Da in meinem Brief auch von Beamten die Rede war, so darf ich ja wohl für die nächsten Tage auch einen von diesen ausgehenden ähnlichen Entrüstungs-schreiben entgegensehen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Ich soll Namen nennen. Ich wäre nicht wert, einen Tag länger Mitglied dieses Hauses zu sein, wenn ich es täte. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich wäre ein ebenso verächtliches Subjekt, wenn ich Namen nennen würde, wie es die sind, die ihre Macht mißbrauchen, um ihnen unterstellten Leuten Bestimmungen zu diktieren.

Vizepräsident Hohenzollern: Sie dürfen Staatsbehörden nicht vorwerfen, daß sie ihre Macht mißbrauchen. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Scheidemann (Soz.) fortfahrend: Das habe ich auch gar nicht getan. Selbstverständlich bin ich gern bereit, auch in Zukunft Beschwerden von Unterbeamten und Beamten entgegenzunehmen. Nur empfehle ich speziell den Beamten in Kassel entsprechende Vorsicht angesichts der geradezu erstaunlich ausgebildeten reichsüberwärtlichen Spitzeln in Kassel. (Bravos! bei den Sozialdemokraten.) Ich möchte den Staatssekretär fragen, wann er endlich diesem elenden System der Nabelnanzugung ein Ende bereiten will? (Bravos! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hengsbach (Soz.): Das Postamt in Reiderich ist mit großer Verschwendung und großen Kosten erbaut, und jetzt schon, nach drei Jahren, zeigen sich Risse in den Wänden. Der Staatssekretär sollte nachforschen, wen die Schuld an solcher Verschwendung öffentlicher Gelder trifft. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Kravetz: Ich werde den Fall untersuchen lassen und sehen, ob Unfug von Einschreiten vorliegt. Was die beiden anderen Vorredner betrifft, so sollen ihre Anschuldigungen beruht auf dem Rahmen des parlamentarisch Zulässigen heraus, daß ich es unter meiner Würde halte, zu antworten. Beifall rechts. Lebhaftes Unruhe und Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Scheidemann (Soz.): Es ist ein bekannter alter Trick, daß, wenn man ein erbärmliches System nicht verteidigen kann, man sich auf den mangelnden guten Ton des anderen beruft. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Hohenzollern: Wegen des Ausdrucks „erbärmliches System“ in bezug auf die Reichspostverwaltung rufe ich Sie zur Ordnung. (Bravos! rechts.)

Abg. Scheidemann (Soz.): Ich bleibe dabei bestehen, daß alles, was mein Freund Zubeil und ich hier gesagt haben, der Wahrheit entspricht. Ich frage Sie auf Ehre und Bewissen: Wenn Beamte zu mir kommen mit Beschwerden und sie werden nachher gezwungen, an mich zu schreiben, daß sie gegen das, was ich gesagt habe, Protest erheben, daß das, was ich in ihrem Namen vorgebracht habe (woher sollte ich es denn haben?), unwahr sei, können Sie sich dann eine Vorstellung davon machen, wie erbärmlich das System ist, unter dem diese Leute leiden? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Unruhe rechts.)

Vizepräsident Hohenzollern:

Ich rufe Sie nochmals zur Ordnung!

Abg. Scheidemann:

Ich pfeife darauf!

Abg. Zubeil (Soz.):

Wir sind das ja gewöhnt, das alles, was von uns hier vorgebracht wird, einfach als unwahr hingestellt wird. So war es gegenüber den Klagen der Postkassen, die ich jahrelang hier vorgebracht habe und die jetzt durch ihre Abstellung als berechtigt anerkannt sind. Ich kann mich den letzten Worten meines Freundes Scheidemann nur anschließen.

Staatssekretär Kravetz: Die Herren betonen, daß alles, was sie vorbringen, der Wahrheit entspricht. Herr Zubeil hat aber vor kurzem einen Fall auf Zeitungsnachrichten vorgebracht, den wir nach Prüfung als unwahr bezeichnen mußten. Dann sollte er in solchen Fällen auch den Widerstand der Zeitung lesen.

Der Postetat wird bewilligt.

Einige weitere Etats sowie das Staatsgesetz werden fast debattelos erledigt.

Der Etat im ganzen wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Die Petitionen zum Etat werden für erledigt erklärt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Abg. Dr. Wiemer (fortsch. Sp.) zur Geschäftsordnung: Ich bin genötigt, auf einen Vorgang zurückzukommen, der sich zu Beginn der Sitzung in persönlichen Bemerkungen zwischen dem Abgeordneten v. Oldenburg und drei Mitgliedern, von denen zwei der fortschrittlichen Volkspartei angehören, abgespielt hat. Nach dem stenographischen Bericht hat die schwer verlegende Äußerung des Abg. v. Oldenburg Beifall auf der rechten Seite gefunden. Im Interesse der parlamentarischen Arbeit halte ich es für geboten, an die konservative Partei die Frage zu richten, ob sie die Äußerung ihres Mitgliedes, des Abg. v. Oldenburg billigt.

Abg. v. Normann (L., zur Geschäftsordnung): Ich stelle fest, daß wir in den Ausführungen der Abgg. Dr. Müller-Meinungen und Hausmann schwere Beleidigungen gegen den Abg. v. Oldenburg gefunden haben, daß wir infolgedessen verstehen, daß Herr v. Oldenburg schwer gereizt war. Ich erkläre aber außerdem, daß wir den Ordnungsruf des Herrn Präsidenten an den Abgeordneten v. Oldenburg für voll beachtet halten, und ich erkläre weiter, daß wir den Ausdruck des Abgeordneten v. Oldenburg, auf den Herrn Dr. Wiemer hingedeutet hat, mißbilligen, aber ebenso mißbilligen wir auch die Ausdrücke, welche die Herren Dr. Müller-Meinungen und Hausmann vorher gegen den Abgeordneten v. Oldenburg gebraucht haben. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Wiemer (fortsch. Sp.): Ich stelle fest, daß die von Herrn v. Normann erwähnten Äußerungen meiner Kollegen Müller-Meinungen und Hausmann von dem Herrn Präsidenten nicht gerügt worden sind, gegen die parlamentarische Ordnung jedenfalls also nicht verstoßen haben. Wir nehmen mit Vergnügen davon Kenntnis, daß die konservative Fraktion die alle Grenzen des parlamentarischen Verlebens übersteigende Äußerung des Abg. v. Oldenburg mißbilligt. Der Herr Abg. v. Oldenburg hat diese Äußerung nicht zurückgenommen. Ich erachte es als selbstverständlich, daß ihm gegenüber die Verleumdungen nicht gewahrt werden können, die sonst unter Kollegen in diesem Hause üblich sind. (Lebhafteste Zustimmung links.)

Abg. v. Oldenburg (L.): Auf einen groben Mist geht ein grober Keil. Wenn Sie Ihre Äußerungen zurückgenommen hätten, hätte ich das meinerseits auch getan. (Gelächter links. Schweigen rechts.)

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fortsch. Sp.): Herr v. Normann hat von schweren Beleidigungen, die ich gegenüber Herrn v. Oldenburg ausgesprochen hätte, hier gesprochen und davon, daß Herr v. Oldenburg sehr gereizt gewesen sei. Ich habe gesagt: Der bayerische Kriegsminister spricht von einer Entgleisung des Herrn v. Oldenburg und einer Beschuldigung, auf die man überhaupt gar nicht näher eingehen sollte. Er gibt also Herrn v. Oldenburg eine Ohrfeige und beteuert im selben Moment, daß er es nicht getan habe. Aus der Schlagbemerkung, die Herr v. Oldenburg vorhin machte, geht hervor, daß er den Reichstag als den Ort angesehen hat, in dem er gewissermaßen einen persönlichen Ehrenhandel zwischen ihm und dem bayerischen Kriegsminister abzumachen habe. Ich glaube, daß ich als Mitglied dieses hohen Hauses berechtigt war, nachdem Herr v. Oldenburg hier diese Sache publik gemacht und in die parlamentarischen Formen gestellt hat, auch meinerseits eine Kritik daran zu üben. (Aufse rechts: Aber

nicht in beleidigender Form!) Ich glaube, daß ich in keiner Weise eine Form gewählt habe, die Herrn v. Oldenburg berechtigte, mehreren Mitgliedern dieses Hauses in solcher Form die Ehre abzusprechen. (Lebhafte Zustimmung links.)

Abg. v. Oldenburg (L.): Was zwischen dem bayerischen Herrn Kriegsminister und mir hier zur Erledigung gekommen ist, geht nur dem bayerischen Kriegsminister und mich an. (Stürmisches Bravo! links.) Außerdem bemerke ich, daß Herr Dr. Müller-Meinungen gewußt hat, daß diese Sache die Verletzung eines Ehrenhandels war. (Hört! hört! rechts.) Die Linke hat diese Erklärung mit Lachen aufgenommen. Darauf haben die Herren, die mich angegriffen haben, ihre Antwort bekommen. Im übrigen erkläre ich, daß ich selbstverständlich den Herren Dr. Müller-Meinungen und Hausmann jederzeit (mit überlaut schreiender Stimme) zur Verfügung stehe. (Stürmisches anhaltendes Gelächter auf der Linken.)

Abg. Kreiß: Da gibt's nichts zu lachen! (Erneutes stürmisches Gelächter links.)

Abg. Bebel (Soz.): Unter den Abgeordneten, die der Abg. Oldenburg-Jammichau heute nachmittags verlegte, befand sich auch mein Parteifreund Abg. Rodke. Wir haben darauf verzichtet, auf diese Äußerung irgendwie in einer Form zurückzukommen, denn wir sind bereits so an die bekannten Formen des Herrn v. Oldenburg gewöhnt, daß er in gar keiner Richtung und zu verlegen umstände ist. (Stürmisches Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Handmann (fortsch. Sp.): Herr v. Oldenburg hat jetzt seinem Verhalten die Krone aufgesetzt, indem er im öffentlichen Parlament Herausforderungen zum Duell ergehen ließ. (Stürmisches Zustimmung links.) Das war bisher noch nie in diesem Hause üblich, und das zeigt hier aufs neue, wie unsäglich und persönlich der Abg. v. Oldenburg den Ton im Hause degradiert und eine Verrohung des Hauses herbeiführt. (Erneute andauernde lebhafteste Zustimmung links. Unruhe und großer Lärm rechts, wiederholte Aufse: Zur Ordnung! Stürmisches Unruhe im ganzen Hause.)

Präsident Graf Schwerin-Löwig: Ich bemerke zunächst, daß ich eine Herausforderung in den Worten des Herrn v. Oldenburg nicht erblickt habe. (Aufse: Kommt! und stürmisches Widerspruch links.) Sonst würde ich seine Ausführungen entschieden gerügt haben. Sie dürfen aber dem Abg. v. Oldenburg auch nicht vorwerfen, daß er zur Verrohung des Tones beitrage. (Lebhafte Zustimmung rechts, erregte Zurufe links: Aber wie!)

Abg. Hausmann (fortsch. Sp.): Es ist noch niemals vorgekommen, daß ein Abgeordneter einem anderen Abgeordneten erklärt hat, er habe in Ehrensachen keinen Standpunkt, und demgegenüber darf das gesagt werden, was ich gesagt habe. (Sehr wahr! links.) Ebenso ist es sicher, daß im Munde des Herrn v. Oldenburg die Worte: „Ich stehe zur Verfügung“ keinen anderen Sinn haben konnten als den einer junckerlichen Herausforderung. (Allgemeine lebhafteste Zustimmung links.) Deswegen beschränke ich mich darauf, zu erklären, daß angesichts dieses widerwärtigen Verhaltens . . . (Lebhafte Zustimmung links, Lärm rechts.)

Präsident Graf Schwerin: Sie dürfen auch diesen Ausdruck nicht gebrauchen. Ich bitte, nicht unnötigweise zu einer Verschärfung der Diskussion beizutragen, das läßt sich alles in ruhigen parlamentarischen Formen erledigen!

Abg. Hausmann: . . . Dann sage ich, daß angesichts dieser Abrede . . . (Stürmisches Zustimmung links, Lärm rechts.)

Präsident Graf Schwerin: Auch dieser Ausdruck verletzt die Ordnung des Hauses.

Abg. Hausmann (fortsch. Sp.): . . . der Eindruck, der sich bei uns bilden muß, nur der ist, den mein Vorstand, der Abg. Dr. Wiemer, dahin gekennzeichnet hat, daß wir mit dem Abg. v. Oldenburg den persönlichen Verkehr nicht aufrecht zu halten vermögen, daß wir diesen Don Quixote nicht mehr ernst nehmen! (Stürmisches Zustimmung links, andauernder Lärm rechts, große Erregung im ganzen Hause.)

Der Präsident beräumt die nächste Sitzung an auf Dienstag, den 12. April, nachmittags 2 Uhr und schlägt für die Tagesordnung kleinere Vorlagen vor.

Abg. Bebel (Soz.): Es liegen eine Reihe von Wahlprüfungen vor, bei denen die Kommission Ungültigkeitserklärung beschlossen hat. Wir haben mit Rücksicht auf die Beendigung der Staatsberatung bisher davon abgesehen, die Beratung über Wahlprüfungen zu beantragen, möchten aber jetzt dringend bitten, daß sie auf die erste Tagesordnung nach Ostern gesetzt werden. (Zuruf: Zweites!) Nebenfalls auf eine der nächsten Sitzungen nach Ostern. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Graf Schwerin sagt dies zu und entläßt die Abgeordneten mit herzlichem Osterwünschen. (Bravos!)

Schluß 8 1/2 Uhr.

Aus der Partei.

Gemeinbewahlfrage.

In Neckenheim bei Frankfurt a. M. ergolten Dienstag die Sozialdemokraten bei der Gemeinbewahl einen glänzenden Sieg. Sie erhielten in der 3. Klasse 514 Stimmen, die Kandidaten der Fortschrittspartei nur 414 Stimmen. Die vereinigten Freisinnigen brachten es gar nur auf 18 Stimmen.

In einer Reihe von anderen Gemeinden im Ganauer, Hächter und Wiesbadener Kreis hat die Sozialdemokratie in den letzten Tagen in der 3. und zum Teil sogar in der 2. Klasse gesiegt, zum Teil sogar in den Gemeinden, in denen wir früher noch nie einen Sitz hatten.

Auch in den Vorortgemeinden von Wiesbaden, Loppenheim und Dierstadt, hat die Arbeiterkraft Dienstag in der 3. Klasse gesiegt. In Selva im Wahlkreis Nordhausen eroberte unsere Partei die Majorität im Gemeinparlament. Ihr gehören 12 Sitze, während die Bürgerlichen nur über 8 verfügen.

In Lahr (Baden) hat bei der Bürgerauswahlwahl in der dritten Klasse die sozialdemokratische Liste mit sehr großer Mehrheit über die nationalliberale Partei und die fortschrittliche Volkspartei gesiegt. Die beiden Parteien haben zusammen kaum halb so viel Stimmen aufgebracht wie die Sozialdemokratie allein. Sie hat damit die günstige Position, die sie bei der Landtagswahl errungen hatte, behauptet. Bis vor wenigen Jahren besetzte die nationalliberale Partei noch den ganzen Bürgerauswahlsitz.

Personalien. Genosse Donalies, der bisherige Expedient der „Königsberger Volkszeitung“, wurde von den Vertrauensleuten zum Parteisekretär für Königsberg gewählt. An Stelle des Genossen Donalies wurde Genosse Metzling-Remel zum Expedienten der „Volkszeitung“ gewählt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Wie man uns behandelt.

Ein hübscher Beitrag zu diesem großen Kapitel ist die folgende an den Regierungspräsidenten zu Wiesbaden gerichtete Beschwerde des Genossen Karl Richter, Journalisten zu Frankfurt a. M., gegen den dortigen Polizeipräsidenten. Das Schriftstück lautet:

Stadtverordneten-Versammlung.

10. Sitzung vom Donnerstag, den 17. März, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorleser Mischel eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr. Das Grundstück Königstr. 7, welches 1898 von der Stadt zum Zweck der Straßenverbreiterung angekauft war, soll für 770 000 M. an den Kaufmann Verthold Israel verkauft werden.

Stadtv. Manasse (Soz.) beantragt Ausschussberatung, da doch vielleicht ein höherer Preis zu erzielen sein möchte. Der Antrag wird von den Stadtv. Dr. Gelpke (Fr. Fr.), Jacobi und Haberland (A. L.) sowie vom Stadtrat fast bekämpft und von der Mehrheit abgelehnt. Die Vorlage gelangt zur Annahme.

Hierauf wird die Spezialberatung des Stadthaushaltsetats für 1910 fortgesetzt.

Stadtv. Giese (A. L.) berichtet über den Rest des Kap. IV, Unterrichts-Abteilungen: Gemeindefschulen, Taubstummenschule, Blindenanstalt, Wahlvorbildungsschulunterricht, Pflichtfortbildungsschulen, Gewerbl. Unterricht, Technische Mittelschule.

An den in den Etat eingestellten Bauraten für neue Gemeindefschulen hat der Staatsauschuss bei drei Positionen Abstriche von 100 000, 100 000 und 200 000 M. gemacht. Außerdem wird folgende Resolution vorgeschlagen: Den Magistrat zu ersuchen, in Erwägung zu ziehen, ob für auswärts wohnende Schüler, welche die Berliner Fachschulen besuchen, vom 1. April 1911 ab nicht höhere Schulgebühren erhoben werden können.

Stadtv. Ewald (Soz.): Wir müssen uns vorbehalten, auf die Streichung der 400 000 M. beim Hochbausetat näher einzugehen. Schon im Magistrat sind 2 Millionen am Hochbausetat abgetrieben worden. Man hat außerdem nicht einmal Summen in den Etat für die Schulen eingestellt, deren Projekte schon fertig sind.

Stadtv. Leib (Soz.): Mein Kollege Ewald hat schon betont, daß der diesjährige Schuletat in keiner Weise den Anforderungen entspricht, die wir an einen wirklich guten Schuletat stellen müssen. Er berücksichtigt in keiner Weise auch nur das dringende Schulbedürfnis. Schon vor Jahresfrist hatten wir eine Kommission eingesetzt zur Prüfung der Frage, wie weit Neubauten für Schulen in den verschiedenen Stadtbezirken nötig sind. Diese Kommission hat einen Plan ausgearbeitet, dementsprechend die Schulverwaltung den Bau einer größeren Anzahl von Schulen verlangte. Tatsächlich liegen für drei neue Schulbauten genehmigte Projekte vor, so daß sie in Angriff genommen werden könnten. Wenn also unsere Schulverwaltung selbst das dringende Bedürfnis betont, so müßte dem doch nachgegeben werden; aber der Kammerer ist mit dem Rotstift dazu inengefahren. Auch das Drängen der städtischen Schulbehörde auf Ertrag von feuergefährlichen Rietschulen findet keine Berücksichtigung. Es ist doch an sich schon traurig genug, daß die Stadt sich überhaupt auf diesem Gebiete von der Aufsichtsbehörde drängen lassen muß. Durch eine solche Finanzpolitik wird weder dem Schulbedürfnis Rechnung getragen, noch die Finanzlage der Stadt gebessert, denn in den nächsten Jahren wird das Doppelte und Dreifache in den Etat eingesetzt werden müssen. Daß früher bewilligte Bauraten noch nicht verbaut sind, sollte ganz ohne Einfluß sein. Für unser Volksschulwesen ist eine solche Politik geradezu verhängnisvoll. Wenn die Regierung auch in Zukunft die Stadt auf diesem Gebiete an ihre Pflicht mahnen muß, verwirren wir das Recht, in Entrüstung über Bevormundung der städtischen Schulverwaltung zu machen; eine Mehrheit, die so verfährt, arbeitet direkt der Selbstverwaltung entgegen. (Weifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Liebenow (A. L.): Von einer ungenügenden Berücksichtigung des Schulbedürfnisses kann absolut keine Rede sein. Wir sind stolz auf die Entwicklung unseres Volksschulwesens und wollen es mit aller Kraft fördern. In den letzten Jahren sind bis zu 40 Proz. der eingestellten Bauraten nicht verbaut worden. Der Abstrich ist völlig gerechtfertigt.

Stadtv. Jacobi: Die zur Verfügung stehenden Mittel werden tatsächlich auch in diesem Jahre nicht verbraucht werden. Die Herren Sozialdemokraten treten hier für die Selbstverwaltung ein und leben nachher den ganzen Etat ab, mit einem Wort — sie treiben Spott mit dem ganzen Etat. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Ich beantrage En bloc-Akzeptanz der Abteilung „Gemeindefschulen“.

Stadtv. Preuß (Soz.-fortschr.): Die Anrufung der Aufsichts-

behörde durch den Kollegen Leib kann ich nur sehr bedauern; es gibt dafür andere und bessere Gelegenheiten.

Stadtv. Gassel: Der Vorwurf des Kollegen Leib ist völlig deplatziert. Wir würden keine Streichung vornehmen, wenn ein Schulbau dadurch auch nur um acht Tage verzögert würde. Wir haben bisher die Praxis gehabt, zuviel in den Etat einzusetzen; davon müssen wir abgehen.

Der Gemeindefschuletat wird hierauf nach den Ausschussvorschlägen en bloc angenommen, ebenso die übrigen Spezialsetats des Kap. IV. Die mitgeteilte Resolution findet Annahme.

Stadtv. Loefer (A. L.) hat das Referat über die Abteilungen „Krankenhäuser“ und „Irrenanstalten und Anstalt für Epileptische“ aus dem Kap. VI: Kranken- und Gesundheitspflege.

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Abgesehen von den Beschwerden über die Lage des Arbeitspersonals und abgesehen von den Beschwerden, denen wir bezüglich des Virchow-Krankenhauses entgegenzutreten bemüht sind, dürfen wir mit einer gewissen Benugung konstatieren, daß die Verwaltung der Krankenhäuser im allgemeinen auf einer gewissen Höhe steht, und daß wir hoffen können, daß sie sich allmählich zu Musteranstalten entwickeln werden. Auch für sie muß das Wort gelten, daß früher für die Frauen geprägt wurde: diejenigen sind die besten, von denen man am wenigsten hört. Die Aufmerksamkeit der Versammlung möchte ich auf den Plan der Errichtung eines

Tuberkulose-Krankenhauses

lenken, welches unsere andern Krankenhäuser bedeutend entlasten würde. In den letzten 14 Tagen haben wir in der Presse vernommen, daß der Magistrat sich einen neuen Gutachter, den Professor Robert Koch, hat verschreiben lassen, dessen Anregungen so gebiegen gewesen sein sollen, daß der Magistrat unter Ignorierung aller Gutachten der zuständigen Stellen und Korporationen den Auftrag habe erteilen lassen, ein einfaches Krankenhaus für erwachsene Tuberkulose zu erbauen. Eine ganze Reihe von Korporationen hat sich seit Jahren mit dem Projekt beschäftigt; es schwebt seit langem in der städtischen Verwaltung wie der Geist über den Wassern. Eine Kommission hatte schließlich bestimmte Richtlinien festgelegt, wonach für Lungentranke Männer, Frauen und Kinder eine Anstalt zunächst mit 500 Betten errichtet werden sollte, davon etwa hundert für Kinder, nun aber erklärt Geheimrat Koch, tuberkulöse Kinder gebe es überhaupt nicht! Wir wollen das Krankenhaus nach Koch haben, der Magistrat will jetzt angeblich damit nach Treptow gehen, wo das Klima feuchter, der Grundwasserstand hoch ist. Gewiß soll das Haus kein Lusthaus werden; es kann ja einfach, aber doch vornehm sein, und da haben wir genügend Vertrauen zu unserem Geheimrat Hoffmann, der die Sache schon machen wird. Bisher hat man auch immer gehört, daß es notwendig sei, zur wirklichen Bekämpfung der Tuberkulose den Hebel schon bei den Kindern einzusetzen; das besagt auch der Bericht der Schulärzte. Die erprobten Leiter der bedeutendsten Krankenhäuser verlangen die Errichtung besonderer Kinderkrankenhäuser für Tuberkulose; ich habe darüber direkte Auskünfte erhalten und erhalten. Ich bitte dringend, das Projekt so ausgestaltet zu lassen, daß auch eine hinlängliche Zahl von Betten für Kinder geschaffen wird.

Stadtrat Weigert: Am Freitag hat der Magistrat bereits beschlossen, ein Krankenhaus für Lungentranke von etwa 1000 Betten für Erwachsene beiderlei Geschlechts und Kinder einzurichten (Weifall). Wenn wir Geheimrat Koch auch als Sachverständigen zugezogen haben, so verdient dieser Entschluß nicht die von dem Kollegen Wehl geübte Kritik; soviel Autorität auf dem Gebiet der Tuberkulose hat Professor Koch auch, daß er gehört zu werden verdient (Zustimmung).

Stadtv. Geheimrat Herzberg (A. L.): Nach den Mitteilungen des Stadtrats beschränke ich mich auf die Anführung, daß ich tatsächlich in meiner früheren Praxis und auch jetzt zahlreiche tuberkulöse Kinder gehabt habe.

Stadtv. Wehl: Meine Mitteilung fußt auf den Berichten unseres offiziellen Nachrichtenbureaus (Hörli Hörli); in diesen ist von Kindern, die in das neue Krankenhaus aufgenommen werden sollen, nicht die Rede. Der Magistrat soll also sein Nachrichtenamt besser an der Hande halten.

Stadtrat Strahmann: Ezzellens Koch hat nicht darauf hingewiesen, daß Kinder tuberkulose nicht vorkommen, sondern daß sie selten sei, daß das Bedürfnis der Unterbringung von Erwachsenen größer sei als für Kinder.

Der Etat der Krankenhäuser wird darauf bewilligt.

Stadtv. Dr. Ruhlmann (Fr. Fr.) verbreitet sich über die Frage, wie eine Entlastung der Irrenanstalten herbeizuführen sei, deren

Kosten sich seit 10 Jahren um 150 Proz. gesteigert hätten. Es sollte ein Fürsorgeamt für die aus den Anstalten als geheilt Entlassenen eingerichtet werden.

Stadtv. Dr. Jabel (Soz.): Der Kammerer hat, wie schon früher, auch jetzt wieder die rasche Steigerung der Ausgaben für die Irrenpflege betont. Diese Wahrnehmung beschränkt sich nicht auf die Stadt Berlin, sondern ist seit 30 Jahren überall in Deutschland zu machen gewesen. Seit 1877 hat in Preußen eine Steigerung der Zahl der Geisteskranken auf das Dreieinhalbfache stattgefunden. Nicht daß sie absolut gestiegen wäre; vielmehr ist Tatsache, daß die Geisteskranken, die früher eine große Scheu vor den Irrenhäusern hatten, jetzt zum großen Teil freiwillig in die Anstalten gehen. Noch immer sind ihrer 2000 bis 3000 auf Privatpflege angewiesen. Ferner übersteigt der Kammerer, daß die Stadt Berlin für eine lange Zeit ihre Pflicht gegenüber den Kranken auf das größte Versteht hat. Die erste wirkliche Anstalt für Geisteskranken zu Dalldorf ist erst 1881 eingerichtet worden, bis dahin wurden seit 1863 die Irren Männer im Arbeitshaus, die Frauen in einem Hospital in der Wallstraße untergebracht, und auch damals schon war eine Ueberfüllung vorhanden und die Unterbringung in Privatanstalten erforderlich. Diese Misere sind wir seit einem Menschenalter nicht los geworden; Berlin hat seine Aufgabe auf diesem Gebiete nie vollkommen erfüllt. Trotz aller Klagen der Psychiater haben wir es nicht dahin gebracht, alle Geisteskranken in städtischen Anstalten unterzubringen. Die Provinz Brandenburg ist uns da weit voran; seit 1900 befindet sich dort kein Irren mehr in einer Privatanstalt. In der Deputation für die Irrenpflege vergeht kaum eine Sitzung, in der nicht auf den Platzmangel hingewiesen wird. Damit die Stadt dieser Verpflichtung genügen kann, muß der Bau neuer Anstalten als bald durchgeführt werden. So grauam es ist, bezahlende Kranke aus den Anstalten zu entlassen und Privatanstalten zuzuführen, wir können bei dem gegenwärtigen Platzmangel nichts daran ändern. Durch die Einrichtung der Nebenflügel an den Schulen ist die Zahl der Idioten in Dalldorf zurückgegangen; das gibt uns vielleicht einen Fingerzeig; sehr bedeutsam erscheint auch die in Breslau statistisch festgestellte Tatsache, daß seit der Proklamierung des Schnapsbottens die Zahl der eingelieferten Alkoholisten ganz bedeutend zurückgegangen ist. Der Vorschlag der Fürsorgestelle für entlassene Geisteskranken würde gewiß ebenfalls großen Segen stiften. Augenblicklich ist die Forderung der Zeit, daß die Stadt Berlin alle ihre Geisteskranken in eigenen städtischen Anstalten unterbringt.

Kammerer Dr. Steiniger: Auch bei dem Verhältnis vier auf Tausend sieht es mit der Hoffnung auf den Beharrungszustand nach den bisherigen Erfahrungen sehr windig aus. Wir haben in Berlin eine Masse von Umständen in Betracht zu ziehen, die drücken gar nicht wiederkehren, so den Konflikt aller möglichen unsicheren Elemente, die Schiffbruch erlitten haben und hier den letzten Zufluchtsort finden. Wir sind genötigt, für die Gemeingefährlichen, die uns eigentlich gar nichts angehen, drüdende Ausgaben zu machen. Der Magistrat und die Stadt Berlin könnten sich große Wirkungen von einem von ihnen proklamierten Schnapsbottel nicht versprechen; da könnte uns die Sozialdemokratie helfen, da sie ganz anderen Einfluß auf die Arbeiterschaft hat.

Stadtv. Gassel: Daß Wohlthaten eine merkliche Verminderung der Erkrankungen an Alkoholisten bewirken würden, ist mir doch etwas zweifelhaft. Tatsächlich legt uns die Unterbringung der geisteskranken Verbrecher eine sehr harte Verpflichtung und eine schwere Last auf.

Stadtrat Strahmann: Eine Großstadt wie Berlin läßt sich mit der Provinz Brandenburg in dieser Hinsicht nicht in Parallele stellen. Wir unterstützen die Bestrebungen des Guttenplaners betreffs der Alkoholisten und geben uns auch sonst alle Mühe, vorzuehend zu wirken.

Stadtv. Dr. Jabel: Ob wir mit den 4 auf 1000 den Beharrungszustand erreicht hätten, habe ich nicht behauptet. Vom Schnapsbottel kann man nicht von heute auf morgen Resultate erwarten; darüber können Jahrzehnte vergehen. Auch gegen das schlimmste, Geisteskrankheiten hervorrufende Gift, die Syphilis, hat die Stadt bisher viel zu wenig getan. Die Wirkung des Schnapsbottels in Breslau ist durch ganz einwandfreie Angaben dargetan. Die Fürsorgestellen, die Familienpflege können sehr wohl große Erfolge haben, aber dazu gehören große Mittel, und vielleicht vergehen Generationen, bis diese Erfolge da sind. Das alles kann uns nicht abhalten, die Unterbringung aller Irren Berlins in städtischen Anstalten zu verlangen, und da brauchen wir drei neue Anstalten, denn in zehn Jahren werden 4—5000 unterzubringen sein.

Klingsberg des seligen Rogebue zum Ueberdruße abgedroschene, nur bei schmeißend satirischer Behandlung erträgliche Motiv, daß Vater und Sohn als Schürzenjäger einander ins Begehe kommen, wird in veränderter Garnierung wenig appetitlich hier von neuem aufgeführt. Ein Papa beruft die gesamte Verwandtschaft zur Beschlusfassung darüber, wie sein ungeratener Sprößling von der Leidenschaft für eine elegante Halbweibdame zu kurieren sei. Der Familienrat entsendet den Alten, dem seine tugendhafte Temperamentslosigkeit den Epithetonen Rahtsicht eingetragen, in Begleitung eines Provinzortels zu parlamentarischen Verhandlungen in das feindliche Lager, wo er, aufs gasstächste aufgenommen, sich alsbald als der Nachfolger des jungen Herrn etabliert. Gleichzeitig wird nach der alten Tante Delphine scharfsinniger Theorie, daß eine Verliebtheit gründlich immer nur durch eine neue ausgetrieben werden könne, unter allgemeiner Zustimmung die hübscheste und jüngste der Tanten beauftragt, durch ein Kreuzfeuer von Kometterre Jacques gefährdetes Herz auf eine andere Spur zu lenken. Ihr Eifer geht so weit, daß sie — wie der Vater bei Rini an Jacques Stelle trat — nun drauf und dran ist, bei ihrem Partner Rini Rolle im ganzen Umfange zu übernehmen. Als die Gelegenheit zur Ausmalung von Bilanzen im Stillstehen der beiden nach Kräften ausgeschöpft ist, erscheint im kritischen Moment der Gatte, der voll Entrüstung gleich die Sippe der Verwandten zur Zeugenschaft heranzieht, doch dabei nur den Spott für die Blamage erntet. Die Darstellung war flott. Alexander ließ in der Rolle des abenteuerlustigen genierten Alten seinen drohtischen Humor spielen.

Notizen.

Die amerikanische Kunstausstellung, die in der Akademie der Künste mehr aus Gründen diplomatischer Politik denn aus künstlerischer Notwendigkeit arrangiert ist, wurde am Donnerstag „offiziell“ eröffnet. Die Zeremonien waren so lächerlich, wie sie für das absolutistisch-bureaucratische europäische China selbstverständlich sind. Die Ausländer zumal belamen einen hübschen Anschauungsunterricht über preußische Klassenscheidung und gottgewollte Abhängigkeit. Nachher durfte man Whistler und Sargent bewundern und die Bemerkung machen, warum man die französische Kunst nicht lieber aus erster Hand, sondern in amerikanischer Verdünnung genießen müsse. Insofern von solchen Dingen zu sprechen, ist in der königlichen Akademie ganz illoyal, und Thibudi ist ja glücklicherweise fern. . . .

Goethe für 6 M. Nachdem die ersten 20 000 Exemplare der sechsbändigen Goethe-Ausgabe, die Erich Schmidt mit einer Edition der Goethe-Gesellschaft im Inselverlag zu Leipzig herausgab, in acht Wochen völlig vergriffen waren, ist von diesem Werk soeben das 21. bis 50. Tausend zu demselben Preis von 6 M. erschienen. Neben den Pappbänden wurden auch Exemplare in Leinen (8 M.) und in Halbleder (12 M.) hergestellt.

Kleines feuilleton.

Märzenlied.

Und als die Sonne am hellsten stand, rief es über das Mittagland: Freiheit und Licht! Viel tausend fangen es Mann bei Mann und stimmten die wechende Weise an: Freiheit und Licht!

Braun drängende Knospen in Busch und Baum jubelten selig: O Raum, nur Raum für Freiheit und Licht! Und sah ein Vöglein im Zweig und schwang ins Blaue sich auf und stieg und sang: Freiheit und Licht!

Da tönt ein plump und dumpf Gewirr, Hufegeklapper und Säbelgeklirr: Was Freiheit und Licht! Wo habt ihr das Recht und wo die Lizenz? Der Winter regiert, noch ist es nicht Lenz, nicht Freiheit, nicht Licht.

Auffspringen die Knospen in Busch und Baum, Millionen fangen es hell in den Raum: Uns hemmen sie nicht, der Säbelhieb, das Pferdebein. Aus Märzensturm bricht Matenschein und Freiheit und Licht!

Josef Luitpold.

Herweghs Bluth. In Ehren des 18. März erzählt die „Post“ wieder einmal, wie der damalige Genosse Georg Herwegh, der „Dichter“ des bei den Genossen heute noch besonders beliebten frivolen Hefeliedes „Wer und Arbeit“, rufst die Welt, seine Tapferkeit damals dadurch bewies, daß er im kritischen Augenblick sich unter das Wagenpferd verlor und von seiner Frau, die „Adjutantendienst“ verah, sorglich gudeudet wurde. Demnach verlustete der Held befalls.

Diese Geschichte ist nicht ein Beweis für die Feigheit der verantwortlichen Leiter von Volksaufständen, sondern für die verkehrteste Feigheit der blutigen Genfer der Revolution, die sich nicht damit begnügen, mit ihrer rohen Uebermacht die Vorläufer der Freiheit zu würgen, sondern ihr Gedächtnis hinterher noch beschmutzen. Auch die niederträchtige Springleberggeschichte ist offenbar zurückzuführen auf jenes verlogene Siegesbulletin des Generalleutnants v. Mißer, der über die Niederlage der Herweghschen

Region bei Niederdollenbach berichtete: „Herwegh selbst und seine Frau, die ihn in Männertracht begleitete, ist nach eingegangenen Nachrichten, sobald er die Annäherung der Truppen erfahen, noch vor Beginn des Kampfes entflohen.“ Daraus ist dann die Geschichte geworden, daß Herwegh sich unter dem Springleberg eines von seiner Frau kutschierten Wagens versteckt hätte.

Die heutige Forschung beschäftigt sich längst nicht mehr mit der gemeinen Erkundung, deren Verlogenheit von niemandem bezweifelt wird, sondern höchstens mit der Frage, wie die Legende wohl entstanden sei. Auch der neue Herausgeber der Werke Herweghs Hermann Tardel (in der Hempel-Dongischen Sammlung), der sonst gut nationalliberal seinen revolutionären Heiden zu schulmeistern liebt, wehrt den Vorwurf der Feigheit empört von dem Dichter ab. Die Region hatte sich tapfer verteidigt, bis sie der Uebermacht weichen mußte. „Herwegh“ — so faßt Tardel die Ergebnisse geschichtlicher Forschung zusammen — hatte mit seiner Frau den anstrengenden Nachmarsch von Zell anfangs zu Fuß zurückgelegt, dann war für beide in einem Dorfe ein arbeitsloser Bauernwagen requiriert worden. Während des Gefechts bei Niederdollenbach waren beide mit dem Anfertigen von Patronen beschäftigt. Als die Region schon fast ganz auseinandergeprengt war, drangen die Gefährten auf eilige Flucht. Beide verließen den Wagen, der gleich darauf in die Hände des Gegners fiel, und liefen mehrere Stunden bergauf und bergab bis zu dem Dorf Karbau. Bei einem Bauern zogen sie dann Bauerkleider an, arbeiteten, während die feindliche Reiterei sie umschloß, auf dem Felde, und entkamen nach Sonnenuntergang auf Schweizer Gebiet. Herwegh ist aber nicht vor der Schlacht entflohen — wie der Generalleutnant Log — und ist nicht unter dem Springleberg eines Wagens entführt worden. Es scheint, als ob die „Post“ sich heute noch die 4000 Gulden verdienen will, die 1849 auf den Kopf eines der größten deutschen Dichter ausgesetzt war.

Nach Alfred Weisner soll ein Turnlehrer beim Weine zum Spaß die Springleberggeschichte erzählt haben, um zu beweisen, wie leichtfertig man mit der historischen Wahrheit umgeht. Das Experiment wäre dann freilich großartig gelungen. Auf den Flügeln des konterrevolutionären Heder-Liedes flog das Märchen dann durch die Lande.

Die „eisernen Berche“ zieht heute noch klingend ihren stolzen Flug in den Höhen der deutschen Kultur. Wenn die Wunden nach ihr Unstaltugeln werfen, so schadet das nicht mehr ihrer Unsterblichkeit. Man will im Lande auch nicht den Dichter der Revolution treffen, sondern die Bekenner des ganzen revolutionären Geistes, der heute wieder mächtig sich regt.

Theater.

Residenz-Theater. „Das Rächlicht“. Schwank von Miguel Zamacois. Der neue Schwank gehört zu jener Pariser Duettenware, deren Verfasser der das Rantlo komischer Erfindungskraft durch eine möglichst reich bemessene Zulose schlüpfriger Versänglichkeiten weit zu machen suchen. Das seit den beiden

Während der Darlegung die Zustände, die in Moskau-Wilhelmsburg nun schon seit Jahren herrschen, und hob hervor, daß schließlich Nord wie Schmidt sich krank gedrückt haben. Für Nord gegen Schmidt erhobene Beschuldigungen der Ungerechtigkeit, der Willkür, der Verschwendung usw. forderte der Verteidiger die Zuhörer des Saales vor § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen). Aus Schmidt's Angriffen gegen Nord unterließ er besonders jenen Zeitungsartikel, in dem Herr Nord eine Verunglimpfung seiner Frau erlitt. Dieser Angriff zeuge von einer nicht niedrigen Verachtung und verdient eine öffentliche Verurteilung. Nord fügte diesen Ausführungen nur wenige Worte hinzu, die ausgingen in einem leidenschaftlichen Bornesausbruch über die seiner Gattin widerfahrene Verleumdung. Schmidt wies die Verantwortung für die Wilhelmstädter Zustände seinen Gegnern zu; von ihnen und vor allem von Nord sei er mit immer wiederholten Beschwerden verfolgt worden, um ihn aus seiner Stellung zu bringen. Auch er fordert Zuhörer des § 193. Er blieb dabei, daß jener Zeitungsartikel, der von 'schamlosen Sachen' sprach, sich nicht gegen Frau Nord gerichtet habe.

Das Gericht kam nach langer Beratung zu folgendem Urteil: In den feindseligen Beziehungen zwischen Schmidt und Nord müsse jeder Partei zugestanden werden, daß sie in gutem Glauben handelte, wenn sie sich von der anderen Partei verfolgt fühlte und sich wehrte. Dem Widerkläger Nord sei zugunsten zu halten, daß Voreingenommenheit ihn besangenen machte, sobald sein Gegner Schmidt in Frage kam. Sein Vorgehen gegen Schmidt müsse straflos bleiben, weil er in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe. Schmidt sei nur wegen des Angriffes gegen Frau Nord, durch den er auch den Gatten beleidigt habe, zu verurteilen, und zwar zu 50 M. Geldstrafe.

Ein geringes Versehen eines Standesbeamten
 In der Angelegenheit, die sich gestern die 3. Strafkammer des Landgerichts III beschäftigte, mußte Angeklagter wegen Vergehens gegen das Gesetz betreffend die Beurteilung des Personalausweises vor dem Standesbeamten Schöten. — Der Angeklagte ist stellvertretender Standesbeamter in einem nördlichen Bezirk. Am 28. September 1908 hatte er eine Eheschließung zwischen einem noch recht jugendlichen Paare, einem erst 20jährigen Tischlermeister und seiner Auserwählten, einem noch jüngeren Dienstmädchen vorzunehmen. Infolge von Arbeitsüberlastung verpaß der Angeklagte, das jugendliche Brautpaar zu fragen, ob auch der behördliche Dispens zur Eheschließung erteilt sei, und begnügte sich mit der ihm vorgelegten Einwilligung der beiderseitigen Väter des Paares. Diese Unterlassungsfähigkeit kam erst jetzt zur Entdeckung und hatte die vorliegende Angelegenheit zur Folge. — Vor Gericht behauptete S., daß er sich seinerzeit auf die vorbereitende Tätigkeit des 20 Jahre im Amte befindlichen Dispositionsbeamten verlassen habe und der Meinung gewesen sei, daß dieser ihm etwaige Eheschließungsdispense mitteilen würde, da er selbst mit Arbeit überhäuft gewesen sei. — Der Standesbeamte beantragte 50 M. Geldstrafe. Das Gericht erkannte mit Rücksicht auf die ganze Sachlage auf die niedrigste gesetzlich zulässige Strafe von 3 Mark.

Aus der Frauenbewegung.

Ein Kampf um den freien Sonnabendnachmittag.
 3000 Wiener Wäschearbeiterinnen befanden sich fünf Wochen im Ausstand, um den Arbeitslohn am Sonnabendnachmittag und eine Lohnhöhung zu erreichen. Zuerst hatten die Arbeiterinnen in zwei der größten Fabriken ihre Forderungen überreicht. Die Fabrikanten wollten den Arbeitslohn um halb fünf Uhr ausbezahlen. Damit waren aber die Arbeiterinnen nicht zufrieden und sie traten in den Streik. Die Folge war, daß die Arbeiterinnen aller fünfzehn Fabriken der vereinigten Wäscheindustrie ausgesetzt wurden.
 Die Arbeiterinnen hielten viele imposante Versammlungen ab. Viele wurden verhaftet, weil sie an den leerstehenden Fabriken vorübergingen, die den ausgiebigsten Schutz der Polizeiorgane genossen. Der Solidarität der Arbeiterinnen ist es zuzuschreiben, daß die Aussperrung zu einem Erfolge führte. Alle Bemühungen des Unternehmers, genügend Streikbrecherinnen zu finden, scheiterten an der Einigkeit und dem Verstandnis der Arbeiterinnen. Am 4. März wurde die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem die Fabrikanten den Arbeitslohn um drei Uhr nachmittags am Sonnabend zugesprochen hatten. Ueber die geforderten Lohn-erhöhungen wird noch verhandelt, doch haben einige Unternehmer auch schon höhere Löhne zugesprochen.
 Unwillkürlich regt dieser Arbeiterinnenkampf zu einem Vergleich mit dem der Lehrerinnen und Staatsbeamtinnen auf. Die Frauen der Intelligenzberufe will man aus dem Streik ganz ausschließen, wenn sie Gattinnen und Mütter werden, die Arbeiterinnen müssen einen opfervollen, entbehrungsreichen Kampf führen, um ein paar Stunden für ihre

Kinder zu erobern. Denn die Forderung nach dem freien Sonnabendnachmittag ist hauptsächlich von dem Betreuen dieser, den verheirateten Arbeiterinnen die Freude des Mutterglücks und der Erholung am Sonntag zu ermöglichen.

Das Jölibat der Lehrerinnen in Niederösterreich.

In Dr. Rätze Schirmachers Buch: „Die Frauenbewegung“, das in der Neubörschen Sammlung (in zweiter Auflage erschienen) ist, steht neben anderen Unrichtigkeiten auch die, daß in ganz Österreich, mit Ausnahme von Steiermark, die Lehrerinnen das Recht haben, sich zu verheiraten. In Wirklichkeit haben sie dieses Recht nicht. Und eben jetzt hat der Landtag von Niederösterreich das Jölibat der Lehrerinnen neuerlich bestätigt, obwohl sich die Gemeindevorstellung von Wien für die Aufhebung ausgesprochen hat. Unter den Lehrerinnen gibt es jetzt. Sie halten Protestversammlungen ab. Wenn die Berufsarbeit der Frau, verbunden mit Ehe und Mutterschaft, zu vielen schweren Seelenkonflikten führt, und die Kinder manche Schädigung erleiden, weil die arbeitende Mutter nicht genug verdient, um tägliche und gewissenhafte Pflegerinnen und später Erzieherinnen bezahlen zu können. So trifft dies doch am wenigsten bei der Lehrerin zu. Sie hat nicht nur freie halbe Tage und zwei Monate Ferien, die sie mit den Kindern verleben kann, auch ihre Anwesenheit in der Schule erfordert selten mehr als 6 Stunden im Tag. Hier aber verbietet man Ehe und Mutterschaft und zwingt tausende Mädchen, entweder ihren Beruf nur als Übergangsstadium zu betrachten, oder mit einem Herzen voll ungeliebter Sehnsucht der Verdüsterung und einem einsamen Alter zu verfallen. Grausig schildert Ida Regri in dem Gedicht: „Die Lehrerin“ dieses Ende. — Der neuerliche Landtagsbeschluss hat die Lehrerinnen, die auch in der Gehaltsfrage schlechter wie ihre Kollegen behandelt werden, zu einer leidenschaftlichen Protestbewegung veranlaßt. Die Lehrerinnen treten in den Versammlungen als Rednerinnen auf und vertreten energisch ihre Rechte. Als kürzlich eine Delegation der „Suffragetten“, Miss Isabel Salmour, in Wien erschienen war, um die Taktik der englischen Frauenrechtlerinnen im Kampf ums Wahlrecht darzulegen, wurde auch diese Versammlung zu einem Protest gegen das Jölibat benützt. Auch die Staatsbeamtinnen begannen sich zu rühren und forderten zu einem Kampfe gegen das ihnen auferlegte Jölibat auf. Am 10. März fand nun eine große Versammlung statt, die von Frauen aller Klassen einberufen war, um die Kundgebung gegen das Jölibat der Lehrerinnen und Beamtinnen zu einer einheitlichen zu gestalten. Auch unsere Genossinnen beteiligten sich an der Einberufung, und Genossin Popp sprach in der Versammlung namens der sozialdemokratischen Arbeiterinnen, Bürgerinnen, Volksschul- und Industrieschullehrerinnen, Staatsbeamtinnen und gewerbetreibende Frauen ergriffen das Wort und teilten den Beschlüssen des Landtages. Leider ist die Versammlung gerade mit dem Todestag Lugers zusammengefallen und hätte dadurch viel von ihrer Wirkung ein. Die Zeitungen, femtliche und antisemitische, hatten doch in diesen Tagen keine anderen Sorgen, als ihren Lesern von dem Gepränge des Lugerbegräbnisses Nachricht zu geben.
 Die Kundgebungen der zum Jölibat verurteilten Lehrerinnen und Beamtinnen fanden in diesen Tagen keine Beachtung. Das Recht der Lebenden mußte zurücktreten vor der Guldigung, die man dem Toten erwies.

Lesabendende.
 Steglitz. Der zu heute, Freitagabend, einberufene Lesabend für Frauen findet nicht statt.

Kommunales.

Die Stadtverordnetenversammlung
 feierte gestern die zweite Beratung des Stadthaushalt- etats fort. Erledigt wurden diesmal nur die Reste der Kapitel „Unterrichtswesen“ und „Gesundheitswesen“ sowie das Kapitel „Armenwesen“. Unsere Genossen fanden reichlichen Anlaß zur Kritik, so daß die Beratung nur langsam vorrücken konnte.
 Für die Gemeindeschulen sind in den Etat für 1910 so kärgliche Mittel zum Bau neuer Schulhäuser eingesetzt worden, wie selten zuvor. Genosse Ewald und Genosse Leid wiesen auf die schweren Bedenken hin, die das erregen muß. Leid sprach ausführlicher über diese Frucht der Sparpolitik des Kammerers, die den Verfall der Stadtverordnetenmehrheit findet. Er warnte davor, auf diesem Wege fortzuschreiten, weil sonst wieder einmal die staatliche Aufsichtsbehörde den ihr erwünschten Anlaß benutzen werde, die freisinnigen „Hüter

der Selbstverwaltung“ an ihre Pflicht zu erinnern. Unter den Freisinnrednern, die antworteten, tat sich besonders Herr Jakob hervor. Er zeleerte gegen die sozialdemokratische Fraktion — und erntete bei ihr Heiterkeit.
 Die Krankenhäuser bedürfen der Vermehrung um ein besonderes Krankenhaus für Tuberkulose. Der Etat ist nicht neu; er wird in absehbarer Zeit endlich ausgeführt werden. Genosse Wehl brachte zur Sprache, daß in den kürzlich hierüber gepflogenen Beratungen des Magistrats die Autorität des Professors Koch in die Wagtschale geworfen sei gegen die Schaffung eines Krankenhauses für tuberkulöse Kinder. Stadtrat Weigert konnte die beruhigende Versicherung geben, daß der Magistrat sich inzwischen doch noch eines Besseren besonnen hat. Wehl stellte dann fest, wie schlecht das eigene Nachrichtenamt des Magistrats die Presse bedient hat.

Beim Etat der Irrenhäuser wies Genosse Zadel hin auf die Notwendigkeit, den Kampf gegen die erschreckende Zunahme der Geisteskrankheiten nachdrücklich zu führen. Leider habe die Stadt ihre Pflicht, für Pflegeanstalten zu sorgen, so lange vernachlässigt, daß der Mangel an solchen noch immer ein schwer empfundener Mangel unserer Irrenpflege sei. Die Ausführungen unseres Redners, der auch die Alkoholfrage und den Schnapsbottel berührte, riefen eine längere Debatte hervor. Die Stellung des Magistrats zu diesen Anregungen wurde dargelegt von drei Rednern, von dem Kammerer Steininger, dem Stadtrat Strahmann, dem Bürgermeister Reide. Was sie sagten, war ausweichendes Gerede.

Die offene Armenpflege gehört zu denjenigen Verwaltungsgabieten, auf die Berlin besonders wenig stolz sein darf. Genosse Hinge zeigte, wieviel da noch zu tun ist, und wie sehr das, was getan wird, hinter dem Bedürfnis zurückbleibt. Stadtrat Münsterberg vertrittete auf die besseren Seiten, die bald wieder kommen würden. Auch ein „Trost“ für die Hungernden! Ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, den Zuschuß für die Armenküchen zu erhöhen, wurde abgelehnt; für ihn stimmten nur unsere Genossen.

Beim Etat der Waisenfürsorge und Fürsorge-erziehung wurden von unserm Genossen Bernstein die auf diesem Gebiet noch immer bestehenden Mängel aufs neue zur Sprache gebracht. Im besonderen beleuchtete er die Erziehungsgrundsätze des „Waisenvaters“ für Kirchhain, eines Pastors, der die dort untergebrachten Berliner Jüglings zu beaufsichtigen hat. Der Mann des „neuen Auges“, den Bernstein der Waisenfürsorge wünscht, soll der Stadtrat Düring sein. Er ergriff gestern das Wort zu seiner „Jugendrede“, mit der er sich nicht gerade glücklich einführt.

Zu sehr stürmischen Auftritten kam es bei der Beratung des Etat für das Obdach. Hier fuhr Genosse Hoffmann dem Stadtrat Fischbeck, der über das Obdach kommandiert, wieder mal so kräftig in die Parade, daß der Vorsteher ihm zu wehren suchte und die freisinnige Mehrheit wie toll dazwischen larmte. Herr Fischbeck antwortete, nicht recht in seiner Manier; er hat sich mit der Zeit eine gewisse Mäßigkeit angewöhnt, so daß er langweilig wirkt. Hoffmann fertigte ihn ab in einer scharfen Erwiderung, mit der dieser Abend schloß.

Briefkasten der Redaktion.

Die ausführliche Besprechung über die Einberufung des zweiten Ostbrüder Kongresses, vier Tropfen, 1908, 1909, 1910, 1911, 1912, 1913, 1914, 1915, 1916, 1917, 1918, 1919, 1920, 1921, 1922, 1923, 1924, 1925, 1926, 1927, 1928, 1929, 1930, 1931, 1932, 1933, 1934, 1935, 1936, 1937, 1938, 1939, 1940, 1941, 1942, 1943, 1944, 1945, 1946, 1947, 1948, 1949, 1950, 1951, 1952, 1953, 1954, 1955, 1956, 1957, 1958, 1959, 1960, 1961, 1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967, 1968, 1969, 1970, 1971, 1972, 1973, 1974, 1975, 1976, 1977, 1978, 1979, 1980, 1981, 1982, 1983, 1984, 1985, 1986, 1987, 1988, 1989, 1990, 1991, 1992, 1993, 1994, 1995, 1996, 1997, 1998, 1999, 2000, 2001, 2002, 2003, 2004, 2005, 2006, 2007, 2008, 2009, 2010, 2011, 2012, 2013, 2014, 2015, 2016, 2017, 2018, 2019, 2020, 2021, 2022, 2023, 2024, 2025, 2026, 2027, 2028, 2029, 2030, 2031, 2032, 2033, 2034, 2035, 2036, 2037, 2038, 2039, 2040, 2041, 2042, 2043, 2044, 2045, 2046, 2047, 2048, 2049, 2050, 2051, 2052, 2053, 2054, 2055, 2056, 2057, 2058, 2059, 2060, 2061, 2062, 2063, 2064, 2065, 2066, 2067, 2068, 2069, 2070, 2071, 2072, 2073, 2074, 2075, 2076, 2077, 2078, 2079, 2080, 2081, 2082, 2083, 2084, 2085, 2086, 2087, 2088, 2089, 2090, 2091, 2092, 2093, 2094, 2095, 2096, 2097, 2098, 2099, 2100, 2101, 2102, 2103, 2104, 2105, 2106, 2107, 2108, 2109, 2110, 2111, 2112, 2113, 2114, 2115, 2116, 2117, 2118, 2119, 2120, 2121, 2122, 2123, 2124, 2125, 2126, 2127, 2128, 2129, 2130, 2131, 2132, 2133, 2134, 2135, 2136, 2137, 2138, 2139, 2140, 2141, 2142, 2143, 2144, 2145, 2146, 2147, 2148, 2149, 2150, 2151, 2152, 2153, 2154, 2155, 2156, 2157, 2158, 2159, 2160, 2161, 2162, 2163, 2164, 2165, 2166, 2167, 2168, 2169, 2170, 2171, 2172, 2173, 2174, 2175, 2176, 2177, 2178, 2179, 2180, 2181, 2182, 2183, 2184, 2185, 2186, 2187, 2188, 2189, 2190, 2191, 2192, 2193, 2194, 2195, 2196, 2197, 2198, 2199, 2200, 2201, 2202, 2203, 2204, 2205, 2206, 2207, 2208, 2209, 2210, 2211, 2212, 2213, 2214, 2215, 2216, 2217, 2218, 2219, 2220, 2221, 2222, 2223, 2224, 2225, 2226, 2227, 2228, 2229, 2230, 2231, 2232, 2233, 2234, 2235, 2236, 2237, 2238, 2239, 2240, 2241, 2242, 2243, 2244, 2245, 2246, 2247, 2248, 2249, 2250, 2251, 2252, 2253, 2254, 2255, 2256, 2257, 2258, 2259, 2260, 2261, 2262, 2263, 2264, 2265, 2266, 2267, 2268, 2269, 2270, 2271, 2272, 2273, 2274, 2275, 2276, 2277, 2278, 2279, 2280, 2281, 2282, 2283, 2284, 2285, 2286, 2287, 2288, 2289, 2290, 2291, 2292, 2293, 2294, 2295, 2296, 2297, 2298, 2299, 2300, 2301, 2302, 2303, 2304, 2305, 2306, 2307, 2308, 2309, 2310, 2311, 2312, 2313, 2314, 2315, 2316, 2317, 2318, 2319, 2320, 2321, 2322, 2323, 2324, 2325, 2326, 2327, 2328, 2329, 2330, 2331, 2332, 2333, 2334, 2335, 2336, 2337, 2338, 2339, 2340, 2341, 2342, 2343, 2344, 2345, 2346, 2347, 2348, 2349, 2350, 2351, 2352, 2353, 2354, 2355, 2356, 2357, 2358, 2359, 2360, 2361, 2362, 2363, 2364, 2365, 2366, 2367, 2368, 2369, 2370, 2371, 2372, 2373, 2374, 2375, 2376, 2377, 2378, 2379, 2380, 2381, 2382, 2383, 2384, 2385, 2386, 2387, 2388, 2389, 2390, 2391, 2392, 2393, 2394, 2395, 2396, 2397, 2398, 2399, 2400, 2401, 2402, 2403, 2404, 2405, 2406, 2407, 2408, 2409, 2410, 2411, 2412, 2413, 2414, 2415, 2416, 2417, 2418, 2419, 2420, 2421, 2422, 2423, 2424, 2425, 2426, 2427, 2428, 2429, 2430, 2431, 2432, 2433, 2434, 2435, 2436, 2437, 2438, 2439, 2440, 2441, 2442, 2443, 2444, 2445, 2446, 2447, 2448, 2449, 2450, 2451, 2452, 2453, 2454, 2455, 2456, 2457, 2458, 2459, 2460, 2461, 2462, 2463, 2464, 2465, 2466, 2467, 2468, 2469, 2470, 2471, 2472, 2473, 2474, 2475, 2476, 2477, 2478, 2479, 2480, 2481, 2482, 2483, 2484, 2485, 2486, 2487, 2488, 2489, 2490, 2491, 2492, 2493, 2494, 2495, 2496, 2497, 2498, 2499, 2500, 2501, 2502, 2503, 2504, 2505, 2506, 2507, 2508, 2509, 2510, 2511, 2512, 2513, 2514, 2515, 2516, 2517, 2518, 2519, 2520, 2521, 2522, 2523, 2524, 2525, 2526, 2527, 2528, 2529, 2530, 2531, 2532, 2533, 2534, 2535, 2536, 2537, 2538, 2539, 2540, 2541, 2542, 2543, 2544, 2545, 2546, 2547, 2548, 2549, 2550, 2551, 2552, 2553, 2554, 2555, 2556, 2557, 2558, 2559, 2560, 2561, 2562, 2563, 2564, 2565, 2566, 2567, 2568, 2569, 2570, 2571, 2572, 2573, 2574, 2575, 2576, 2577, 2578, 2579, 2580, 2581, 2582, 2583, 2584, 2585, 2586, 2587, 2588, 2589, 2590, 2591, 2592, 2593, 2594, 2595, 2596, 2597, 2598, 2599, 2600, 2601, 2602, 2603, 2604, 2605, 2606, 2607, 2608, 2609, 2610, 2611, 2612, 2613, 2614, 2615, 2616, 2617, 2618, 2619, 2620, 2621, 2622, 2623, 2624, 2625, 2626, 2627, 2628, 2629, 2630, 2631, 2632, 2633, 2634, 2635, 2636, 2637, 2638, 2639, 2640, 2641, 2642, 2643, 2644, 2645, 2646, 2647, 2648, 2649, 2650, 2651, 2652, 2653, 2654, 2655, 2656, 2657, 2658, 2659, 2660, 2661, 2662, 2663, 2664, 2665, 2666, 2667, 2668, 2669, 2670, 2671, 2672, 2673, 2674, 2675, 2676, 2677, 2678, 2679, 2680, 2681, 2682, 2683, 2684, 2685, 2686, 2687, 2688, 2689, 2690, 2691, 2692, 2693, 2694, 2695, 2696, 2697, 2698, 2699, 2700, 2701, 2702, 2703, 2704, 2705, 2706, 2707, 2708, 2709, 2710, 2711, 2712, 2713, 2714, 2715, 2716, 2717, 2718, 2719, 2720, 2721, 2722, 2723, 2724, 2725, 2726, 2727, 2728, 2729, 2730, 2731, 2732, 2733, 2734, 2735, 2736, 2737, 2738, 2739, 2740, 2741, 2742, 2743, 2744, 2745, 2746, 2747, 2748, 2749, 2750, 2751, 2752, 2753, 2754, 2755, 2756, 2757, 2758, 2759, 2760, 2761, 2762, 2763, 2764, 2765, 2766, 2767, 2768, 2769, 2770, 2771, 2772, 2773, 2774, 2775, 2776, 2777, 2778, 2779, 2780, 2781, 2782, 2783, 2784, 2785, 2786, 2787, 2788, 2789, 2790, 2791, 2792, 2793, 2794, 2795, 2796, 2797, 2798, 2799, 2800, 2801, 2802, 2803, 2804, 2805, 2806, 2807, 2808, 2809, 2810, 2811, 2812, 2813, 2814, 2815, 2816, 2817, 2818, 2819, 2820, 2821, 2822, 2823, 2824, 2825, 2826, 2827, 2828, 2829, 2830, 2831, 2832, 2833, 2834, 2835, 2836, 2837, 2838, 2839, 2840, 2841, 2842, 2843, 2844, 2845, 2846, 2847, 2848, 2849, 2850, 2851, 2852, 2853, 2854, 2855, 2856, 2857, 2858, 2859, 2860, 2861, 2862, 2863, 2864, 2865, 2866, 2867, 2868, 2869, 2870, 2871, 2872, 2873, 2874, 2875, 2876, 2877, 2878, 2879, 2880, 2881, 2882, 2883, 2884, 2885, 2886, 2887, 2888, 2889, 2890, 2891, 2892, 2893, 2894, 2895, 2896, 2897, 2898, 2899, 2900, 2901, 2902, 2903, 2904, 2905, 2906, 2907, 2908, 2909, 2910, 2911, 2912, 2913, 2914, 2915, 2916, 2917, 2918, 2919, 2920, 2921, 2922, 2923, 2924, 2925, 2926, 2927, 2928, 2929, 2930, 2931, 2932, 2933, 2934, 2935, 2936, 2937, 2938, 2939, 2940, 2941, 2942, 2943, 2944, 2945, 2946, 2947, 2948, 2949, 2950, 2951, 2952, 2953, 2954, 2955, 2956, 2957, 2958, 2959, 2960, 2961, 2962, 2963, 2964, 2965, 2966, 2967, 2968, 2969, 2970, 2971, 2972, 2973, 2974, 2975, 2976, 2977, 2978, 2979, 2980, 2981, 2982, 2983, 2984, 2985, 2986, 2987, 2988, 2989, 2990, 2991, 2992, 2993, 2994, 2995, 2996, 2997, 2998, 2999, 3000, 3001, 3002, 3003, 3004, 3005, 3006, 3007, 3008, 3009, 3010, 3011, 3012, 3013, 3014, 3015, 3016, 3017, 3018, 3019, 3020, 3021, 3022, 3023, 3024, 3025, 3026, 3027, 3028, 3029, 3030, 3031, 3032, 3033, 3034, 3035, 3036, 3037, 3038, 3039, 3040, 3041, 3042, 3043, 3044, 3045, 3046, 3047, 3048, 3049, 3050, 3051, 3052, 3053, 3054, 3055, 3056, 3057, 3058, 3059, 3060, 3061, 3062, 3063, 3064, 3065, 3066, 3067, 3068, 3069, 3070, 3071, 3072, 3073, 3074, 3075, 3076, 3077, 3078, 3079, 3080, 3081, 3082, 3083, 3084, 3085, 3086, 3087, 3088, 3089, 3090, 3091, 3092, 3093, 3094, 3095, 3096, 3097, 3098, 3099, 3100, 3101, 3102, 3103, 3104, 3105, 3106, 3107, 3108, 3109, 3110, 3111, 3112, 3113, 3114, 3115, 3116, 3117, 3118, 3119, 3120, 3121, 3122, 3123, 3124, 3125, 3126, 3127, 3128, 3129, 3130, 3131, 3132, 3133, 3134, 3135, 3136, 3137, 3138, 3139, 3140, 3141, 3142, 3143, 3144, 3145, 3146, 3147, 3148, 3149, 3150, 3151, 3152, 3153, 3154, 3155, 3156, 3157, 3158, 3159, 3160, 3161, 3162, 3163, 3164, 3165, 3166, 3167, 3168, 3169, 3170, 3171, 3172, 3173, 3174, 3175, 3176, 3177, 3178, 3179, 3180, 3181, 3182, 3183, 3184, 3185, 3186, 3187, 3188, 3189, 3190, 3191, 3192, 3193, 3194, 3195, 3196, 3197, 3198, 3199, 3200, 3201, 3202, 3203, 3204, 3205, 3206, 3207, 3208, 3209, 3210, 3211, 3212, 3213, 3214, 3215, 3216, 3217, 3218, 3219, 3220, 3221, 3222, 3223, 3224, 3225, 3226, 3227, 3228, 3229, 3230, 3231, 3232, 3233, 3234, 3235, 3236, 3237, 3238, 3239, 3240, 3241, 3242, 3243, 3244, 3245, 3246, 3247, 3248, 3249, 3250, 3251, 3252, 3253, 3254, 3255, 3256, 3257, 3258, 3259, 3260, 3261, 3262, 3263, 3264, 3265, 3266, 3267, 3268, 3269, 3270, 3271, 3272, 3273, 3274, 3275, 3276, 3277, 3278, 3279, 3280, 3281, 3282, 3283, 3284, 3285, 3286, 3287, 3288, 3289, 3290, 3291, 3292, 3293, 3294, 3295, 3296, 3297, 3298, 3299, 3300, 3301, 3302, 3303, 3304, 3305, 3306, 3307, 3308, 3309, 3310, 3311, 3312, 3313, 3314, 3315, 3316, 3317, 3318, 3319, 3320, 3321, 3322, 3323, 3324, 3325, 3326, 3327, 3328, 3329, 3330, 3331, 3332, 3333, 3334, 3335, 3336, 3337, 3338, 3339, 3340, 3341, 3342, 3343, 3344, 3345, 3346, 3347, 3348, 3349, 3350, 3351, 3352, 3353, 3354, 3355, 3356, 3357, 3358, 3359, 3360, 3361, 3362, 3363

Öffentliche politische Versammlungen.

Öffentliche Versammlung

Freitag, den 18. März 1910, abends 8 Uhr
in den Prachtsälen „Alt-Berlin“, Blumenstraße 10.
Tages-Ordnung:

Die Reaktion in Preußen.

Referent: Stadtv. **Adolf Hoffmann.**

Der Einberufer. **Ernst Bader**, Große Frankfurter Str. 34.

Anarchisten! Sozialisten!

Am Freitag, den 18. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Wille,
Brennstra. 188:

Öffentliche Versammlung.

Der 18. März. Tages-Ordnung:
Referent: **Genosse B. Cahn**. 2. Rede
Kausprache. 1229b
Zahlreiches Erscheinen erwartet.
Agitationskommission der Anarchisten Berlins und Umgegend.
Ernst Deder, Burgdorferstr. 13.

Tischlerverein. E. H. 89.

Sonnabend, den 19. März,
abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstr. 15:
Versammlung.
Vortrag des Herrn H. Frommhold
über: „Das Judentum“. Zahlen
der Beiträge. Verschiedenes.
Zahlreiches Besuch erwartet.
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Heute Freitag, den 18. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause,
Engel-Ufer 14/15:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
Kassenbericht. Bericht der Ortsverwaltung, Erziehung der Ortsverwaltung und der
Angestellten. Verbandsangelegenheiten.
Mitgliedsbuch und Delegiertenkarte legitimiert.

Montag, den 21. März:

Mitglieder-Versammlungen

in den Bezirken und Branchen.

Selowsky's

Bolero-Cigaretten

bleiben unübertroffen!

mit Mundstück ohne Mundstück Goldmundstück

10 Stück 20 Pfg.

Achtung! Fliesenleger! Achtung!

Freitag, den 18. März 1910, abends 8 Uhr:

Bezirksitzungen.

Für Westen-Schöneberg bei Folger, Ruffhauerstr. 26.
Für Moabit bei Bachstein, Salzwedeler Straße 16.
Für Norden bei Berger, Böttgerstraße 4.
Für Osten bei Kempin, Tilsiter Straße 85.
Für Rixdorf Schiller-Promenade, Ecke Okerstraße.

Dem Geist der gegenwärtigen Situation entsprechend darf wohl an-
genommen werden, daß jeder Kollege zur Stelle ist.
Tages-Ordnung wird baselbst bekannt gegeben.
Mitgliedsbücher mitbringen!

Der Sektionsvorstand.

J. K.: Emil Kamjunte, Gellertstraße 12 II.

**Zentralverband der Maschinisten und Heizer
sowie Berufsgenossen Deutschlands**

Verwaltungsstelle Groß-Berlin. 145/3
Sonntag, 20. März, vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15:
Versammlung

ämtlicher Kollegen, welche in den Holzbearbeitungsfabriken, Möbel-
fabriken und Tischlereien Berlins und den Vororten beschäftigt sind.
Tagesordnung: „Stellungnahme und Beschlußfassung über die Tarif-
vorlage“. — Die Kollegen, auch Nichtorganisierte, werden dringend ersucht,
zu erscheinen. Die Verwaltung. J. K.: R. Schwilke.

**Verband der Hafenarbeiter und verwandten
Berufsgenossen Deutschlands.**

Mitgliedschaft Berlin.
Sonntag, den 20. März, vorm. 10 1/2 Uhr, im Königsplatz-Kasino,
Dolgenstraße 72:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Verbands-
angelegenheiten. 3. Verschiedenes. 19/4
Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Kautabake

G. A. Hanewacker,
Nordhausen. 4681L.

Nur echt in 10 Pfennig-Rollen
Stangen
Twist, nur echt mit Kopfbild.

Achten Sie auf die
Zettel in jeder Rolle
mit der Firma: **G. A. Hanewacker,**
Nordhausen.

Hauptniederlage und Engrosvertrieb
Carl Röcker, BERLIN O. 27.
Grüner Weg 112. Amt VII No. 3861.

Tabak, Zigarren, Zigaretten

Hallo! In die 14. große
Kanichen- und Pelz-
waren-Ausstellung!
18 Klassen. 650 Tiere.
Beuth-Strasse 19, am Spittelmarkt.

**Berliner Arbeiter-
Radfahrer-Verein**

Mitglied des Berliner
Radfahrer-Bundes
„Solidarität“.

Touren

zum Sonntag, den 20. März:

1. Abt. 1 Uhr: Rosenthal (Barthow).
2. Abt. 7 Uhr: Senzig. 1 Uhr:
Schmöckwitz (Wald-Abt.). Start:
Fontane-Promenade 18.
3. Abt. 8 Uhr: Neue Mühle
(Schleuse). 1 Uhr: Schwalbe (Witte).
4. Abt. 1 1/2 Uhr: Heimgarten
(Vorhaus).
5. Abt. 1 Uhr: Petershagen (Zum
Alten Deffauer). Start: Gellertstr.
10. Abt. Start: Heberstr. 6.
6. Abt. 2 Uhr: Wilhelmstr.
- Start: Oberberger Str. 23.
7. Abt. 2 Uhr: Franz-Bruchholz
(Röhne).
8. Abt. 1 Uhr: Schönerlinde
(Sperrestr.).
9. Abt. 1 1/2 Uhr: Giesendorf (Wies).
- Start: Schillingstr. 15. 10/8

**Neuer erschienen sind:
Biblische Geschichten**

Beiträge zum geschichtlichen
Verständnis der Religion.

von
Max Maurenbrecher.

Jedes Heft 1 W.
Verbandsausgabe 40 Pf.

Jedes Heft ist für sich abgeschlossen.

Heft 1: Schöpfungsgeschichten. Die
verschiedenen Schöpfungsgeschichten
der Bibel. — Die Geschichte von
Mann und Weib. — Die Geschichte
vom verlorenen Paradies. — Die
Geschichte von der Schöpfungswache.

Heft 2: Sintflutgeschichten. Lite-
raturgeschichtliches. — Die Sintflut-
geschichten. — Israel und Baby-
lonien.

Heft 3: Erzbätergeschichten. Abra-
ham. — Isaac. — Jacob. — Joseph.

Heft 4: Mosegeschichten. Der Aus-
zug aus Ägypten. — Mose. —
Der ursprüngliche Jahwe.

Heft 5: Das sogenannte Gesetz
des Mose. „Rosa'sche“ Gesetze.
— Die zehn Gebote. — Das große
Reformgesetz. — Das Gesetzbuch
des Esra.

Heft 6: Die Propheten. (Erläuterung
der Entwicklung der israeliti-
schen Religion.) Bergeshichte.
— Mikhael. — Opposition. — Die
großen Propheten.

Heft 7: Die Entstehung des Judent-
ums. Die Sammlung in Baby-
lonien. — Die Rückkehr nach Jeru-
salem. — Der entscheidende Sieg
der Priester. — Uebergang zum
Neuen Testament. 245/16

Heft 8: Auferstehungsgeschichten.
Berichte. — Tatsachen. — Legenden.

Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW. 68
Lindenstraße 69 (Laden)

Dr. Simmel

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
Moritzplatz,
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35

Sie sparen Geld! Wenn Sie
Möbel direkt zu Engrospreisen
in der Möbelfabrik

H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
Köln Laden
Tel.: A. III, 5157

kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur
eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.

35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Möbel Sechner

Brunnenstraße 7, am Rosenthaler Tor.
Laden und 1. Etage.

**Wohnungs-Einrichtungen
in kolossaler Auswahl
auf Kredit und gegen Bar**

Bei Anzahlung von Mk. 15,— bis Mk. 20,—	Bei Anzahlung von Mk. 30,— bis Mk. 40,—
1 Kleiderschrank	1 Kleiderspind
1 Bettstelle	1 Vertiko
1 Matratze	2 Bettstellen, 4 Stühle
2 Stühle	1 Sofatisch
1 Tisch	1 Spiegel
1 Spiegelspind	1 Spiegelspind, 1 Sofa
1 Kücheneinrichtung	1 farbige Küche
pro Woche Mk. 1,— bis Mk. 2,—	pro Woche Mk. 2,— bis Mk. 3,—

Einzelne Möbelstücke von Mk. 5,— Anzahlung an.
Ferner: Herren-, Speise-Zimmer, Salon etc.
Liefere auch nach auswärts! Auf Wunsch Katalog!
Vorzeiger dieses Inserats erhält bei Kauf Mk. 5,— gut-
geschrieben. — Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.

Statt teurer Butter

verwenden verständige Hausfrauen die aus Pflanzenfetten
hergestellte in allen Eigenschaften und Verwendungsarten
bester Butter ebenbürtige

Sanella Pfd. 90 Pf.

Dies ist der einzig vollkommene vegetabile Butter-
ersatz, nicht zu verwechseln mit Margarine aus Tier-
fett. In Berlin und nächsten Vororten jedes Quantum
frei Haus.

Sanella ist bei mir stets frisch, da großer Umsatz.

D. Mader, Berlin S., Prinzenstr. 37.
Versandgeschäft hygienischer Nahrungs- und Genussmittel.
Ausführliche Preisliste bitte zu verlangen.

Die teure Zeit

zwingt so manchen Herrn äußerst sparsam zu sein.
Wie kann man sparen?

Im Verleihhaus feiner Herrenmoden Leipzigerstr. 59
finden Sie elegante, von feinsten Herrenschaften
nur ganz kurze Zeit getragene, vielfach auf
Seide gearbeitete Anzüge, Paletots und Hosen.

Eine Quelle des Wohlstandes

erschließt sich Ihnen, denn wirkliche Maß-
Kleidung wird Ihnen dadurch ersetzt.

Ahonnements-Anzüge und Paletots M. 12.— 16.— 19.—
Monats-Anzüge und Paletots M. 7.50 10.50 14.—

Verleihhaus feiner Herrenmoden
Leipzigerstr. 59, am Spittelmarkt.

Verleihung von Anzügen, Paletots und Hosen
auf Tage, Wochen, Monate.

Stets großes Lager von 22 Gelegenheitskäufen 22
Anzüge und Paletots von 6.50 Mark an.

Malchower Kautabak

(Mecklenburger)
aus der Fabrik von **Joh. Dannehl, Malchow.**
General-Vertrieb durch:
Karl Röcker, Berlin O. 27,
Grüner Weg 112, Amt VII, 3861.
Tabakfabrik. — Zigarren, Zigaretten en gros.
Hauptniederlage v. G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel,
Mühlhäuser, Dänischer und des Kapitän-Kautabak.

Eingetroffen sind:

Muster-Coupons u. Reste

für **Anzüge, Paletots, Kostüme** usw.
direkt aus der Fabrik
Enorm billig! Meter 2.—, 3.—, 4.—, 5.— Mark.
Nur Saison-Neuheiten!

Spezialhaus moderner Herren- und Damenstoffe.
Koch & Seeland Gesellschaft m. b. H.
BERLIN C., Roßstraße 2, Sonntags geöffnet.

**Arbeiter-
Bekleidung — Berufskleidung.**

Größtes Spezialgeschäft.
Kohnen & Jöring, Haupt- Geschäft Alexanderstr. 12.
Landsberger Allee 148. Rixdorf: Bergstr. 66.

Partei-Angelegenheiten.

An die Parteigenossen Berlin und der Mark Brandenburg.

Die neue Lokalliste liegt der heutigen Nummer des „Vorwärts“ bei. Jeder Arbeiter muß sich stets vor Augen führen, daß für eine fruchtbringende Agitations- und Organisationsarbeit der Festigkeit freier Lokale die erste Vorbedingung ist. Um in unserem Lokallampfe immer mehr Erfolge zu erzielen, ist es notwendig, den Sozialhokott, unsere wirksamste Waffe, aberall mit aller Schärfe durchzuführen. Alle Veranstaltungen der Vereine sind stets daraufhin zu kontrollieren, ob dieselben in einem der Arbeiterkreise auch zu Versammlungen zur Verfügung stehenden Lokale stattfinden; gerade dies bitten wir ganz besonders zu beachten. Es gibt keine Ortschaft, die bei einer nennenswerten Arbeiterbevölkerung nicht auch eine ganze Anzahl der verschiedensten Vereine aufzuweisen hat, die sich wiederum in ihrer Mehrheit naturgemäß aus Arbeitern zusammensetzen. Hier gilt es fortwährend agitatorisch auf diese Vereine dahingehend einzuwirken, daß dieselben zu ihren Veranstaltungen nur freie Lokale benutzen, oder aber die Benutzung eines Lokales davon abhängig machen, daß der betreffende Wirt seine Räume auch zu politischen und gewerkschaftlichen Versammlungen hergibt. Alle Willkür zu Veranstaltungen in gesperrten Lokalen sind stets entschieden zurückzuweisen.

An die Arbeitervereine der größeren Städte richten wir wiederum die Aufforderung, sich bei ihren jetzt wieder einsetzenden Ausflügen und Partien streng nach der Lokalliste zu richten, um dadurch unsere Genossen in den Provinzorten in ihrem äußerst schwierigen und opferreichen Lokallampfe wirksam zu unterstützen. Jeder muß dessen eingedenk sein, daß der Kampf um die Erringung von Versammlungsräumen ein Kampf um das Versammlungsrecht ist; wo uns Säle zu Versammlungen zur Verfügung stehen, dort können wir unser Versammlungsrecht erst wirklich ausüben. Deshalb:

Beachtet die Lokalliste!

Des Weiteren ersuchen wir die Vorstände und Komitees, bei allen ihren Veranstaltungen dafür zu sorgen, daß das notwendige Bedienungspersonal stets vom kostenlosen Arbeitsnachweis des Landes deutscher Gastwirtsgehilfen bezogen wird (Ordnerverwaltung Berlin, Große Hamburger Straße 18/19. Tel. Amt III, 1813.)

Außerdem ist es im eigenen Interesse der Vereine selbst dringend notwendig, daß allen Verträgen mit Lokalinhabern eine Klausel angefügt wird, monach für den Fall, daß das betreffende Lokal später für Arbeiterversammlungen verweigert werden sollte, der Vertrag seine Gültigkeit verliert.

Alle sonstigen Anfragen, Mitteilungen usw. sind stets durch die in der Lokalliste angegebenen Kommissionsmitglieder an den Obmann der Lokalkommission zu richten, soweit Lokale Berlins und der Kreise Nieder-Pommern, Pommern-Westpommern und Potsdam-Osthavelland in Frage kommen. Für die übrigen Provinzorte sind alle Anfragen direkt an den Obmann zu richten, in keinem Falle jedoch direkt an die Redaktion des „Vorwärts“; dies bitten wir zu beachten.

Zum Schluß ersuchen wir die Parteigenossen, die jeweilige Lokalliste stets bis zum Erscheinen der nächsten aufzubewahren, sowie von allen in der Zwischenzeit eintretenden etwaigen Änderungen Notiz zu nehmen. Für verlorene eingegangene Listen kann jederzeit Ersatz von allen Kommissionsmitgliedern bezogen werden.

Die Lokalkommission.

Borghagen-Rummelsburg. Am Sonntag, den 20. März, nachmittags 6 Uhr, findet eine Urantaborstellung statt. Zur Aufklärung gelangt: „Am Pinnengang des Ober-Engadin“. Willkür sind noch beim Genossen John, Karlshorster Straße 1, und in der „Vorwärts“-Redaktion, Alt-Borghagen 60, zum Preise von 65 Pf. entl. Garberode zu haben.

Wahlbörse (Döbahn). Heute abend 8 Uhr findet im Lokal des Herrn Linke, Brunowstraße, eine Versammlung statt. Außer einem Vortrage des Genossen Wähler-Dichtenberg über die Freiheitskämpfe im Jahre 1848 und die jetzige Wahlrechtsbewegung steht die bevorstehende Stichwahl zur Gemeindevertretung auf der Tagesordnung. Da in dieser Versammlung die von uns bei der Stichwahl zu ergreifenden Maßnahmen besprochen werden sollen, so darf kein Genosse und keine Genossin fehlen.

Die Bezirksleitung.

Alt-Ostend. Am Sonnabend, den 19. März, abends 8 Uhr, findet im Lokal von Troppe, Rudower Straße, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Bericht von der Kreis- und Verbandsgeneralversammlung. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Vereinsangelegenheit und Verschiedenes. Der Vorstand.

Seuthen. Am Sonntag, den 20. d. M., findet um 6 Uhr bei Lindemann (Dorfau) eine öffentliche Wählerversammlung statt. Heute, Freitag, 7 1/2 Uhr abends, ist eine sehr wichtige Flugblattverbreitung.

Nieder-Schönhausen. Am Sonntag, den 20. März, früh 8 Uhr, findet eine Handzettelverbreitung von den bekannten Stellen aus statt. In Anbetracht der Stichwahl sind die Genossen verpflichtet, zahlreiche zu erscheinen. Die Bezirksleitung.

Tegel. Heute, Freitag, den 18. März, abends 8 Uhr, findet in B. Trapps Pflanzl., Bahnhofsstr. 1, eine Volksversammlung statt. In dieser Versammlung sollen die ungeschlichen Maßnahmen anlässlich der letzten Gemeindevorwahlen öffentlich einer Kritik unterzogen werden. Der Bürgermeister ist zu dieser Versammlung brieflich eingeladen. Genossen und Genossinnen! Erscheint in Massen in dieser Versammlung. Die Bezirksleitung.

Wittenau. Am Sonntag, den 20. März, nachmittags 3 Uhr, findet im Lokal von Albert Schulze, Hauptstr. 56, eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Fendel über Gemeindepolitik. 2. Diskussion. 3. Aufstellung eines Gemeindevorwahlenkandidaten. — Parteigenossen, agitiert für starken Besuch.

Berliner Nachrichten.

Die Photographie im Dienst der Polizei

Spielt schon lange eine große Rolle. Seit vielen Jahren wird sie von den Beamten des Erkennungsdienstes angewendet und ein großes Verbrechenalbum auf dem Polizeipräsidium legt von der Verwendung der Photographie Zeugnis ab. Auch bei Kapitalverbrechen bedient sich die Kriminalpolizei vielfach der Hilfe der Photographie. Es ist auch nicht unbekannt, daß „politischer Umtriebe“ Verdächtige — wie es im polizeitechnischen Sinne heißt — gleichfalls schon auf dem Präsidium photographiert worden sind, besonders gegen Anarchisten wird dieses Verfahren gern beliebt. Weniger bekannt dürfte sein, daß auch im Observationsdienst der politischen Polizei schon länger mit dem Photographen auf der

Straße gearbeitet wird. Es gibt bestimmte Beamte, die einen kleinen Apparat mit einer Geheimkamera unter der Weste tragen. Das Objektiv (die Linse) ist so angebracht, daß es durch ein Knopfloch geht, so daß bestimmte Personen ganz unauffällig photographiert werden können.

Bekanntgeworden ist auch kürzlich, eine angeblich vom Minister des Innern ausgegangene Verfügung, daß bei politischen Anlässen von der Polizei auf der Straße Aufnahmen gemacht werden sollen. Die Berliner Polizei wird damit den Anfang machen und zwar schon heute anlässlich des 18. März bei Ansammlungen und dergleichen. Zur Anwendung werden kleine Handapparate kommen. Wichtiger wäre, die Polizeiattaden photographisch aufzunehmen, wenn Schulkleute zu Fuß oder zu Pferde auf wehrlose, fliehende Menschen einhauen, wie das am 6. März in Treptow geschehen ist.

Die Verstadtsichtigung des Arbeitsnachweises in Berlin wurde in der letzten Sitzung des Staatsausschusses besprochen. Diesmal war es ein bürgerliches Mitglied, das auf diesem Gebiete Kenntnis besitzt und der Ueberzeugung Ausdruck gab, daß auf die Dauer der gegenwärtige Zustand unhaltbar sei und eine Aenderung erheische. Nachdem viele deutsche Städte den Arbeitsnachweis in eigene Verwaltung genommen haben, könne Berlin nicht mehr zurückbleiben und es wurde beschlossen: Die Verstadtsichtigung ersucht den Magistrat zu erwägen, ob nicht der Arbeitsnachweis zu verstadtsichtigen sei. Unsere Genossen haben seit Jahren die Verstadtsichtigung des Arbeitsnachweises gefordert und auch diesbezügliche Anträge in der Stadtkonferenzversammlung gestellt, die aber Ablehnung erfuhren. Hoffentlich kommt aus den Erwägungen des Magistrats etwas Positives heraus.

Zum 1. Deutschen Kongress für Krüppelfürsorge, der am 31. März unter dem Vorsitz von Herrn Geh. Obermedizinalrat Prof. Dr. Dietrich in Berlin im Plenarsitzungsaal des preussischen Herrenhauses stattfindet, haben zahlreiche Bundesstaaten, Provinzen Landesdirektionen, Städte und Kreise ihre Vertretung zugesagt. Die Tagesordnung bringt Vorträge aus allen Gebieten der Krüppelfürsorge, der Orthopädie, Pädagogik, Armenpflege, religiösen und Laienliebeshätigkeit, sozialen Beschäftigung, ausländischen Krüppelfürsorge u. a. m. Auskunft erteilt die Geschäftsstelle, Berlin S. 50, Fontane-Promenade 10.

Die Volksschüler im Aquarium. Von den Sehenswürdigkeiten Berlins ist auch das Berliner Aquarium den Volksschülern unentgeltlich zugänglich. Es ist doch aber klar, daß mit dem Besuch des Aquariums nicht nur der eine Zweck erfüllt werden soll, daß der gestattete Besuch programmäßig abgefaßt wird, ähnlich wie man ein Abonnement im Theater abfaßt, wenn man einmal abonniert ist, sondern die Kinder sollen auch etwas von dem Besuch haben. Sie sollen vor allen Dingen etwas sehen können. Das ist aber oftmals gar nicht möglich. Namentlich gegen den Schluß des Semesters ist der Zutritt zum Aquarium außerordentlich stark. Es sind da an manchen Tagen so viele Klassen in dem Hause, daß oft die Kinder in vielen Reihen hintereinander stehen und sich drängen und stoßen und die wenigsten recht was sehen. Es läßt sich auch schlecht eine Ordnung bei so starkem Andrang aufrecht erhalten, zumal auf beiden Seiten etwas zu sehen ist. Die Schuldeputation hat schon angeordnet, daß die Klassen in der ersten Hälfte der Woche und die Mädchen in der zweiten Hälfte hingeführt werden sollen. So ist der Besuch doch wenigstens schon etwas verteilt. Empfehlenswert wäre es, wenn die Besuchstage für die einzelnen Klassen noch weiter festgelegt würden, und zwar regelmäßig über das ganze Semester verteilt, damit sich der Besuch nicht so gegen das Ende des Semesters staut, sonst könnte der Besuch überhaupt unterbleiben.

„Nur keine Ueberstürzung!“ Sehr oft und immer wieder ist darüber geklagt worden, daß in der Armenpflege unserer Stadt Berlin der Geschäftsgang ein zu langsamer sei. In der Tat ist da nicht selten der Grundsatz „Eile mit Weile“ so gewissenhaft befolgt worden, daß ein Dillinger verhungert sein konnte, ehe eine Entscheidung über sein Vitzgesuch zustande kam. Es wäre aber ein Verstum, wenn einer annehmen wollte, daß nur bei Erledigung von Unterhaltungsfragen so langsam gearbeitet werde. Auch die sonstigen Geschäfte unserer Armenverwaltung, die mit Schreiberlei verbunden sind, vertragen anscheinend keine Ueberstürzung. Ein Beispiel hierfür, das wir in der neuesten Nummer des „Gemeindeblatt“ finden, verdient weiteren Kreisen bekannt zu werden. Die Armenverwaltung veröffentlichen darin einen Bericht über eine Versammlung der Armenkommissionsvorsitzer. Wie man weiß, haben die Vorsitzer den Wunsch, daß ihnen die Vergütung, die sie für ihr eigenes Portemonnaie mit 300 M. pro Jahr aus dem Stadtsäckel empfangen, auf 450 M. erhöht werde. Als über diese Angelegenheit in der Vorsteherversammlung vom 22. Januar 1909 (nicht 1910) verhandelt wurde, gab es sehr erregte Streitereien. In der Stadtkonferenz vom 4. März 1909, wo der noch immer nicht beseitigte Widerstand vieler Armenkommissionen gegen die Erhöhung von Frauen gerügt wurde, erwähnte der Stadtkonferenz Hammerstein auch jene Ausfälle aus der Januarversammlung der Vorsitzer. Er sagte offen heraus, daß er sie als beschämend empfunden habe. Die Vorsitzer fühlten durch diese öffentliche Abkräftung sich gekränkt — sie sind überhaupt sehr empfindlich gegen unfreundliche Worte, die ein anderer ihnen sagt — und sie nahmen sich vor, Herrn Hammerstein den Kopf zu waschen. Das taten sie denn auch in ihrer Versammlung vom 19. November 1909, wo sie gegen ihn eine Resolution von verletzender Schärfe beschloßen. 8 1/2 Monate waren hingegangen, bis diese Kopfwäsche vorgenommen wurde. Doch Armenvorsitzer lieben es nun mal nicht, sich zu überstürzen. Auch die Armenverwaltung liebt das nicht. Nicht nur in wichtigen Dingen, sondern auch in unwichtigen hält sie es für ihre Pflicht, „mit Weile zu eilen“. So wird denn der Bericht über die Vorsteherversammlung vom 19. November 1909 als Mitteilung aus der Armenverwaltung veröffentlicht durch das „Gemeindeblatt“ vom letzten Sonntag, den 18. März 1910, nachdem inzwischen fast schon wieder 4 Monate hingegangen sind. Vorliebenden, die Hilfe suchen, wird das ein Trost sein und zur Verabgung dienen. Aus diesen Langsamkeitsproben werden sie ersehen, daß die Mühlen der Armenverwaltung nicht nur dann langsam mahlen, wenn Hungernde nach Brot schreien.

Die Lustbarkeitssteuer droht wieder.

In seiner Etatsrede hat der Vertreter der städtischen Finanzen in der Stadtkonferenzversammlung einen Fühler ausgestreckt, ob nicht doch eine Lustbarkeitssteuer für Berlin angebracht erscheine und die Mehrheit der Versammlung stimmte dem zu, obwohl eine solche Steuer vor einigen Jahren von der Stadtkonferenzversammlung abgelehnt worden ist. In der letzten Staatsauschusssitzung wurde wieder so nebenbei vom Räumlicher gefragt, ob er es jetzt wegen der, eine solche Steuer vorzuschlagen. Vertreter der großen Fraktionen erklärten, daß sie für die Zustimmung ihrer Freunde sorgen würden.

Dem Generel, vor allem dem Gastwirtsgerode, auch vielen Vereinen droht demnach eine neue Belastung und das, obgleich erst im Vorjahre das Abgeordnetenhaus nicht unerhebliche Besteuerungen von Lustbarkeiten beschlossen hat.

Eine Volkszählung soll Ende dieses Jahres wieder stattfinden. Für Berlin sind die vollständigen Ergebnisse der 1905 vorgenommenen

Volkszählung noch nicht heraus. Sie sollen aber, wie kürzlich von einem Magistratsvertreter bei Beratung des Etats des Statistischen Amtes versichert wurde, nunmehr erscheinen.

Ueberfahren und schwer verletzt wurde gestern morgen um 8 Uhr vor dem Hause Reinoldsdorferstraße Nr. 2 ein unbekannter Mann, dem Neuzer nach ein Arbeiter von etwa 35 bis 40 Jahren. Ein Schuhmann brachte den Verunglückten nach dem Virchow-Krankenhaus. Der Unbekannte ist 1,60 Meter groß und trug ein schwarzes Jackett und Weste, graugrüne Weinkleider und einen grünen, weichen Filzhut.

Beim Spielen ertrunken ist gestern nachmittag der 7 Jahre alte Sohn Arnold des Schleifers Sommerfeld aus der Köblinerstraße Nr. 14. Einem Verbot der Eltern zuwider ging der Knabe gestern nachmittag um 8 Uhr mit seinem 9 Jahre alten Bruder Hermann nach dem Nordhafen, um dort zu spielen. Beide gingen über die Brüstung, gingen die Treppe hinunter und liefen auf der schmalen Bordwand entlang. Plötzlich verlor Arnold das Gleichgewicht, fiel in den Hafen und ging unter. Ohne ein Wort zu sagen, lief Hermann vor Schreck davon und ging nach Hause. Aus Furcht vor Strafe verschwieg er das Unheil und erzählte, er habe seinen Bruder unterwegs verloren. Unterdessen hatte ein Bahnhüter, der von seiner Wunde aus den Vorgang sah, zwei Schiffer zu Hilfe gerufen. Diese machten sofort Rettungsversuche, fanden aber erst nach einer halben Stunde die Leiche des Knaben, die dann von der Revierpolizei nach dem Schauhaufe gebracht wurde. Sommerfeld suchte vergeblich seinen vermissten Sohn, bis ihm abends um 9 Uhr ein Schuhmann mitteilte, daß die Leiche eines im Nordhafen ertrunkenen Knaben nach dem Schauhaufe gebracht worden sei. Er begab sich dorthin und erkannte in dem Ertrunkenen seinen Sohn.

Durch einen Schuß in die Brust verlor sich gestern der 20 Jahre alte Handlungsreisende Kornelius Vermeulen in seinem möblierten Zimmer im Hause Georgenplatz Nr. 21 das Leben zu nehmen. Der junge Mann, der aus Holland stammt, kam vor einigen Tagen von Köln hierher, glaubte hier eine gute Stellung zu bekommen, fand sie aber schon besetzt. Nachdem er gestern von seinen Eltern aus der Heimat einen Brief bekommen hatte, griff er zum Revolver. Er wurde schwer verletzt nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht.

Zu dem von uns in der Dienstagnummer des „Vorwärts“ gemeldeten Bootsunfall am Mühlgraben ersucht uns der in der Notiz genannte Ruderklub „Hellas“ mitzuteilen, daß das betreffende Boot dem Ruderklub „Hellas“ gehörte. Seinen — dem Ruderklub „Hellas“ angehörenden Mitgliedern sei es bei Strafe des Ausschlusses verboten, bei gezogenem Wornungsboah die Mühlgraben zu besetzen.

Keugen gesucht. Personen, die gesehen haben, wie am 9. März 1907 ein Mann in der Oranienstraße unmittelbar vor der Reichsbank von einem Omnibus überfahren wurde, wobei ihm beide Beine gebrochen und er an der linken Hand verletzt wurde, werden gebeten, ihre Adresse abzugeben an Carl Kade, per Adr. Jahn, Koppenhagenstraße 5.

In der Volksschule am Dienstag im Gewerkschaftshaus ist ein Portemonnaie mit Inhalt verloren gegangen. Der Finder wird gebeten, dasselbe bei Pahl, Naunynstraße 30, abzugeben.

Vom eigenen Wagen überfahren und schwer verletzt wurde vorgestern der Kaufherr Hermann Richter aus der Brunowstraße 70. Er fuhr am Blücherplatz neben einem Straßenbahnzug der Linie 64 her und bog, einem anderen Gefährt ausweichend, nach rechts nach dem Bahnwagen hinüber. Hierbei stieß die aus Bauholz bestehende Ladung gegen den Motorwagen, die Fölzer verschoben sich, und dabei wurde der auf den Dreier sitzende Richter vom Wagen herabgeschleudert. Er fiel so unglücklich, daß er unter den letzteren geriet und von dem schweren Gefährt überfahren wurde. In bestunungslosem Zustande wurde Richter nach der Unfallstation am Tempelhofer Ufer gebracht, wo komplizierte Brüche beider Unterschenkel und anscheinend auch innere Verletzungen festgestellt wurden. Nach Anlegung von Rotverbänden wurde der Verunglückte nach dem Krankenhaus am Urban gebracht.

Vorort-Nachrichten.

Die Gemeindevahlbewegung.

Steglich. Eine sozialdemokratische Forderung in einer Gemeindeverwaltung durchzuführen, ohne daß ein einziger Parteigenosse der Gemeindevertretung angehört, ist immerhin eine Leistung, die sich selten lassen kann. Dieses Kunststück haben die hiesigen Parteigenossen fertiggebracht, indem sie dem Punkte unseres Programms, der die „Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem geschlichen Ruhetage“ fordert, praktische Geltung verschafften. Das war uns nur dadurch möglich, daß wir bei allen drei Wahlen sozialdemokratische Vorkämpfer in den Wahlvorstand entsandten, die nunmehr als Stichwahltag den Sonntag bestimmten. Der Stichwahlkampf in den beiden Ergänzungswahlen sowohl wie in der Ersatzwahl wird zwischen unseren Kandidaten und denen des Mietervereins ausgefochten. Der Mieterverein, der schon in der Hauptwahl von dem „Kommunalverein“ und dem neuen Hausbesitzerverein kräftig unterstützt wurde, wird in der Stichwahl wie in früheren Jahren, so auch diesmal aus den Kreisen des alten Hausbesitzervereins Zugang erhalten, denn im Kampfe gegen die Sozialdemokraten haben sich die Bürgerlichen noch stets zusammengefunden. Außerdem entfallen die Mietervereiner eine äußerst rühmliche Hausagitation. Das muß für unsere Genossen ein Ansporn sein, auch ihr Bestes einzusetzen, um den gemeinsamen Ansturm der Gegner abzuwehren. Am Sonntag, den 20. März, muß es gelingen, im 1. Bezirk (Wahllokal Turnhalle des Gemeindefchule in der Jahnstraße) unseren Kandidaten Gumburg, im 2. Bezirk (Wahllokal Turnhalle des Gymnasiums in der Seefeststraße) Genossen Leimbach zu Gemeindevertretern zu machen. Gelingt das, dann ist uns auch die Ersatzwahl am Montag, den 21. März, im 1. Bezirk sicher, dann wird Genosse Hymann der dritte im Bunde sein, um endlich einmal auch Arbeiterinteressen im Rathaus zu vertreten.

Lankwitz. Die Ersatzwahl zur Gemeindevertretung hat am hiesigen Orte noch zu keinem endgültigen Resultat geführt. Deshalb findet Montag, den 21. März, von 6 bis 9 Uhr nachmittags, Stichwahl zwischen dem konservativen Hildebrandt und unserm Genossen D. Franke statt. Nur wenn die Parteigenossen ihre volle Pflicht erfüllen, ist es möglich, den Sieg zu erringen. Es gilt daher, mit erneuter Kraft den Sieg vorzubereiten. Sonntag vormittag 10 Uhr findet zur Vorbereitung eine außerordentliche Mitgliederversammlung bei Ebel, Mühlenstraße, statt.

Genie, Freitag, 18. März, abends 8 1/2 Uhr, findet eine öffentliche Versammlung bei Prachtha, Viktoriaplatz statt in der Genosse Gruhl-Kawames über „Kommunale Aufgaben“ sprechen wird. Genossen! Zeigt durch rege Beteiligung Euer Interesse an der bevorstehenden Stichwahl.

Niederschönweide. Am Montag, den 21. d. M. nachmittags von 8 bis 8 Uhr, findet die Gemeindevorstandswahl der dritten Abteilung in der Turnhalle Haffelwerber Straße, Eingang Grünauer Straße, statt. Die Kandidaten der Sozialdemokratie sind die Genossen Paul Zöllner und Max Dehmel.

Am Sonntag, den 20. März, vormittags 10 Uhr, treffen sich die Genossen bei Dierscher, Berliner Straße 110, zur Flugblattverbreitung.

Reinickendorf-West. Heute nachmittags von 4 bis 8 Uhr findet im Lokal von Marks, Scharnweberstraße 88, die Ersatzwahl für den verstorbenen Genossen Waleika statt. Kandidat ist der Eigentümer Genosse Franz Vange. Die Genossen werden ersucht, die Säumigen noch aufzurufen, damit uns auch heute der Sieg zufällt. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet ausnahmsweise heute am Freitag im Lokal von Wördes, Ecke der Eichhorn- und Waldstraße, statt. Tagesordnung: 1. Bericht von der Verbandsgemeinschaft, 2. Verlesung des Wahlergebnisses, 3. Vereinangelegenheiten und Verschiedenes.

Reinickendorf. Heute findet die Gemeindevorstandswahl der zweiten und ersten Klasse statt. Wir haben keine Kandidaten aufgestellt und ersuchen unsere Genossen sich der Stimme zu enthalten.

Forstwald-Wittenau. Die Gemeindevorstandswahl für die dritte Klasse findet am 23. März, mittags von 12 bis 6 Uhr, im Restaurant von Albert Schulze, Wittenau, statt. Bis dahin werden die Genossen noch zu reger Agitation für den sozialdemokratischen Kandidaten aufgefordert.

Am Sonntag, den 20. März früh 8 1/2 Uhr, wird von dem bekannten Lokal aus ein auf die Gemeindevahl bezügliches Flugblatt verbreitet.

Tempelhof. Zum ersten Male hält die Sozialdemokratie ihren Einzug in das Dorfparlament des konservativen Tempelhof. Dieselbe Partei, die mit allen Mitteln stets zurückgehalten wurde, dringt nun gleich mit 3 Mann durch. Die Wahlen dauerten ununterbrochen 13 Stunden, trotzdem mußten noch Wähler, die in unserem Sinne gewählt hätten, abziehen, ohne ihr Wahlrecht ausgeübt zu haben. Das amtliche Wahlergebnis konnte erst am Mittwoch bekannt gegeben werden. Die Gesamtzahl der Wähler betrug 1008; hiervon haben unsere Kandidaten erhalten: Schmidt 668, Müller 550 und Franz 548. Die Gegner schleppten alles herbei, um uns in die Stichwahl zu drängen; sie haben ihr Ziel nicht erreicht. Die Steigerung der sozialdemokratischen Stimmen veranschaulichen folgende Zahlen:

Jahr	Sozialdemokratie	Gesamte Gegner
1908	157	524
1908	203	310
1910	558	510

Sensig bei Königswusterhausen. Bei der Gemeindevorstandswahl erhielt in der dritten Klasse der sozialdemokratische Kandidat 53 Stimmen. Ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt. In der zweiten Klasse wurde der bürgerliche Kandidat mit 12 gegen 9 sozialdemokratische Stimmen gewählt.

Sehlendorf (Wannseebahn). Der Leid der Gemeindevorstandswahl, die Wahlen im Südbereich an zwei Tagen anzusehen, hat den Erfolg gehabt, daß unsere Stimmzahl gegenüber der Wahl am Montag etwas herabgegangen ist; aber auch die der Gegner, und zwar viel bedeutender. Es erhielten hier unser Genosse Käfel 115 Stimmen, am Montag sind wir mit 144 in die Stichwahl gekommen; der Gegnerkreuzträger Clas 258 Stimmen gegenüber rund 850 Stimmen am Montag.

Unermüdet gut haben wir bei starker Beteiligung im Nordbezirk abgemittelt. Von 604 gültigen Stimmen erhielten Griebel 428, Lang (Beamtenvereinigung) 254, Denhardt 174 und unsere Genossen Kutta und Ullm je 170 Stimmen. Wenn man die gewaltige papierne Macht der Gegner in den Jorensenstimmen berücksichtigt, ist dieses Ergebnis um so höher anzuschlagen, als wir gegenüber der Wahl vor zwei Jahren in dieser Domäne des Reichs noch 39 Stimmen gewonnen haben. Da Stichwahl zwischen dem Beamtenkandidaten Lang und unserem Genossen Ullm stattgefunden hat, wird es sich bald zeigen, ob das hiesige Bürgertum gut genug besitzt, den unerhörtesten Beamtenterrorismus, der jemals verübt wurde, abguschütteln. Wenn die Herren ehrlich sind, dürfte ihnen nichts anderes übrig bleiben, als in der Stichwahl unseren Genossen Ullm im Südbereich und Genossen Ullm im Nordbezirk zu wählen. Den Herren Beamten können wir aber jetzt schon versichern, daß wir dafür sorgen werden, daß bei der Stichwahl der Zugang zwischen dem Wahllokal und ihrem Schlepplokal ebenfalls um 8 Uhr zu schließen ist.

Pankow. Die gestrige Gemeindevorstandswahl brachte uns keinen vollen Erfolg. Im 1. Bezirk erhielt der bürgerliche Kandidat 875, der sozialdemokratische Kandidat Genosse Winkler 793 Stimmen. Der Bürgerliche ist somit gewählt. Gegen die Wahl wird Protest eingelegt, weil die Listen zum Wahllokal schon vorzeitig geschlossen wurden. Der Bürgermeister selbst ordnete die Wiederöffnung an. Im 2. Bezirk erhielten auf den bürgerlichen Kandidaten 657, auf den sozialdemokratischen Kandidaten Genossen Wilhelm Kraß 558 Stimmen.

Reinickendorf. Im 1. (westlichen) Ortsteil siegte unser Genosse Oehl mit 668 Stimmen über den Bürgerlichen, der 11 Stimmen erhielt. Im 2. (mittleren) Ortsteil erhielten unsere Genossen Dopfner und Kühn 500 Stimmen, die Kandidaten der Grundbesitzervereine 80 Stimmen.

Heute, Freitag nachmittags, findet für den verstorbenen Genossen Waleika im Markschen Restaurant, Scharnweberstraße 88, die Ersatzwahl statt. Unser Kandidat ist der Genosse Franz Vange. Wir ersuchen alle Genossen, heute nochmals ihre Pflicht zu erfüllen. Der heutige Tag vollende, was der gestrige begonnen hat.

Hermisdorf. Die wir bereits kurz berichteten, hat die Gemeindevahl mit dem Siege unserer beiden Kandidaten, der Genossen Behrens und Brichmeyer, geendet. Die Zahl unserer Genossen im Gemeindeparlament erhöht sich somit von 1 auf 2. Die Wahlbeteiligung betrug nur 80 Proz., trotzdem hat sich die Arbeiterschaft diesmal stärker an der Gemeindevahl beteiligt als sonst. Soweit auch für die bürgerlichen Kandidaten vor und während der Wahl agitiert wurde, mußte es doch nichts; die Einwohnerschaft wollte von solchen politischen Gerüchten nichts wissen, und so siegten wir mit fast 100 Stimmen Mehrheit über die Gegner.

Witten-Deberichs. Bei der am Mittwoch stattgefundenen Gemeindevorstandswahl zur dritten Klasse wurde unser Genosse Schumann mit 175 gegen 97 Stimmen wiedergewählt. Bei der vor zwei Jahren erfolgten Ergänzungswahl erhielt derselbe 149, der Gegner 88 Stimmen. Der Erfolg ist um so höher einzuschätzen, als durch den von einigen Beamten der Firma Schwarztopf ausgeübten Terror ein Teil unserer Genossen den Ort verlassen mußte. Trotzdem sich der Herr Oberingenieur Rade vorgenommen hatte, nicht früher zu rufen, bis der letzte „Note“ unsern Ort verlassen hat, und die Rauschreizkolonne der Firma, unter Führung ihrer Obergelben, vollzählig erschienen, auch die Arbeiter der Bahn ihre Stimme abgaben, vermochten sie es nicht, uns unsern Sieg zu entreißen. Röge dieser Erfolg den Königswusterhausener Genossen bei der am nächsten Dienstag stattfindenden Wahl in ihrem Orte ein Ansporn sein, damit auch sie den Sieg über die Gegner davontragen.

Groß-Beßen (Kreis Teltow). Die Gemeindevahl in der dritten Abteilung brachte uns einen Sieg. Von 48 abgegebenen Stimmen erhielt unser Genosse Jander 23, der Gegner 21. Jander zieht als zweiter Sozialdemokrat in das Gemeindeparlament.

Rein-Beßen (Kreis Teltow). Auch hier endeten die Gemeindevahlen mit einem Siege der Sozialdemokratie. In der dritten Abteilung wurde Genosse Karl Starupke mit

15 gegen 6 Stimmen gewählt und in der zweiten Abteilung Genosse Wilhelm Starupke mit 8 gegen 3 Stimmen.

Blauen (Kreis Beeskow). Die Gemeindevahlen brachten uns einen glänzenden Sieg. In der dritten Abteilung wurde der Genosse Otto Grahnitz mit 34 gegen 11 Stimmen gewählt. In der zweiten Abteilung trugen unsere Genossen Kothke und Kälper den Sieg davon. Ersterer erhielt 14, letzterer 10 Stimmen; da noch auf einen bürgerlichen Kandidaten 10 Stimmen entfallen waren, mußte die Auslosung entscheiden, die zu unseren Gunsten ausfiel. Es sitzen nunmehr 3 Sozialdemokraten im Gemeindeparlament, das aus 12 Gemeindevorstellern besteht.

Gladow a. Havel. Bei der gestern hier stattgefundenen Gemeindevahl in der dritten Abteilung wurde unser Genosse Wenkel mit 30 gegen 26 bürgerliche Stimmen gewählt. Damit zieht der erste Sozialdemokrat in die Gemeindevorstellung ein.

Wilhelmsruh. Bei der gestrigen Gemeindevorstandswahl der dritten Abteilung im 1. Bezirk wurde der sozialdemokratische Kandidat Genosse Robert Pasched, mit 288 Stimmen gewählt. Der gegnerische Kandidat erhielt 42 Stimmen. Gegenüber der letzten Wahl hat die Sozialdemokratie 105 Stimmen zugenommen.

Wohndorf. Die Gemeindevorstandswahl der dritten Abteilung endete mit dem Siege der Sozialdemokratie. Von 148 eingeschriebenen Wählern übten 76 ihr Wahlrecht aus. Unser Kandidat, Genosse Schiffe, erhielt 50 Stimmen, die beiden gegnerischen Kandidaten zusammen 20 Stimmen. Der zu Wählende mußte Angefessener sein. Diese Eigenschaft traf bei unserem Genossen als Vertreter der Baugenossenschaft „Paradies“ zu. Der Gemeindevorsteher erklärte jedoch die auf unseren Kandidaten entfallenen Stimmen für ungültig und einen der bürgerlichen Kandidaten für gewählt. Unsere Genossen protestierten gegen das ungesetzliche Vorgehen des Gemeindevorstehers, indem sie darauf hinwiesen, daß nach den Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts der Vertreter einer Genossenschaft als Angefessener gilt. Der Gemeindevorsteher ließ sich nicht bewegen, von seinem ungesetzlichen Vorgehen Abstand zu nehmen; er berief sich dabei auf den Landrat, zu dem er zwecks Information in dieser Angelegenheit hingefahren war. Der Landrat habe ihm erklärt, daß der Vertreter einer Genossenschaft nicht als Angefessener zu gelten habe. Uns will das ganz unüberhörlich erscheinen, wie der Landrat eine derartige Auskunft geben konnte. Selbstverständlich wird gegen den als gewählt erklärten bürgerlichen Kandidaten Protest eingelegt werden.

Rixdorf. Aufsehen erregte es am Dienstag früh an der Lohmühlendrücke, als das bei dem Schlächtermeister Schmiedel, Friedelstraße 23, dienende Mädchen, angeblich die Schwester der Frau Sch., in den Kanal sprang, um sich das Leben zu nehmen. Die Lebensmüde wurde von Passanten aus dem Wasser gezogen. Sofort angelegte Wiederbelebungsversuche hatten Erfolg. Das Mädchen wurde alsdann nach dem Krankenhaus überführt. Wie verlautet, soll das Mädchen über schlechte Behandlung im Dienst geklagt haben.

Heute abend 8 Uhr findet in Hoppes Festsaal, Hermannstraße 49, die Märkteier statt. Durch Chorgesang wird der bekannte Männergesangsverein „Rixdorf“ die Feier einleiten. Die Festrede hält der Reichstagsabgeordnete Genosse Eichhorn. Ferner Negitation von Freiheitsgedichten. Da weder Kosten noch Mühe gescheut sind, diesen Abend ganz besonders eindrucksvoll zu gestalten, wird um guten Besuch ersucht. Der Eintritt kann jedoch nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches erfolgen.

Schöneberg. In der letzten Sitzung der Gewerkschaftskommission teilte der Obmann den Delegierten mit, daß in den Kommissionsitzungen des öfteren Vorträge über die Sozialgesetzgebung gehalten werden können. Zu diesen Sitzungen sollen auch die Vertrauensleute der Betriebe eingeladen werden. Des weiteren sollen Ansuß- und Unterhaltungsabende veranstaltet werden. Diese Vorschläge fanden einstimmige Annahme. Am 23. April findet bereits ein Unterhaltungsabend statt. Zur Aufführung gelangt Max Halbes „Jugend“ durch Herrn Bailotte. Der Eintrittspreis wird auf 75 Pf. festgesetzt. Für die Jugendbilden sind ermäßigte Preise vorgeschlagen. Hieran teilte der Obmann mit, daß der von den Transportarbeitern vorgeschlagene Gewerkschaftsbeitrag durch ein Schreiben an den Magistrat seine Wahl abgelehnt habe, ein Vorgehen, durch den die Kommission leider recht unangenehm berührt wurde. Die Delegierten und Vertreter müssen es sich zur Pflicht machen, aus ihren Reihen nur solche Kollegen in Vorschlag zu bringen, die sich auch der Bedeutung bei der Übernahme eines solchen Amtes voll bewußt sind, damit künftig etwas derartiges vermieden wird. — Eine Beschwerde gegen den hiesigen Arbeitsnachweis wird der Arbeitsnachweiskommission überwiesen. Genosse Herter, als Mitglied genannter Kommission, berichtete aus der letzten Sitzung, daß die geplante Erweiterung des Aufenthaltsraumes im Arbeitsnachweise bis zum Herbst zurückgestellt worden sei. — Der Vertreter der Bäcker teilte mit, daß die organisierten Bäcker rote Legitimationskarten bei sich führen, und ersuchte die Delegierten, dieses Bedürfnis zu wahren.

Charlottenburg. Zur Heilweihfrage nahm eine der letzten Sitzungen der Hochbau-Deputation Stellung. Diesmal mit größerem Erfolg wie früher. Es wurde nämlich nach längerer gegenseitiger Aussprache beschlossen, bis auf die Dauer von drei Jahren auf allen städtischen Bauten die Verwendung von bleiweihhaltigen Farben nicht mehr zuzulassen. Die während der Dauer dieses dreijährigen Verbotes gemachten Erfahrungen sollen dann geprüft werden, um eventuell die Verwendung von bleiweihhaltigen Farben auf städtischen Bauten dauernd zu verbieten. Auch sollen in der Zwischenzeit die mit dem bleiweihhaltigen in der Schweiz erlangten Resultate untersucht und bei der endgültigen Entscheidung über diese Frage berücksichtigt werden. — In letzter Linie ist dieser Erfolg, der in dem Beschlusse der Hochbau-Deputation liegt, zurückzuführen auf die immer von neuem gegebenen Anregungen unserer Genossen in der Deputation.

Ein äußerst stimmungsvoller Märkteier veranstaltete der Wahlverein am Dienstag im großen Saale des Volkshauses. Die in Reihen herangehenden Genossen und Genossinnen bewiesen, daß, ganz gleichgültig unter welchem Titel eine Veranstaltung vor sich geht, eine Zusammenkunft klassenbewußter Arbeiter in der gegenwärtigen Zeit sich ohne weiteres zu einer Willensfindung zur Erringung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts gestaltet. Der Vortragende, Genosse Will, hob das auch in seinen einleitenden Worten hervor und betonte, daß alle Anwesenden von den gleichen Gedanken befeuert sind wie die Teilnehmer der Groß-Berliner Versammlungen. — Der Saal und die Galerie waren bis auf den letzten Platz besetzt, sogar außerhalb des Saales hatten die Genossen, aus Tischen und Stühlen bestehend, Posto gefaßt. Die Polizei sperrte bald den Zugang zum Saal. — Nach der Wiederkehr des herrlichen freilichtlichen Gedächtnisses „Die Revolution“ durch den Reichstagsabgeordneten Genossen Wed und nach dem durch die „Charlottenburger Liebertafel“ vorgetragenen Liede „Dem Lenz entgegen“ ließ Genosse Wed in seinem Vortragsvortrag die Ereignisse des großen Jahres 1848, insbesondere die baltische Revolution 1848/49 in Wort und Bild an den Anwesenden vorüberziehen. Der Vortrag fesselte die Zuhörer bis zuletzt. Ingrim und Born mußten ja eben erfüllen bei dem Gedanken an die traurigen Zustände, die trotz alledem noch heute in Preußen herrschen, bei dem Gedanken daran, daß nach den schweren Kämpfen vor mehr als 60 Jahren heute noch eine Schlacht bei Treptow möglich ist. Nach einem Schlusswort des Genossen Will schloß die impulsive Feier mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie. Mit Staunen sah man beim Verlassen des Volkshauses, daß wieder die gesamte Polizeimacht Charlottenburgs aufgestellt war, sogar die sonst im Bureau arbeitenden Schulleute hatten Dienst. Ueberall, bis zum „Anio“ herunter, leuchteten die Pflichten der beiden Ordnungsmänner. Gläubten sie an

einen Spaziergang nach dem „Großen Stern“? Hatten sie auch die Glockenstühle gut verwahrt? Wir wissen es nicht. Zu tun befehlen sie jedenfalls nicht.

Ober-Schönweide. Gemeindevorstandswahl. Die Beratung einzelner Spezial-etats wird fortgesetzt. Beim Volkschulwesen wurde vom Genossen Brunow beantragt, daß aus den Erzeugnissen der Hochschule bedürftigen Kindern warmes Mittagessen verabfolgt werde. Vom Gemeindevorsteher wurde der Antrag als überflüssig bezeichnet insofern, als er im Verwaltungswege bereits im Sinne des Beschlusses verfaßt. Dies entspricht jedoch nicht den Tatsachen, nur in einer Schule, und zwar auch dort nur auf Veranlassung des Direktors, wird davon Gebrauch gemacht. Der Eifer, mit welchem der Vorsteher sich gegen Annahme des Antrages wandte, war jedenfalls einer besseren Sache würdig. Die bürgerlichen Vertreter, sozusagen wie immer, wollten ihren Präses nicht im Stich lassen und lehnten den Antrag ab, trotzdem er sonst ihren Beifall fand. Ein weiterer Antrag des Genossen Brunow, betreffend Einrichtung einer Volksschule für schwachbegabte und mit Gebrechen behaftete Kinder, wurde abgelehnt, nachdem der Gemeindevorsteher auf die finanzielle Not der Gemeinde verwiesen hatte. Damit orientiert man, wenn es die Volksschule angeht; bei der höheren Schule hingegen wird nicht zu teuer. Die Volksschüler mögen, zusammengesetzt in großen Klassen, auch weiter darunter leiden, daß der Unterricht durch schwachbegabte Kinder gehemmt wird. Es wird sich ja zeigen, ob die Herren bei der weiteren Etatsberatung auch auf die Finanzen Rücksicht nehmen werden, wenn unsere Genossen die Streichung der Kirchenbeiträge in Höhe von 4000 M. beantragen werden. Die neue Biersteuer-Vollage wurde gegen die Stimme unseres Genossen angenommen. Sehr weise war hier wieder der Ausdruck des Gemeindevorstehers, diese Steuer würde ja doch von den Brauereien getragen, als ob der Preis des Bieres nicht fortwährend gerade infolge der Steuern stiege. Einem Vergleich mit der Firma Hülster betr. Kosten der Lagerung des Spreuers wurde zugestimmt; danach trägt die Gemeinde 1/3 und die Firma 2/3 der Kosten. Für die Einführung des Nachttelefons ab 1. April wurden 555 M. als Garantiesumme bewilligt.

Voghen-Nummersburg. Staatsberatung in der Gemeindevorstellung. In der Sitzung hat bei überfüllter Zuhörertribüne die Beratung des Etatsvoranschlags für 1910/1911 ihren Anfang genommen. Einleitend führte der Bürgermeister Dr. Hoff hierzu aus, daß der diesmalige Voranschlag ein recht wenig günstiges Bild darstellt. Die Gesamtsumme von 3300 600 M. welche von der des Vorjahres verhältnismäßig nur ein geringes ab. Der Gemeindevorstand habe mit der größten Vorsicht und Gewissenhaftigkeit die Aufstellung des Voranschlags vorgenommen, trotzdem sei nicht zu umgehen gewesen, daß die Steuern nicht unerheblich erhöht werden mußten. So mußte eine Erhöhung bei der Gemeindefinanzsteuer von jetzt 125 Proz. auf 135 Proz., und bei der Grundwertsteuer von 3 1/2 bei bebauten und 6 1/2 Proz. bei unbebauten Grundstücken auf 3 1/2 und 7 Proz. pro Hektar vorgenommen werden. Die Gewerbesteuer soll in den Klassen I bis III eine Erhöhung auf 250 Proz. erfahren, auch sei die Erhöhung der Kanalisationsabgaben nicht zu umgehen. Doch trotzdem noch aus Fondsmitteln 115 000 M. entnommen werden müssen, sei ein Beweis für die derzeitige finanzielle Schwäche der Gemeinde, die ihre Hauptursache mit darin hat, daß der Gemeinde rentable Werke, wie Gas- und Elektrizitätswerke, fehlen. Außerdem bedeuten die Erhöhung der Lehrergehälter und der Gehaltsaufschlag für die Polizeikosten — weicht letztere von 30 000 auf 75 000 Mark gestiegen sind —, wie andererseits der Fortfall der Staatszuschüsse zu den Volksschulstellen für die Gemeinde erhebliche Mehrkosten, denen Einnahmen nicht gegenüberstehen.

Genosse John, welcher den Voranschlag von der kritischen Seite aus beleuchtete, konnte in seinen Ausführungen den Nachweis führen, daß die augenblicklich schlechte Finanzlage mit ihrer Hauptursache in der von den Grundbesitzervereinsvertretern unter Führung des Gemeindevorstandes schon seit Jahren leidet mit Erfolg betriebenen künstlichen Herabsetzung des Gemeindefinanzsteuerauschlages zu suchen sei. Daß der jetzige Tiefstand in den Gemeindefinanzen eintreten mußte, das haben die sozialdemokratischen Vertreter schon seit Jahren bei jeder Staatsberatung warnend dargelegt.

Die Verantwortung, daß nunmehr die Ausgleichsfonds ausgeplündert sind und der Etat nur noch durch erhöhte Steuerlasten zum Balanzieren gebracht werden kann, trage allein die bürgerliche Verwaltung. — In den einzelnen Kapiteln des Etats beantragte unser Vertreter u. a.: Einführung der Unentgeltlichkeit des Bestattungswesens, wie die unentgeltliche Abgabe der Vermittel für die Volksschüler, und Fortführung der Wittwenpension bedürftiger Schulkinder, sowie Einstellung eines größeren Betrages für die Ferienkolonie und bessere Ausgestaltung des Gesundheitswesens. Den für diese Positionen eingestellten Gesamtausgabebetrag von 12 300 M. (pro Kopf der Bevölkerung 23 Pf.), verteilt auf die äußerst notwendigen sozialen Einrichtungen, wie Ferienkolonie 4500 M., Tuberkulosefürsorge 1800 M., Verköstigung der Kindererziehlichen 1500 M., Lernmittel an Bedürftige 3000 M. und 1500 Mark an den Verein Frauenhilfe für warme Frühstückskost an bedürftige Schulkinder, bezeichnet Redner für eine Gemeinde wie Nummersburg mit über 60 000 Einwohnern und einem Etat von über 8 1/2 Millionen als beschämend klein. Wenn dagegen andererseits in Betracht gezogen wird, daß der besserstehenden Bevölkerung allein zur Unterhaltung der höheren Schulen ein Gemeindefiskus von 140 800 M. gewährt wird, so zeichnen sich dagegen die Armen, die den ärmeren Bevölkerungsschichten gnädig geboten werden, von einer recht betrübenden Seite. Ferner tritt Redner für die Erweiterung der Volksbibliothek und für die Vergrößerung und besseren Ausgestaltung des Kinderhortes ein. Auch die stellenweise noch vorhandenen miserablen Bürgersteige unterzog Redner einer scharfen Kritik. Beim Kapitel „höhere Schulen“ beantragt unser Genosse zur Gründung der Finanzhochschule, die Aushebung der Vorklassiker an den einzelnen höheren Lehranstalten sowie auch den Abbau des Lehrerinnenseminars, welche letzteres zurzeit schon bei 55 Schülerinnen, wovon nur 4 einheimische sind, einen Zuschuß von über 8000 M. erfordert. Die 6 Vorklassiker an dem Gymnasium und die 6 Vorklassiker an der höheren Mädchen-schule erfordern zusammen einen Zuschuß von über 42 000 M. Ebenso erfordern die 4 Vorklassiker der Mittelschule bereits einen Zuschuß von 16 000 M. Beim Kapitel „Gemeindevorwaltung“ kritisierte Genosse John scharf, daß die im Vorjahre der Gemeindevorstand beantragten Gehaltserhöhungen nicht in voller Höhe ausgegahlt worden sind. Die Position „Polizeikosten“ (75 000 M., im Vorjahre 80 000 M.) gab unserem Redner Veranlassung, die Anwartschaft der Polizei in Treptow und die dadurch bewirkte Entziehung der Sicherheitsorgane aus dem Orte, in Verbindung mit der Frage, welche Rechte der Gemeinde für die Teuerung der nicht unerheblichen Polizeikosten eigentlich zustehen, in den Bereich seiner Kritik zu ziehen.

Beim Kapitel „Volksschulen“ ersuchte Redner um die Einführung von Handfertigkeitsunterricht und um Einschub von Mitteln für Schulausflüge, wie auch um eine andere übersichtlichere Ausgestaltung der Schularztsberichte. Beim Kapitel „Straßenverwaltung“ wünscht Genosse John eine bessere Pflege der Straßenbäume. Ferner verlangt Redner, daß wegen der Schrumpfung der Gemeinde durch die Stadt Berlin bei der Berechnung des Gasverbrauches für die Straßenbeleuchtung nach dem Verbrauch der bereits über 10 Jahre nicht mehr vorhandenen Schnittbrenner — statt nach dem jetzigen wirklichen Verbrauch — ein einschneidendes Voto eingelegt werden muß.

Beim Kapitel „Verkehrswesen“ übte unser Genosse noch daran Kritik, daß für das vor drei Jahren beschlossene Volkshaus in diesem Jahre ganze 10 M. in den Etat eingestellt worden sind, auch bemängelt Redner, daß die vor einem Jahre beschlossene Bedürfnisanstalt noch nicht errichtet ist und auch sonst allem Anscheine nach recht langsam in der Bauverwaltung gearbeitet wird. Im Besonderen kam dann Genosse John noch auf die Wahlen zum

Gemeindevorstand wie zur Schuldeputation zu sprechen, da bei diesen beiden Wahlen die bürgerlichen Vertreter sich immer damit entschuldigen, daß es zwecklos sei, für unsere Kandidaten zu stimmen, da dieselben doch nicht bestätigt werden würden. Als Redner nun in scharfer Weise darauf hinwies, daß dies leere Ausreden, heuchlerische Phrasen seien, was sie durch die Wahlen zum Kreisrat und Sanalisationsausschuß, wo eine Bestätigung nicht erforderlich ist, klar bewiesen haben, war beschämendes Schweigen die Antwort. Nachdem Genosse Berger noch besonders für einen höheren Betrag für die Speisung bedürftiger Schulkinder eingetreten war und gleichzeitig warm für bessere Ausgestaltung des Gesundheitswesens plädierte, nahm der Bürgermeister das Wort zu einer kurzen Erwiderung. Leider beschränkte sich derselbe in seinen Ausführungen auf ein paar wenige Beschwerdepunkte; so erklärte er mehrmals, daß er die Verantwortung den betreffenden Deputierten überlassen müsse, da dieselben aber leider nicht anwesend waren, so konnte auch eine Verantwortung nicht erfolgen. Die Nichtausführung des Baues der schlechte Beschaffenheit des Kinderhortes entschuldigte er mit dem Mangel an Geld. Das Lehrerinnenseminar erfuhr der Bürgermeister vorläufig noch nicht eingehen zu lassen, da er noch die Hoffnung hat, die Sache werde sich bessern.

Unter welchen Vorbedingungen mitunter fliegende Polizeiwachen bei Wahlrechtüberprüfungen in Lokalen untergebracht werden, davon gibt die am letzten Dienstag aus Anlaß der im Café Bellevue tagenden Wahlrechtüberprüfung im Lokale der Witwe Schonert illustrierte Polizeiwache einen Beweis. Erschienen da mit einem mal ein paar Schulkinder, von denen der eine ein Bußgeld in der Hand trug, mit der Erklärung, daß sie eine kleine Geburtstagsfeier abhalten wollten, nach und nach hatten sich zu dieser angeblichen Geburtstagsfeier an die zwanzig Schulkinder eingefunden. Als die Wirtin durch Gäste darauf aufmerksam gemacht, nun auch gewahrt wurde, daß die in einem besonderen Raum untergebrachten Geburtstagsfeier — alles weniger als eine Geburtstagsfeier abhielten, — soll die Frau Schonert dem führenden Wachtmeister ihren Unwillen über ein solches Eindringen in ihr Lokal ausgesprochen haben. Tatsächlich sogen nunmehr die Schulkinder, da inzwischen auch die Versammlung im Café Bellevue beendet war und eine Gelegenheit für sie zum Einhängen auf etwaige Demonstrationen sich nicht bot, wie die betrübten Rohgerber von dommen. Ferner hat die Frau Schonert der Lichterberger Polizeidirektion die schriftliche Mitteilung zugehen lassen, daß sie in Zukunft ihre Räume auf keinen Fall für eine fliegende Wache wieder hergeben werde.

Weissenfee.

Die Vorberatungen zum Etat für 1910 sind in der Kommission beendet. Nicht alle Wünsche der einzelnen Interessenten auf Erlass von Steuern konnten berücksichtigt werden, wollte man den Kommunalaufschlag nicht erhöhen. Die ordentliche Verwaltung schließt mit 3 075 765 M., die außerordentliche Verwaltung mit 900 000 M. ab. Der Wert der Liegenschaften ist auf 121 500 000 Mark veranschlagt, und zwar 87 Millionen Mark für unbebaute und 34 1/2 Millionen Mark für bebaut. Die allgemeine Verwaltung erfordert einen Zuschuß von 358 928,82 M., die Kapital- und Schuldenverwaltung einen Zuschuß von 334 216,68 M. Die Gemeindegemeinschaft bringen einen Ueberschuß von 48 641 M., die Steuerverwaltung einen solchen von 1 271 341 M. Der Zuschuß der Schulverwaltung beträgt 437 756,50 M., der der Armenverwaltung 105 516 M.; für die Wohlfahrtsvereine werden 13 794 Mark gefordert. Die Verwaltung der Straßen und Plätze verlangt 57 750 M.; der Kanalisationsekt balanziert mit 269 000 M., der Wassersekt mit 243 000 M.; die Wasserreinigung liefert einen Ueberschuß von 13 200 M., der Ekt der Friedhöfe einen solchen von 4580 M. Das Fleischschauamt balanziert mit 74 235 M. Die Plenumberatungen sollen in zwei Tagen erledigt werden, und zwar am 23. und 24. März.

Spandan.

Schwer verunglückt ist am Dienstagmorgen der vierjährige Sohn des Arbeiters Rajewski aus der Weihenburger Straße. Der Knabe hatte mit anderen Kindern eine in der Ostelstraße auf einem Feldbahngleise stehende Lokomotive in Bewegung gesetzt, alsdann sprangen die Kinder auf und fuhren eine Strecke mit. Hierbei stürzte der Kleine ab, wurde von der Lokomotive überfahren und ihm ein Unterschenkel zer splittert. Das Kind wurde nach Auflegung eines Rotverbandes in das städtische Krankenhaus geschafft.

Notdamm.

Stadtverordnetenversammlung. Das Ortsstatut für die neu eingeführte obligatorische Fortbildungsschule für weibliche Angestellte des Kaufmannstandes hat die Genehmigung nicht gefunden. Man erklärte sich mit folgenden Änderungen einverstanden: die Entscheidung, ob ein anderweiter Unterricht als Ersatz für den Fortbildungsschulunterricht angesehen werden kann, steht dem Regierungspräsidenten und nicht dem Schulvorstande zu. Der Unterricht hat stattzufinden in der Zeit von vormittags 8 Uhr bis spätestens 5 Uhr nachmittags; das Schulgeld beträgt jährlich 24 M.

Auch hat die neue Hundesteuerordnung keine Genehmigung gefunden. Nach einer Kabinettsordre von 1899 müssen die Hunde zur Bewachung und zu gewerblichen Zwecken steuerfrei bleiben. Der Magistrat soll den Klageweg hiergegen beschreiten.

Den Lehrern an dem Realgymnasium und der Realschule sollen die Gehälter für 1908 jetzt nachgezahlt werden, weil für diese Schulen ein Staatszuschuß gewährt wird. Sowohl für die Lehrer mit der gleichen Qualifikation der höheren Mädchenschule wie für alle seminaristisch gebildeten Lehrer (die also in ihrem Gehalte bedeutend niedriger stehen) wird diese Nachzahlung nicht stattfinden. Dem Pädagogischen Verein wurden zur Bekämpfung der Schuldenliteratur für eine Jugendschriftenausstellung 100 M. und der freiwilligen Feuerwehr anlässlich ihres 25-jährigen Bestehens 800 M. zu den Festlichkeiten bewilligt. In der Charlottenschule wird, wie in den Gemeindegemeinschaften, ein Handabhaltungsunterricht eingeführt.

Da sich die bisherigen Alarmeinrichtungen für die Feuerwehr, hauptsächlich zur Nachtzeit, als ungenügend erwiesen haben, wird eine besondere Einrichtung geschaffen (Morse-Sicherheitsystem). Auf Antrag des Stadtv. Männer sollen aber die Kosten von 31 000 M. nicht aus der aufzunehmenden Anleihe, sondern aus laufenden Staatsmitteln entnommen werden. Man will einen Teil der Ueberschüsse der Sparkasse dazu verwenden. — Der Erhebung der Biersteuer wird zugestimmt und dieselbe als Fabriksteuer festgesetzt

auf 30 Pf. für den Hektoliter leichteren und schweren Bieres.

Die Gesamteinnahme daraus soll 53 000 M. betragen. Nachdem man in der vorigen Sitzung einem Stadtschreiber den Titel „Bureau- direktor“ verliehen hatte, beehrte man diesmal den Brandmeister mit dem Titel „Brandinspektor“.

Die Untersuchung über die Ursache der Gaseplosion in der Gardedukurskloseturne hat zu dem Ergebnis geführt, daß es sich um einen Akt groben Unfalls handelt. Der Gasmann in der Latrine 77 war nämlich mit Gewalt abgedrückt und zweifellos hat der Täter aus Unvorsichtigkeit gehandelt. Die Verletzungen stellen sich jetzt als sehr bedenklich heraus. Ueber die Person des Täters ist nichts bekannt. Es kann aber nur ein Soldat in Frage kommen, der gegen Witternacht den Klosettraum aufgesucht hat, da vorher Licht im Abort gebrannt worden ist.

Wöchentlich Marktbericht der städtischen Marktstellen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktlage: Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft schleppend, Preise für Schweinefleisch nachgebend, sonst unverändert. Milch: Zufuhr sehr schwach, Geschäft lebhaft, Preise fest. Getreide: Zufuhr etwas reichlicher, Geschäft lebhaft, Preise gut. Fisch: Zufuhr genügend, Geschäft teilweise reger, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Saisongüter: Zufuhr genügend, Geschäft in Saisongütern und Obst reger, Preise wenig verändert.

Vermischtes.

Die Bergweilungstakt eines Defraudanten. Aus Hirschberg i. Schl. wird vom gestrigen Tage gemeldet: Heute morgen versuchte sich nach Unterschlagung von etwa 10 000 M. der Buchhalter und Kassierer der hiesigen Gasanstalt durch einen Schuß in die Schläfe zu entleiben. Es ist wenig Hoffnung vorhanden, ihn am Leben zu erhalten.

Vergleute verschüttet. Einer Meldung aus Järzje zufolge wurden auf dem Delbrückswald in verloffener Nacht durch einen Kohlensturz mehrere Vergleute verschüttet. Ein Mann ist tot, die übrigen konnten geborgen werden und sind nur leicht verletzt.

Grubenbrände. Wie aus Vesoul (Frankreich) berichtet wird, ist in dem Kohlenbergwerk von Ronchamp, wo Vergleute mehrere Wochen hindurch streikten, eine Feuersbrunst ausgebrochen, die trotz aller Bemühungen bisher nicht gelöscht werden konnte. Nach Ansicht von Sachleuten ist der Brand auf Selbstentzündung zurückzuführen und dadurch verursacht, daß das Bergwerk nicht instand gehalten werden konnte.

Einer Meldung aus Halifax (Neuschottland) zufolge wütete in einer Kohlengrube in Stellarton seit einigen Tagen ein Brand, der trotz aller Anstrengungen der Feuerwehre noch nicht gelöscht werden konnte. Durch die sich entwickelnden Gase kamen mehrere Personen zu Schaden.

Torpedobootszerstörer zusammengestoßen. Aus Devonport wird vom gestrigen Tage gemeldet: Die Torpedobootszerstörer „Racehorse“ und „Ostrich“ sind auf einer Übungsfahrt zusammengestoßen; die Schiffe sind gestern abend in stark beschädigtem Zustande hier eingelaufen.

Eine Explosion. Aus London wird gemeldet: In Wexham (Irland) erfolgte gestern nachmittags in Kynochs Schießwerk eine Explosion; zwei Personen wurden getötet, mehrere verletzt.

Das Kaiser Theater zerstört. Nach einer Meldung aus Gms entstand in dem Kaisercafé Feuer, das auf das Theater übergrang. Das Theater ist niedergebrannt und eingestürzt. Personen wurden nicht verletzt.

Marmeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (V. S. D. Hamburg). Filiale Berlin 6. Sonnabend, den 19. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Karlowitz, Bernauer Straße 63: Mitglieder-Versammlung. — Filiale Ziegel, Sonnabend, den 19. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Kollies, Berliner Str. 92: Mitglieder-Versammlung. **Arbeiter-Schachklub.** Abt. Lichtberg bei Wilm Montag 1/9 Uhr Spielabend. Neben Dienstag 1/9 Uhr: Abt. Wedding bei Schult, Marienstraße 13b; Abt. O. I bei Böh, Haderdorfer Str. 26; Abt. Altbau bei Stahmann, Reuterstr. 46. Neben Donnerstag 1/9 Uhr: Abt. Zentrum bei Freiheit, Dragonerstr. 15; Abt. Roßni bei Pöckel, Ringstr. 25. Neben Freitag 1/9 Uhr: Abt. Nord-West bei Lamprecht, Genthstr. 10; Abt. Gesundbrunnen bei Hirsch, Drontheimer Straße 4; Abt. Schönhauser Allee bei Wegang, Gaudstr. 3. Neben Sonnabend 1/9 Uhr: Abt. Wallstraße bei Böckrenhoff, West- und Wiedomstrahlen-Öde. In allen Abteilungen Sonnabend freier Schachspieltag.

Stationen	Warenart	Warenmenge	Warenwert	Stationen	Warenart	Warenmenge	Warenwert
Stettin	725 000	5 bedekt	4	Opparanda	712 000	4 Schneer	— 3
Danzig	754 000	6 bedekt	4	Wetzlar	753 000	2 bedekt	0
Berlin	736 000	3 wolkalt	1	Seitz	761 000	2 wolkalt	0
Frankfurt	768 000	3 bedekt	0	Aberden	753 000	1 bedekt	4
Hamburg	765 000	3 wolkalt	4	Wetz	765 000	2 wolkalt	1
Wien	769 000	3 bedekt	7				

Wetterprognose für Freitag, den 18. März 1910. Zunächst etwas wärmer, vorwiegend trübe mit Regenschauern und ziemlich starken westlichen Winden; später wieder teilweise aufklarend und etwas trüher. Berliner Wetterbureau.

Stellen Sie selbst Vergleiche an und prüfen

JOSETTI JUNO
CIGARETTEN.

Sie werden finden, dass dieselben tatsächlich in Qualität sowohl wie im Geschmack Unübertroffenes bieten und wir sind sicher, dass sie dann dem allgemeinen guten Urteil aus Überzeugung zustimmen.

Josef-Juno-Cigaretten m. a. o. M. 10 Stk. 20 Pf.

Ein der vielen Tausende
unaufgefordert eingegangenen
Anerkennungs-Schreiben

Groß-Lichterfelde, den 12. März 1910

Herrn Baer Sohn!

Da der Rockanzug wieder zu meiner größten Zufriedenheit ausgefallen ist, was auch von den Kollegen im Amt, die den Anzug gesehen haben, in Bezug auf tadellosen Sitz und gute Verarbeitung voll und ganz anerkannt ist, sage ich Ihnen vielen Dank. Mit den Pelarinen für die Kinder bin ich auch zufrieden. Insbesondere möchte ich Sie bitten, Herrn W. für das freundliche Entgegenkommen und die prompte Bedienung meinen besten Dank aussprechen zu wollen. Bei eventuellem Bedarf an Kleidung werde ich mich ferner stets gern an Ihre werls Firma wenden.

Achtungsvoll
L.
Kanzlei-Schreiber.

Herrn- und Knaben-Garderobe
fertig u. nach Maß
auf Teilzahlung
Wochen von 1 Mark an
J. Kurzberg
Rosenthaler Str. 40.

Engelhardt
Caramel-Bier
Alkoholfreies Spezialbräu.
Anerkennend empfohlen für Nervöse, Diätetische, nährnde Mütter etc. etc.
Preis pro Flasche 10 Pf.
Überall käuflich.
Brauerei Ernst Engelhardt Nachf. A.-G.
BERLIN-PANKOW.
Größte Malzbräuerei Deutschlands.

Rotes Gift
Wohlstand zur Walfahrt von S. Korn.
Preis 1 Mark. Verlangen Sie Katalog über beliebige Theaterstücke, Couplets, Witzspitzarten u. m.
Rauh & Pöhl, Leipzig, Postfach 21.

BERLIN

Chausseestraße 29-30
11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurterstr. 20
Schöneberg, Hauptstr. 10

Haupt-Katalog kostenlos und portofrei.
Nächsten Sonntag bis 6 Uhr geöffnet.

Blookers's daalders Cacao

ein vorzügliches Getränk mit köstlichem Aroma, die beliebteste und in HOLLAND am meisten gekaufte Cacaomärke.

2 Pfundbüchse M. 3.90 | 1 Pfundbüchse M. 2.—
 1/2 Pfundbüchse M. 1.05 | 1/2 Pfundbüchse M. 0.50

Niederlage Berlin, Schiffbauerdamm 16. Käuflich in allen feinen Kaffee- und Kolonialwarengeschäften.

21/10

II

Sensationelle Eröffnungs-Preise.

Um mein neues Unternehmen

Herrenbekleidungshaus größten Stils zu streng festen Preisen

bekannt zu machen, verkaufe ich

Herren-Anzüge Mode 1910 M. 8⁷⁵ 12⁰⁰ 16⁰⁰ 18⁰⁰ 24⁰⁰
 Herren-Ulster die neuesten Schlager . . M. 11⁰⁰ 14⁰⁰ 16⁰⁰ 18⁰⁰ 20⁰⁰
 Herren-Paletots dunkel und farbig . M. 7⁵⁰ 10⁰⁰ 14⁰⁰ 16⁰⁰ 18⁰⁰

Jünglings-Anzüge und Ulster enorm billig.

1 Posten bunte Westen Wert bis 7,50 . M. 1⁷⁵ 2⁵⁰ 3⁰⁰ 4⁰⁰
 Hosen M. 1⁰⁰ 2⁵⁰ 4⁰⁰
 Gehrock-Anzüge M. 19⁰⁰ 24⁰⁰ 28⁰⁰

Maß-Abteilung:

Anzüge M. 30⁰⁰ 40⁰⁰ 50⁰⁰ Paletots und Ulster M. 25⁰⁰ 35⁰⁰ 45⁰⁰

August Pietsch G. m. b. H. Rosenthaler Straße 9, Ecke Auguststraße.

Jeder Gegenstand ist mit dem billigen, aber streng festen Preise ausgezeichnet.

Beachten Sie meine Schaufenster!

Max Ziegenhals, BERLIN NO. 43, 70 Neue Königstraße 70

Telephon: Amt VII. 3047.

Billigste, bestsortierte Einkaufsquelle für Händler.

Zigaretten, Zigarren und Tabake.

Größte Niederlage von:

G. A. Hanewacker, Nordhausen.

— nur echt in 10 Pfg.-Rollen. —

5 Pfg.-Stangen — und Twist mit Kopf.

Jede Rolle nur echt mit Firmenzettel!

Gelegenheitskäufe!

Vorjährige Herren-Anzüge und Frühjahrs-Paletots aus feinsten Maßstoffen früherer Wert 60 bis 90 M. Jetzt 20 bis 45 Mark. Nie wiederkehrende Kaufgelegenheit!
Cavalier-Club
 Unt. den Linden 61, II.
 Sonntags geöffnet!

Gesundheit ist Reichtum!

Bad Berlin-Ost im

„Bad Frankfurt“

Große Frankfurter Str. 136.



Medizinische Bäder aller Art in werktätig ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen für Damen 460L und Herren.
2 Wannenbäder mit je 2 Handtüchern 75 Pf. (40 Minuten Badedzeit.)
 Lieferant sämtlicher Krankenkassen.

Verkäufe.

4,50 prachtvolle Betten, 8,00 dänische Bettdecken, Kissen, Damastdecken, 3,00. Nur Waschleiche, Andreasstraße 100/101.

10,00 ganzer Stand, rotbraun gestreift, einzig nur in der billigen Waschleiche, Andreasstraße 100/101.

Leibbett, zwei Deckbetten, zwei Kissen, weißschwarz, 10,50, große Zellen 20 Pfennige, Andreasstraße 101.

Leibbett, zwei Deckbetten, zwei Kissen 25,00. Waschleiche, Andreasstraße 100/101.

Leibbett, zwei Deckbetten, zwei Kissen 25,00. Waschleiche, Andreasstraße 100/101.

Leibbett, zwei Deckbetten, zwei Kissen 25,00. Waschleiche, Andreasstraße 100/101.

Leibbett, zwei Deckbetten, zwei Kissen 25,00. Waschleiche, Andreasstraße 100/101.

Leibbett, zwei Deckbetten, zwei Kissen 25,00. Waschleiche, Andreasstraße 100/101.

Leibbett, zwei Deckbetten, zwei Kissen 25,00. Waschleiche, Andreasstraße 100/101.

Leibbett, zwei Deckbetten, zwei Kissen 25,00. Waschleiche, Andreasstraße 100/101.

Leibbett, zwei Deckbetten, zwei Kissen 25,00. Waschleiche, Andreasstraße 100/101.

Leibbett, zwei Deckbetten, zwei Kissen 25,00. Waschleiche, Andreasstraße 100/101.

Leibbett, zwei Deckbetten, zwei Kissen 25,00. Waschleiche, Andreasstraße 100/101.

Leibbett, zwei Deckbetten, zwei Kissen 25,00. Waschleiche, Andreasstraße 100/101.

Die Grundbegriffe der Wirtschaft. Eine populäre Einführung von Julius Borchardt. Preis 40 Pf. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

Leibbett, zwei Deckbetten, zwei Kissen 25,00. Waschleiche, Andreasstraße 100/101.

Leibbett, zwei Deckbetten, zwei Kissen 25,00. Waschleiche, Andreasstraße 100/101.

Leibbett, zwei Deckbetten, zwei Kissen 25,00. Waschleiche, Andreasstraße 100/101.

Leibbett, zwei Deckbetten, zwei Kissen 25,00. Waschleiche, Andreasstraße 100/101.

Leibbett, zwei Deckbetten, zwei Kissen 25,00. Waschleiche, Andreasstraße 100/101.

Leibbett, zwei Deckbetten, zwei Kissen 25,00. Waschleiche, Andreasstraße 100/101.

Leibbett, zwei Deckbetten, zwei Kissen 25,00. Waschleiche, Andreasstraße 100/101.

Leibbett, zwei Deckbetten, zwei Kissen 25,00. Waschleiche, Andreasstraße 100/101.

Leibbett, zwei Deckbetten, zwei Kissen 25,00. Waschleiche, Andreasstraße 100/101.

Leibbett, zwei Deckbetten, zwei Kissen 25,00. Waschleiche, Andreasstraße 100/101.

Leibbett, zwei Deckbetten, zwei Kissen 25,00. Waschleiche, Andreasstraße 100/101.

Leibbett, zwei Deckbetten, zwei Kissen 25,00. Waschleiche, Andreasstraße 100/101.

Leibbett, zwei Deckbetten, zwei Kissen 25,00. Waschleiche, Andreasstraße 100/101.

Leibbett, zwei Deckbetten, zwei Kissen 25,00. Waschleiche, Andreasstraße 100/101.

Vorjährige Herrenanzüge, Paletots, neu, nach Maß bestellt, nicht abgeholt, verkaufte Hälfte Kostenpreis, Mittelfiguren, Bredenerstraße 23, II, Alexanderplatz. 34/13

Trebbant billig, Bredenerstraße 22, Hausnummer 12236

Wahnschneide, neu, verkauft billig, Bredenerstraße 15. 718

Singerbobbin verkauft billig, Bredenerstraße 7, IV. 72

Wahnschneide, neu, verkauft billig, Bredenerstraße 15. 718

Möbelfabrik, seit 1880 bestehend, Bredenerstraße 15, nahe dem Dassel'schen Tor, liefert Einrichtungen von 150 bis 10000 Mark. Teilzahlung gestattet, Beamten ohne Anzahlung. Kleiderstühle, Vertikale 20, Bettstellen mit Federmatratze 24, bessere mit Patentmatratze 29, Spiegel 6, Schreibtische mit Aufsatz 33, Umbauten, nachbaum Möbel 110, Bücherregale 56, nachbaum Nachttische 14, englische Schränke 35, Standuhren 60, komplette Schlafzimmer 180, eigene Spezialzimmer 350, eigene Herrenzimmer 260, moderne Wohnzimmer 180, farbige Küchen 44 an. Garnituren und Sofas aus eigener Fabrik sehr billig. Zurückgelagerte und veraltete gemessene Möbel besonders preiswert. Kostenlose Lieferung und Aufbaumontage. Sonntags geöffnet. Unt. Hausnummer 15 achten. 3048

Möbelfabrik, seit 1880 bestehend, Bredenerstraße 15, nahe dem Dassel'schen Tor, liefert Einrichtungen von 150 bis 10000 Mark. Teilzahlung gestattet, Beamten ohne Anzahlung. Kleiderstühle, Vertikale 20, Bettstellen mit Federmatratze 24, bessere mit Patentmatratze 29, Spiegel 6, Schreibtische mit Aufsatz 33, Umbauten, nachbaum Möbel 110, Bücherregale 56, nachbaum Nachttische 14, englische Schränke 35, Standuhren 60, komplette Schlafzimmer 180, eigene Spezialzimmer 350, eigene Herrenzimmer 260, moderne Wohnzimmer 180, farbige Küchen 44 an. Garnituren und Sofas aus eigener Fabrik sehr billig. Zurückgelagerte und veraltete gemessene Möbel besonders preiswert. Kostenlose Lieferung und Aufbaumontage. Sonntags geöffnet. Unt. Hausnummer 15 achten. 3048

Möbelfabrik, seit 1880 bestehend, Bredenerstraße 15, nahe dem Dassel'schen Tor, liefert Einrichtungen von 150 bis 10000 Mark. Teilzahlung gestattet, Beamten ohne Anzahlung. Kleiderstühle, Vertikale 20, Bettstellen mit Federmatratze 24, bessere mit Patentmatratze 29, Spiegel 6, Schreibtische mit Aufsatz 33, Umbauten, nachbaum Möbel 110, Bücherregale 56, nachbaum Nachttische 14, englische Schränke 35, Standuhren 60, komplette Schlafzimmer 180, eigene Spezialzimmer 350, eigene Herrenzimmer 260, moderne Wohnzimmer 180, farbige Küchen 44 an. Garnituren und Sofas aus eigener Fabrik sehr billig. Zurückgelagerte und veraltete gemessene Möbel besonders preiswert. Kostenlose Lieferung und Aufbaumontage. Sonntags geöffnet. Unt. Hausnummer 15 achten. 3048

Möbelfabrik, seit 1880 bestehend, Bredenerstraße 15, nahe dem Dassel'schen Tor, liefert Einrichtungen von 150 bis 10000 Mark. Teilzahlung gestattet, Beamten ohne Anzahlung. Kleiderstühle, Vertikale 20, Bettstellen mit Federmatratze 24, bessere mit Patentmatratze 29, Spiegel 6, Schreibtische mit Aufsatz 33, Umbauten, nachbaum Möbel 110, Bücherregale 56, nachbaum Nachttische 14, englische Schränke 35, Standuhren 60, komplette Schlafzimmer 180, eigene Spezialzimmer 350, eigene Herrenzimmer 260, moderne Wohnzimmer 180, farbige Küchen 44 an. Garnituren und Sofas aus eigener Fabrik sehr billig. Zurückgelagerte und veraltete gemessene Möbel besonders preiswert. Kostenlose Lieferung und Aufbaumontage. Sonntags geöffnet. Unt. Hausnummer 15 achten. 3048

Möbelfabrik, seit 1880 bestehend, Bredenerstraße 15, nahe dem Dassel'schen Tor, liefert Einrichtungen von 150 bis 10000 Mark. Teilzahlung gestattet, Beamten ohne Anzahlung. Kleiderstühle, Vertikale 20, Bettstellen mit Federmatratze 24, bessere mit Patentmatratze 29, Spiegel 6, Schreibtische mit Aufsatz 33, Umbauten, nachbaum Möbel 110, Bücherregale 56, nachbaum Nachttische 14, englische Schränke 35, Standuhren 60, komplette Schlafzimmer 180, eigene Spezialzimmer 350, eigene Herrenzimmer 260, moderne Wohnzimmer 180, farbige Küchen 44 an. Garnituren und Sofas aus eigener Fabrik sehr billig. Zurückgelagerte und veraltete gemessene Möbel besonders preiswert. Kostenlose Lieferung und Aufbaumontage. Sonntags geöffnet. Unt. Hausnummer 15 achten. 3048

Möbelfabrik, seit 1880 bestehend, Bredenerstraße 15, nahe dem Dassel'schen Tor, liefert Einrichtungen von 150 bis 10000 Mark. Teilzahlung gestattet, Beamten ohne Anzahlung. Kleiderstühle, Vertikale 20, Bettstellen mit Federmatratze 24, bessere mit Patentmatratze 29, Spiegel 6, Schreibtische mit Aufsatz 33, Umbauten, nachbaum Möbel 110, Bücherregale 56, nachbaum Nachttische 14, englische Schränke 35, Standuhren 60, komplette Schlafzimmer 180, eigene Spezialzimmer 350, eigene Herrenzimmer 260, moderne Wohnzimmer 180, farbige Küchen 44 an. Garnituren und Sofas aus eigener Fabrik sehr billig. Zurückgelagerte und veraltete gemessene Möbel besonders preiswert. Kostenlose Lieferung und Aufbaumontage. Sonntags geöffnet. Unt. Hausnummer 15 achten. 3048

Möbelfabrik, seit 1880 bestehend, Bredenerstraße 15, nahe dem Dassel'schen Tor, liefert Einrichtungen von 150 bis 10000 Mark. Teilzahlung gestattet, Beamten ohne Anzahlung. Kleiderstühle, Vertikale 20, Bettstellen mit Federmatratze 24, bessere mit Patentmatratze 29, Spiegel 6, Schreibtische mit Aufsatz 33, Umbauten, nachbaum Möbel 110, Bücherregale 56, nachbaum Nachttische 14, englische Schränke 35, Standuhren 60, komplette Schlafzimmer 180, eigene Spezialzimmer 350, eigene Herrenzimmer 260, moderne Wohnzimmer 180, farbige Küchen 44 an. Garnituren und Sofas aus eigener Fabrik sehr billig. Zurückgelagerte und veraltete gemessene Möbel besonders preiswert. Kostenlose Lieferung und Aufbaumontage. Sonntags geöffnet. Unt. Hausnummer 15 achten. 3048

Möbelfabrik, seit 1880 bestehend, Bredenerstraße 15, nahe dem Dassel'schen Tor, liefert Einrichtungen von 150 bis 10000 Mark. Teilzahlung gestattet, Beamten ohne Anzahlung. Kleiderstühle, Vertikale 20, Bettstellen mit Federmatratze 24, bessere mit Patentmatratze 29, Spiegel 6, Schreibtische mit Aufsatz 33, Umbauten, nachbaum Möbel 110, Bücherregale 56, nachbaum Nachttische 14, englische Schränke 35, Standuhren 60, komplette Schlafzimmer 180, eigene Spezialzimmer 350, eigene Herrenzimmer 260, moderne Wohnzimmer 180, farbige Küchen 44 an. Garnituren und Sofas aus eigener Fabrik sehr billig. Zurückgelagerte und veraltete gemessene Möbel besonders preiswert. Kostenlose Lieferung und Aufbaumontage. Sonntags geöffnet. Unt. Hausnummer 15 achten. 3048

Möbelfabrik, seit 1880 bestehend, Bredenerstraße 15, nahe dem Dassel'schen Tor, liefert Einrichtungen von 150 bis 10000 Mark. Teilzahlung gestattet, Beamten ohne Anzahlung. Kleiderstühle, Vertikale 20, Bettstellen mit Federmatratze 24, bessere mit Patentmatratze 29, Spiegel 6, Schreibtische mit Aufsatz 33, Umbauten, nachbaum Möbel 110, Bücherregale 56, nachbaum Nachttische 14, englische Schränke 35, Standuhren 60, komplette Schlafzimmer 180, eigene Spezialzimmer 350, eigene Herrenzimmer 260, moderne Wohnzimmer 180, farbige Küchen 44 an. Garnituren und Sofas aus eigener Fabrik sehr billig. Zurückgelagerte und veraltete gemessene Möbel besonders preiswert. Kostenlose Lieferung und Aufbaumontage. Sonntags geöffnet. Unt. Hausnummer 15 achten. 3048

Möbelfabrik, seit 1880 bestehend, Bredenerstraße 15, nahe dem Dassel'schen Tor, liefert Einrichtungen von 150 bis 10000 Mark. Teilzahlung gestattet, Beamten ohne Anzahlung. Kleiderstühle, Vertikale 20, Bettstellen mit Federmatratze 24, bessere mit Patentmatratze 29, Spiegel 6, Schreibtische mit Aufsatz 33, Umbauten, nachbaum Möbel 110, Bücherregale 56, nachbaum Nachttische 14, englische Schränke 35, Standuhren 60, komplette Schlafzimmer 180, eigene Spezialzimmer 350, eigene Herrenzimmer 260, moderne Wohnzimmer 180, farbige Küchen 44 an. Garnituren und Sofas aus eigener Fabrik sehr billig. Zurückgelagerte und veraltete gemessene Möbel besonders preiswert. Kostenlose Lieferung und Aufbaumontage. Sonntags geöffnet. Unt. Hausnummer 15 achten. 3048

Möbelfabrik, seit 1880 bestehend, Bredenerstraße 15, nahe dem Dassel'schen Tor, liefert Einrichtungen von 150 bis 10000 Mark. Teilzahlung gestattet, Beamten ohne Anzahlung. Kleiderstühle, Vertikale 20, Bettstellen mit Federmatratze 24, bessere mit Patentmatratze 29, Spiegel 6, Schreibtische mit Aufsatz 33, Umbauten, nachbaum Möbel 110, Bücherregale 56, nachbaum Nachttische 14, englische Schränke 35, Standuhren 60, komplette Schlafzimmer 180, eigene Spezialzimmer 350, eigene Herrenzimmer 260, moderne Wohnzimmer 180, farbige Küchen 44 an. Garnituren und Sofas aus eigener Fabrik sehr billig. Zurückgelagerte und veraltete gemessene Möbel besonders preiswert. Kostenlose Lieferung und Aufbaumontage. Sonntags geöffnet. Unt. Hausnummer 15 achten. 3048

Möbelfabrik, seit 1880 bestehend, Bredenerstraße 15, nahe dem Dassel'schen Tor, liefert Einrichtungen von 150 bis 10000 Mark. Teilzahlung gestattet, Beamten ohne Anzahlung. Kleiderstühle, Vertikale 20, Bettstellen mit Federmatratze 24, bessere mit Patentmatratze 29, Spiegel 6, Schreibtische mit Aufsatz 33, Umbauten, nachbaum Möbel 110, Bücherregale 56, nachbaum Nachttische 14, englische Schränke 35, Standuhren 60, komplette Schlafzimmer 180, eigene Spezialzimmer 350, eigene Herrenzimmer 260, moderne Wohnzimmer 180, farbige Küchen 44 an. Garnituren und Sofas aus eigener Fabrik sehr billig. Zurückgelagerte und veraltete gemessene Möbel besonders preiswert. Kostenlose Lieferung und Aufbaumontage. Sonntags geöffnet. Unt. Hausnummer 15 achten. 3048

Möbelfabrik, seit 1880 bestehend, Bredenerstraße 15, nahe dem Dassel'schen Tor, liefert Einrichtungen von 150 bis 10000 Mark. Teilzahlung gestattet, Beamten ohne Anzahlung. Kleiderstühle, Vertikale 20, Bettstellen mit Federmatratze 24, bessere mit Patentmatratze 29, Spiegel 6, Schreibtische mit Aufsatz 33, Umbauten, nachbaum Möbel 110, Bücherregale 56, nachbaum Nachttische 14, englische Schränke 35, Standuhren 60, komplette Schlafzimmer 180, eigene Spezialzimmer 350, eigene Herrenzimmer 260, moderne Wohnzimmer 180, farbige Küchen 44 an. Garnituren und Sofas aus eigener Fabrik sehr billig. Zurückgelagerte und veraltete gemessene Möbel besonders preiswert. Kostenlose Lieferung und Aufbaumontage. Sonntags geöffnet. Unt. Hausnummer 15 achten. 3048

Möbelfabrik, seit 1880 bestehend, Bredenerstraße 15, nahe dem Dassel'schen Tor, liefert Einrichtungen von 150 bis 10000 Mark. Teilzahlung gestattet, Beamten ohne Anzahlung. Kleiderstühle, Vertikale 20, Bettstellen mit Federmatratze 24, bessere mit Patentmatratze 29, Spiegel 6, Schreibtische mit Aufsatz 33, Umbauten, nachbaum Möbel 110, Bücherregale 56, nachbaum Nachttische 14, englische Schränke 35, Standuhren 60, komplette Schlafzimmer 180, eigene Spezialzimmer 350, eigene Herrenzimmer 260, moderne Wohnzimmer 180, farbige Küchen 44 an. Garnituren und Sofas aus eigener Fabrik sehr billig. Zurückgelagerte und veraltete gemessene Möbel besonders preiswert. Kostenlose Lieferung und Aufbaumontage. Sonntags geöffnet. Unt. Hausnummer 15 achten. 3048

Möbelfabrik, seit 1880 bestehend, Bredenerstraße 15, nahe dem Dassel'schen Tor, liefert Einrichtungen von 150 bis 10000 Mark. Teilzahlung gestattet, Beamten ohne Anzahlung. Kleiderstühle, Vertikale 20, Bettstellen mit Federmatratze 24, bessere mit Patentmatratze 29, Spiegel 6, Schreibtische mit Aufsatz 33, Umbauten, nachbaum Möbel 110, Bücherregale 56, nachbaum Nachttische 14, englische Schränke 35, Standuhren 60, komplette Schlafzimmer 180, eigene Spezialzimmer 350, eigene Herrenzimmer 260, moderne Wohnzimmer 180, farbige Küchen 44 an. Garnituren und Sofas aus eigener Fabrik sehr billig. Zurückgelagerte und veraltete gemessene Möbel besonders preiswert. Kostenlose Lieferung und Aufbaumontage. Sonntags geöffnet. Unt. Hausnummer 15 achten. 3048

Kupfer, Messing, Platinabfälle, Silberabfälle, Goldschmelze, Messing, Bredenerstraße 20a (gegenüber Dänischer Platz). 2058*

Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge 15,—, Wagner, Schneidermeister, Bredenerstraße 9. 34/10*

Platina, alle Goldschmelze, Messing, Silber, Messing, photographische Rückstände, Redgold, Goldwägen, Messing, Bredenerstraße 20a. 34/10*

Platinabfälle, Gramm 3,00, Messing, Bredenerstraße 19. 1182*

Amerikaner sucht Deutschen zum Austausch der Sprachkenntnisse. Abends nach 8 Uhr. Silber, Bredenerstraße 44, III. 1222b

Gut eingeführte Genossenschaft sucht zwecks Vergrößerung tüchtige Arbeiter als Mitglieder. „B. 11“, Hauptpostamt Altdorf. 72

Gerrenfahrrad, Damenfahrrad einmal benutzt 35,00. Holz Blumenstraße 36b. 1688*

Fahrräder, Teilzahlungen, Hauptbrennstraße 20, Wilhelmshafenstraße 75 (Eckhaus Lurstraße). *

Brennradfahrer unter günstigen Abzahlungsbedingungen. Louis Barth, Bredenerstraße 10a. 483*

800 Gelegenheitskäufe, darunter Brennradfahrer, Wanderer, Büchler, Damenräder, Jugendräder 5,00, 10,00, 15,00, 20,00, 25,00, 30,00. Nachzahlung, Weimarerstraße 14. (Bredenerstraße ca. 15000 Fahrräder.) Katalog gratis, franco. 4288*

Musik. Pianino (Gelegenheit) für 100,—, sofort zu verkaufen. Bredenerstraße 59, Duergerstraße 1. 34/11*

Platinunterricht (neu, doppelt so schnell Methode bis zur Vollendung) gibt erfahrenen Schüler wöchentlich, auf Wunsch auch nur eine Lektion a 1,25 M., bei zwei Schülern je 75 Pf. Offerten unter D. 2 Expedition des „Vorwärts“. *

Verschiedenes. Patentanwalt Bessel, Bredenerstraße 92a.

Englischen Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene, Einzelstunden und im Kreis. Bredenerstraße 57, III. *

Kunstoperette von Frau Koloff, Schlichter, Bredenerstraße 8, III. *

Herr sucht alleinige Schlafstelle im Süden, Südwesten. Preisofferte „Sch. 703“, Postamt 59. 1231b

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote. Gelbfarbenarbeiter verlangt Brandes, Alexandrinenstraße 118. *

Belehrung verlangt Wilhelm Kurth, Köpfermeister, Ziegel, Hauptstraße 35. *

Farbmacher verlangt Neumann, Hennig u. Co., Zeughausstraße 21. *

Vergerber, der auch Bronze machen kann, verlangt Max Leonhard, Weisenstraße, Ledderstraße 86. 7145

Gefangener gesucht für Dienstag. Preisofferten bis Sonntag, Bredenerstraße 68. 718

Polierlehrling sucht Möbelabfertiger, Komintenerstraße 11. 72

Tüchtigen Silberarbeiter für dauernd verlangt Kiehl, Pringelstraße 19. 239/9

10 Wänderinnen für Faden und Kade, einen Singer sucht Ludwig Schlegler, Köpferstraße 40/41. *

Wänderinnen auf Faden und Kade, einen Singer sucht Ludwig Schlegler, Köpferstraße 40/41. *

Wänderinnen auf Faden und Kade, einen Singer sucht Ludwig Schlegler, Köpferstraße 40/41. *

Wänderinnen auf Faden und Kade, einen Singer sucht Ludwig Schlegler, Köpferstraße 40/41. *

Wänderinnen auf Faden und Kade, einen Singer sucht Ludwig Schlegler, Köpferstraße 40/41. *

Wänderinnen auf Faden und Kade, einen Singer sucht Ludwig Schlegler, Köpferstraße 40/41. *

